Freitag, den 20. April 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 93

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Keudells Hereinfall.

Auch Baden, Oldenburg und Sachsen lehnen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes ab.

Dresden, 19. April. **Im Namen der sächsischen Regierung hat Innenminister Apelt gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch den Reichsinnenminister Einspruch erhoben.**

Berlin, 20. April. (Eigener Funkbericht.)

Die oldenburgische Staatsregierung hat inzwischen ebenfalls beim Staatsgerichtshof Einspruch gegen das Verlangen Keudells ersucht. Sie sagt in ihrem Telegramm an das Reichsgericht, daß nach ihrer Ansicht für ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes alle Voraussetzungen fehlen. Dasselbe hat auch die badische Regierung getan. Auch ihr erscheint das Verbot völlig unbegründet.

Insgesamt haben bisher neun Landesregierungen gegen den Plan des deutschnationalen Parteiministers protestiert. Zustimmend äußerten sich nur zwei: Bayern und Württemberg.

Auch Anhalt gegen ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes.

Dessau, 19. April. Das anhaltische Staatsministerium hat das Ersuchen des Reichsinnenministeriums um Auflösung des Roten Frontkämpferbundes unter Bezugnahme auf den § 17, Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik mit der Begründung abgelehnt, daß in Anhalt die Voraussetzungen zu einem Vorgehen gegen den Roten Frontkämpferbund nicht gegeben seien. Ferner hat das Staatsministerium den Staatsgerichtshof angerufen.

Sogar der „Jungdeutsche" gegen Keudells Geniestreich.

Auch der „Jungdeutsche", das Organ des „Jungdeutschen Ordens", kritisiert aufs schärfste das Vorgehen des ministeriellen Wahlagitators Keudell. Er schreibt:

„Man faßt sich an den Kopf, was dieser Streich kurz vor der Wahl bedeuten soll. Will Herr von Keudell am Schlusse der in Mißerfolgen reichsten Regierungskoalition noch den Grundsatz erhärten, daß man den politischen Gegner mit dem Polizeiknüppel totschlägt? Will er die längst überwundene Zeit verfassungswidriger Aufhebung der Vereinigungsfreiheit mit Polizeigewalt noch einmal heraufbeschwören, bloß um einmal eisern geschienen zu haben? Der Rote Frontkämpferbund selbst wird über diese Maßnahme lachen, denn er besitzt in der Kommunistischen Partei, mit der er beinahe gleichbedeutend ist, eine Firma, die ihm bereitwilligst und mit voller Wirksamkeit sofort einen Deckmantel reichen wird. Ja, der Rote Frontkämpferbund braucht sogar noch nicht einmal eine einzige organisatorische Aenderung zu vollziehen, um auch trotz des Keudellschen Verbots ruhig weiterzuleben. Eins aber ist sicher. Das, was Keudell angeblich beseitigen will, nämlich den handgreiflichen Terrorismus des Roten Frontkämpferbundes, das wird nur schlimmer. Es ist eine bekannte Tatsache, daß solche politischen Verbote nur aufreizen und radikalisieren."

Der „Jungdeutsche" sagt damit nur, was in den Bünden, die wissen, wie die Masse reagiert, allgemein empfunden wird. Ein besonnenes Organ der Rechten, wie es der „Jungdeutsche" ist, warnt deshalb vor der Radikalisierung durch Keudell.

Wie der Staatsgerichtshof zu einem politischen Parteiurteil gedrängt wird.

Die Deutschnationale Parlamentskorrespondenz weiß schon heute, wie der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik in der cause Keudell contra Länder wegen des Verbotes des Rotfront-Bundes urteilen wird. Wohl noch nie hat ein publizistisches Organ so hemmungslos in ein schwebendes Verfahren eingegriffen und, statt den Richterspruch abzuwarten, sein eigenes Vor-Urteil zum besten gegeben. Die Korrespondenz schreibt:

„Da der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, der heute ein Senat des Reichsgerichts ist, die vom Reichsministerium des Innern gegebene Begründung sicher sich zu eigen machen wird, so kann durch die preußische Ablehnung der Rotfrontkämpferbund kaum von seinem verdienten Schicksal erreitet werden."

Wir glauben gern, daß die deutschnationale Presse hier gar nicht so falsch prophezeit; denn das Reichsgericht ist ja seit langem dafür bekannt, daß seine Urteile in politischen Prozessen zumeist deutschnationale Parteiurteile sind. Markant ist es aber doch, mit welcher Schamlosigkeit hier auf die politische Parteilichkeit des Reichsgerichts spekuliert wird

Lahme Demonstration der Kommunisten.

Der Berliner Rote Frontkämpferbund veranstaltete gestern Abend im Lustgarten eine Kundgebung gegen das von Keudell geplante Verbot. Der Frontkämpferverband konnte das, weil die preußische Regierung sich geweigert hatte, das Verbot durchzuführen. Die einzelnen Züge der Demonstration wiesen eine auffallend geringe Beteiligung auf. Auch der Lustgarten zeigte nicht das Bild wie bei früheren größeren Aufmärschen der Arbeiterschaft. Die Hauptheetze der Demonstrationsredner wandte sich natürlich gegen die Sozialdemokratie und **nicht gegen den deutschnationalen Parteiminister.** Aber dieses Spiel ist zu durchsichtig, als daß es auf die Arbeiterschaft noch groß wirken könnte.

Der zahm gewordene Schiele.

Aus dem Kontrollausschuß des Reichstages für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms.

Berlin, 19. April. Der Reichstagskontrollausschuß für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms setzte heute die Aussprache über die Richtlinien fort und beschloß zunächst, die Frage des Fleisch- und Viehabsatzes und dann die des Absatzes der sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erledigen. Die Frage der Umschuldungskredite und der Genossenschaften soll erst Ende nächster Woche nach Erledigung durch den Reichsrat im Ausschuß zur Beratung kommen.

Berlin, 19. April. In der heutigen Nachmittagssitzung des Kontrollausschusses für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms erklärte sich Reichsernährungsminister Schiele bereit, zur Ausarbeitung der Richtlinien mit dem Ausschuß noch einmal zwischen den Neuwahlen und dem Zusammentritt des Reichstages zusammenzukommen. Ferner wurde heute die Bestimmung angenommen, daß bei Entscheidungen über Maßnahmen von allgemeiner Bedeutung ein aus Vertretern der Spitzenverbände der Landwirtschaft, der Viehhandels- und Fleischereiverbände und der Verbraucherschaft bestehender Sachverständigenausschuß anzuhören sei. Dieser Ausschuß soll aus neun Landwirtschaftsvertretern und acht Vertretern der anderen Interessentengruppen bestehen.

Ein Kompromiß über die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms.

Berlin, 19. April. In der Nachmittagssitzung des Kontrollausschusses über die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms wandte sich Reichsernährungsminister Schiele gegenüber den Ausführungen des preußischen Ministerialdirektors Dr. Brecht erneut gegen jede Verzettelung der 30 Millionen-Mark-Hilfe für die Landwirtschaft. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hilferding **beantragte sodann für die Unwetterschäden der Landwirtschaft 5 Millionen Mark aus den Ueberschüssen des letzten Haushaltsjahres zu bewilligen.** Dieser Antrag wurde in einer Entschließung, die damit den Antrag des Reichsrats und Preußens auf Abzweigung von 5 Millionen Mark aus dem Notprogramm erledigte, **angenommen.**

Sodann wurde eine Reihe von Richtlinien über die Zweckbestimmung des 30 Millionen-Fonds genehmigt. Die Mittel sollen verwendet werden:

1. zur planmäßigen Beeinflussung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit dem Ziel des zeitlichen und örtlichen Ausgleichs zwischen Erzeugung und Verbrauch und der Abkürzung des Weges zwischen Erzeuger und Verbraucher, sowie Unterstützung von Einrichtungen und Maßnahmen, die geeignet sind, diesem Zwecke zu dienen,
2. zur Verbesserung der Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse, insbesondere durch Schaffung guter einheitlicher und gleichmäßiger Handelsware, Standart- und Markware,
3. für sofortige Maßnahmen, die geeignet sind, die Schwierigkeiten im Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu beheben.

Hierauf vertagte der Ausschuß die Weiterberatung auf Freitag.

Stresemann gegen den Landbund.

Eine Rede Stresemanns auf dem 48. Deutschen Industrie- und Handelstag.

Auf dem 48. Deutschen Industrie- und Handelstag hat als Vertreter der Reichsregierung auch der Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine Rede gehalten. In dieser langen Rede ist nur ein Abschnitt bemerkenswert. Das ist der Teil, in dem er sich mit der Frage der Handelsverträge und der deutschen Ausfuhr beschäftigt. Darüber wird folgendes berichtet:

Der Minister beim Handelsverträge. Er würde es außerordentlich bedauern, wenn man glaubte, man könne die Meinungsverschiedenheiten hier auf die Gegensätze bringen: Hie Inlandsmarkt, dort Exportmarkt. Wir hätten weder eine politische, noch eine wirtschaftliche Autarkie innerhalb unserer ganzen geographischen Lage. Die Zahlung der Reparationen könne natürlich nur aus Ueberschüssen der Ausfuhr bewerkstelligt werden. Die außerordentlich schwierige Lage der Landwirtschaft namentlich in den östlichen Bezirken Deutschlands anerkenne er in jeder Richtung. Im Rahmen der Handelsverträge müßten wir aber auch von der Landwirtschaft Entgegenkommen erwarten. Die Landwirtschaft müsse dafür Verständnis haben, daß wir heute mehr als in der Vorkriegszeit zur Ausfuhr gezwungen sind. Die Periode der endgültigen Handelsverträge werde erst nach einer Revision der Zollsätze in den einzelnen Ländern zu Beginn des nächsten Jahrzehnts kommen. Man spreche oft bewußt von dem Gegensatz zwischen national und international. Bei der Wirtschaft könne man aber nicht bestreiten, daß die Wiederanknüpfung internationaler Beziehungen die beste Arbeit für unsere nationale Wirtschaft ist. Manche unnötigen Hemmungen des Handels und Verkehrs sollten noch mehr und mehr beseitigt werden. Der Zollschutz müsse auf das berechtigte und zulässige Maß zurückgebracht werden. Man sehe auch die Empfindung in den anderen Ländern wachsen, daß es in Europa nicht so bleiben könne. Der Völkerbund mache auf diesem Gebiete nützliche Vorarbeit.

* * *

Auch dies ist wieder eine deutliche Absage an die Wirtschaftspolitik des Landbundes und des Reichsernährungsministers Schiele. Im allgemeinen kann man die Ausführungen des Reichsaußenministers nur unterschreiben, und man möchte nur wünschen, daß der Reichsaußenminister bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen dieser seiner Erkenntnis etwas mehr Geltung verschaffte und etwas mehr Rückgrat gegenüber den dauernden Einsprüchen des Landbundes und des Reichsernährungsministeriums zeigte. Immerhin ist es erfreulich, daß der Reichsaußenminister auf einer so bedeutungsvollen Tagung in so entschiedener Weise Stellung genommen hat. Das läßt hoffen, daß, wenn die neue Reichsregierung ihre Arbeit nach den Wahlen beginnen wird, sie sich auch in den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen von der Bevormundung der Landwirtschaft freimachen wird.

Endlich wieder flott?

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sollen wieder beginnen.

In den Wiener Verhandlungen zwischen den Führern der deutschen und polnischen Handelsvertragsdelegation wurde **von polnischer Seite eine wesentliche Abänderung der Grenzgonenverordnung zugesagt.** Das Reichskabinett hat sich daraufhin einschließlich der deutschnationalen Minister **für die Fortsetzung der Verhandlungen mit Polen entschieden.** Die polnische Regierung wird nach einer offiziösen Auslassung aus Warschau zu dem Ergebnis der Wiener Verhandlungen erst nach der Rückkehr des Außenministers Zaleski aus Rom Stellung nehmen.

Das Schmalenbach-Gutachten veröffentlicht.

Berlin, 19. April. Nach der am Dienstag stattgefundenen Kommissionssitzung ist das Schmalenbach-Gutachten über die Lage im Steinkohlenbergbau nunmehr vom Reichswirtschaftsministerium veröffentlicht worden. Ueber die Entstehungsgeschichte des Gutachtens ist noch folgendes zu sagen: Im November v. J. stellte anschließend an die Preiserhöhungsanträge der Braunkohlenindustrie auch der Steinkohlenbergbau ähnliche Forderungen. Zur Begründung wurde in erster Linie die mißliche allgemeine Wirtschaftslage angeführt. Mit Rücksicht auf die am 1. Mai ablaufenden Tarifverträge mit den Bergarbeitergewerkschaften, entschloß sich das Reichswirtschaftsministerium, in enger Zusammenarbeit mit dem Reichsarbeitsministerium eine neutrale Kommission unter dem Vorsitz Schmalenbachs einzusetzen.

Wieder mildes Urteil gegen Streicher.

Die große Strafkammer des Landgerichts Nürnberg verurteilte am Donnerstag in der Berufungsverhandlung den berüchtigten Verleumder Streicher — im Nebenamt bayerischer Landtagsabgeordneter — wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Luppe zu 1000 Mk. Geldstrafe. In der ersten Instanz war der Verleumder mit einem Monat Gefängnis bestraft worden.

Der französische Gegenvorschlag.

Morgen Veröffentlichung des französischen Paktentwurfs.

Paris, 19. April. Alsbald nach dem heutigen Ministerrat, dem infolge Erkrankung Briands Ministerpräsident Poincaré den französischen Entwurf für den Kriegsverzichtpakt zur Zustimmung unterbreitete, wurde die neue Note der französischen Regierung nach Washington, London, Berlin, Rom und Tokio telegraphiert. Sie wird veröffentlicht werden, sobald die interessierten Regierungen sie zur Kenntnis genommen haben, was morgen der Fall sein dürfte.

Poincaré hatte gestern noch eine längere Unterredung mit Briand, als er dem erkrankten Außenminister einen Besuch abstattete. Dem französischen Entwurf ist ein Begleitschreiben beigegeben, das darzutun versucht, daß der französische Entwurf nicht im Widerspruch zu dem Paktplan Kelloggs steht. Briand schlägt keine getrennte, sondern eine parallel zu derjenigen der amerikanischen Regierung verlautetem diplomatischen Aktion vor.

Der Kulturkampf in Mexiko.

Gegen die Lügen der katholischen Kirche und der Zentrumspresse.

(Von unserem Korrespondenten.)

Mexiko-City, im April. (Eigener Drahtbericht). Die katholische Presse aller Länder meldet grausame Katholiken-Verfolgungen in Mexiko, nennt Calles einen modernen Nero, das Verhalten seiner Regierung eine Kulturschande und ist so mit aller Kraft bemüht, ihre Leser in eine neue Kriegspsychose hineinzutreiben. Aber kein Wort findet man in dieser Presse über den von ihren mexikanischen Brüdern begonnenen und genährten Bürgerkrieg, über

die zahlreichen von Priestern geleiteten Eisenbahnattentate,

über die fanatischen Versuche, auch in den bisher vom Bürgerkrieg verschonten Landesteilen unwissende Bauern mit dem Rufe „Es lebe König Christus!“ gegen die Regierung des „Antichristen“ Calles zu führen. Kein Wort des Versuchs, den katholischen Leser mit den Ursachen dieses Kulturkampfes zu befreunden, ihm in christlichem Geiste vor Augen zu führen, daß nichts in Mexiko Veranlassung zu Erhebungen gegen die Regierung Calles gibt.

Wer mit offenen Augen durch Mexiko geht und bei jedem Schritt auf zahlreiche Erinnerungen kirchlicher Macht stößt, kann diese absurden Anklagen nicht ernst nehmen. Eine genaue Prüfung der Lage zeigt bald, daß es hier in Wirklichkeit keine Katholikenverfolgungen gibt und es jedem Katholiken freisteht, seinem Glauben ohne Hemmnis nachzugehen. Nichts liegt der Regierung Calles ferner, als die mexikanische Bevölkerung, die sich zu 90 Prozent zum Katholizismus bekennt, zu bekehren. Natürlich ist diese individuelle Freiheit durch die in der Verfassung vorgesehenen Grenzen beschränkt. Das weiß jeder mexikanische Staatsbürger und damit muß er rechnen.

Der Kampf der mexikanischen Geistlichkeit aber richtet sich gegen die Verfassung. Sie erstrebt eine gewaltsame Aenderung, die keine Regierung dulden darf. Der Kampf geht deshalb letzten Endes um die Wahrung der Staatsautorität im Sinne der Verfassung. Sie ist die erste und höchste Rechtsbasis eines geordneten Staatswesens, und der Kampf gegen sie mit illegalen Mitteln muß auf die Dauer jeden Staat gefährden.

Angeblich soll die große Revolution des Jahres 1910 den Grundstein zu dem gegenwärtigen Kulturkampf in Mexiko gelegt haben. Tatsächlich kennt Mexiko nur eine große Revolution, und zwar die des Jahres 1808. Sie brachte die Befreiung von Spanien. Damals schon webte sich der Gedanke einer reinlichen Trennung der Kirche vom Staat wie ein roter Faden durch alle mexikanischen Revolutionsphasen. Erreicht wurde sie erst im Jahre 1857, ohne jedoch bis auf weiteres praktisch durchgeführt zu werden. Es gab zweifellos auch zu seiner Zeit ebenso wie heute unter den Priestern Roms manchen, dem die Wohlfahrt der mexikanischen Massen ehrlich am Herzen lag, aber diese wenigen Männer verschwanden unter ihren habgierigen und selbstsüchtigen Kollegen wie Sand im Meere. Der Zündstoff gegen die Kirche wurde unter diesen Umständen immer größer. Er begann bereits zu explodieren, als die Kirche sich auch noch auf die Seite des spanischen Konservatismus schlug, um mit ihm gemeinsam die Befreiung Mexikos zu bekämpfen.

Von den zwei Geistlichen Hidalgo und Morelos, die Mexikos Freiheitskampf damals leiteten, wurde der erste von der Kirche exkommuniziert und der andere durch die Inquisition erledigt.

Auch in der zweiten Revolutionsepoche, der Reformbewegung des Jahres 1850, die gegen den Usurpator-Kaiser Maximilian von Habsburg und seinen reaktionären kirchlichen Verbündeten gerichtet war, stand

die Kirche wieder gegen Mexikos republikanische Massen unter Juarez,

unzweifelhaft von dem Gedanken geleitet, ihren riesigen Besitz, der nicht weniger als zwei Drittel des gesamten mexikanischen Territoriums betrug, unversehrt zu erhalten. Die Bewegung endete mit dem Siege Juarez' und die Verfassung des Jahres 1857 schrieb das Schlußwort unter die weltliche Macht der Kirche in Mexiko. Ihre Besitzungen mit Einschluß der Kirchen wurden zum Nationaleigentum erklärt, aber in keiner Weise wandte sich die Verfassung gegen die kirchlichen Dogmen und gegen die Ausübung des katholischen Kults.

Die 34jährige Diktatur Profirio Diaz', eines Mannes, der in seiner Energie an Calles erinnert, aber den Fehler beging, sich in die Hände skrupelloser Interessenten, der Großgrundbesitzer und der Kirche, zu begeben, half der Kirche wieder in den Sattel. Immerhin wagte selbst Diaz nicht, die Verfassung im Interesse der Kirche abzuändern. Er begnügte sich mit der stillschweigenden Außerkraftsetzung der für die Kirche „lästigen“ Bestimmungen. Unbeschränkt herrschten dann Kirche und Großgrundbesitz wieder jahrelang, bis der unerträgliche Druck die Massen im Jahre 1910 zwang, ihre geistigen und materiellen Fesseln zu brechen. In kaum zwanzig Tagen fiel Diaz's unerschütterlich scheinende Diktatur. Aber die ersten Jahre der dritten Revolutionsepoche waren ausschließlich mit politischen Problemen belastet, und so gelang es der Kirche, im allgemeinen Wirrwarr unbemerkbar zu bleiben. Das Bild änderte sich, als **die Kirche wiederum der Reaktion ihre Hilfe lieh** und eine klare Stellungnahme der siegreichen Revolution zur Kirche notwendig machte. Damals wurden die in der alten Verfassung niedergelegten Kirchenbestimmungen in die neue Verfassung übernommen. Die Erziehung der Jugend und die Leitung öffentlicher Schulen wurde dem Staat übertragen. Alle Volksschichten waren mit der Regierung über die Notwendigkeit dieser neuen Erziehungsklausel einig. **Tatsächlich hat die Kirche in der Zeit ihrer Macht nichts für die Erziehung der breiten Massen getan.** Die Regierung Calles hat dagegen in den letzten Jahren außerordentlich viel für die Volksbildung geleistet. Das können nicht einmal ihre bösartigsten Gegner bestreiten.

In die Praxis wurde die neue Verfassung erst durch den Präsidenten Calles umgesetzt. Sein erster Akt war die Inkraftsetzung der Ausführungsbestimmungen zum Artikel 27, der die Frage des Petroleumbesitzes in Mexiko regelt. Die Lage zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko gestaltete sich daraufhin äußerst gespannt. Jeden Augenblick waren Gewaltakte zu erwarten.

In dieser Zeit voll schwerster außenpolitischer Konflikte erschien plötzlich eine öffentliche Erklärung des Episkopats, die die Gläubigen ohne jede berechtigte Veranlassung aufforderte, den kirchlichen Bestimmungen der Verfassung Widerstand zu leisten und für eine Verfassungsänderung Sorge zu tragen.

Die Wirkung dieser Erklärung war insofern außerordentlich schwerwiegend, als sie die Stellung der mexikanischen Regierung in ihren außenpolitischen Verhandlungen nahezu zu erschüttern drohte. Durch den Mangel an Ausführungsbestimmungen zu den Kirchengesetzen sah sich Calles zunächst jedoch außerstande, gegen das Episkopat entscheidend einzuschreiten. Man beschloß deshalb, die Angelegenheit vorläufig ruhen zu lassen. Erst im Jahre 1926, als die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten eine wesentliche Besserung erfahren hatten, erließ die Regierung mit Wirkung vom 1. August gesetzliche Bestimmungen zur Ausführung der sich auf die Kirche beziehenden Verfassungsparagraphen. Sie ordnete die Registrierung sämtlicher Geistlicher bei den städtischen Behörden an und untersagt nochmals die von der Geistlichkeit wiederholt mißachteten Erziehungsbestimmungen.

In keiner Weise wurden kirchliche Dogmen oder prinzipielle Glaubensfragen berührt.

Trotzdem lehnte das mexikanische Episkopat diese Registrierungspflicht ab, weil eine derartige Handlung die Unterwerfung der Kirche unter die weltlichen Behörden bedeuten würde. Es ermächtigte die Geistlichen gleichzeitig, ab 1. August ihr Seelsorgeramt niederzulegen. Mit diesem Schritt wollte die kirchliche Behörde die Massen geg[en] die Regierung aufreizen. Tatsächlich hat d[ie] mexikanische Geistlichkeit ihre Seelsorge[-] pflicht bis heute unbeachtet gelassen. Die „kirch[en-] feindliche“ Regierung Mexikos hat jedoch in seltsamer Iro[nie] des Schicksals sich der Kirchen angenommen und [für] ihre Offenhaltung im Interesse der Gläubig[en] Sorge getragen. **Im Sinne dieser Politik werden die Geistlich[en,] die sich registriert haben, ohne weiteres wieder zur Kultausüb[ung] zugelassen.** In jeder Weise ist für die Gläubigen gesorgt, u[nd] wenn heute Mexiko ohne Geistliche und See[l-] sorger ist, so liegt die Schuld ausschließlich b[ei] den mexikanischen Geistlichen, die es nach w[ie] vor ablehnen, den auf der Verfassung beruhe[nden] den Landesgesetzen zu gehorchen. Niemals hat [die] Regierung Calles den kirchlichen Grundsätzen etwas Ungehörig[es] zugemutet. Sie hat nur Bestimmungen erlasse[n,] wie sie in jedem anderen Lande gang und ge[be] sind.

Dieser Tatbestand ergibt

eine offene Rebellion der mexikanischen Kirchenbehörden gegen die Regierung.

Mit Waffengewalt wollen sie alte und überlebte Rechte zur[ück] erobern. Die Folge ist, daß die mexikanische Regierung mit d[en] gleichen Mitteln zur Abwehr schreitet und das Bibelwort wa[hr] macht:

„Wer zum Schwerte greift, wird durch das Schwert umkommen.“

So häuft sich in den letzten Monaten Blutvergießen a[uf] Blutvergießen. Das Ende des Kampfes ist noch nicht abzuseh[en,] obwohl die Auswirkungen schon jetzt eindeutig und klar si[nd.] Die weltlichen Mächte werden Mexiko auch i[n] Zukunft beherrschen und die Kirche wird er[st] dann wieder zur Geltung und Einfluß komme[n,] wenn sie von der Politik mit Waffengewalt a[b-] sieht. Es ist und bleibt nur ein großes Rätsel dieses Jah[r-] hunderts, und ein Beweis mehr für die geistigen Fesseln d[es] Katholizismus, daß europäische Katholiken es fertig bringe[n,] ihren Brüdern in Mexiko in dem verwerflichen und mi[t] Waffengewalt geführten Kampfe gegen die Staatsmac[ht] noch Beistand zu leisten.

Die Rheinlandkommission genehmigt die Eingemeindung von Höchst.

Koblenz, 19. April. Amtlich wird mitgeteilt: Die inter[-] alliierte Rheinlandkommission hat auf Antrag de[s] Reichskommissars für die besetzten Gebiete ihr Veto gegen da[s] Frankfurter Eingemeindungsgesetz zurückgezoge[n] und ausdrücklich bestätigt, daß das Gesetz auch im besetzten Gebi[et] mit Wirkung vom 1. April angewendet werden kann.

Deutschnationale Massenfabrikation von Wahlaufrufen.

Die Deutschnationale Partei hat ihrem Wahl[-] aufruf Nr. 1 und 2 jetzt auch noch eine Nr. 3 und 4 folgen lassen[.] Vielleicht erfreut sie die deutschen Spießer auch noch mit eine[r] Nr. 5 und 6.

Die neuesten beiden Aufrufe befassen sich mit den groß[-] agrarischen und den sozialpolitischen Pläne[n] dieser deutschnationalen Volksgegner: Rückkeh[r] zur autonomen Regelung der Zollsätze und Ueber[-] prüfung der sozialen Gesetzgebung — das sind die Forderungen dieser Rückschrittspartei. Statt das Lebensniveau der werk[-] tätigen Bevölkerung zu erhöhen, wie es das Ziel der Sozialdemo[-] kratie ist, erstrebt die Deutschnationale Partei erhöhte Zölle im Interesse der Großagrarier und Drosselung der Sozialpolitik.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Kenzler verhaftet.

Mannheim, 19 April. Der bisherige Reichstagsabgeordnete der kommunistischen Partei Georg Kenzler wurde auf Grun[d] eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters in Mannheim wegen einiger durch die Presse begangenen Ver[-] gehen gegen das Republikschutzgesetz und Beleidigung verhaftet.

Bombenattentat auf den argentinischen Justizminister?

In dem Arbeitszimmer des argentinischen Justizministers wurde am Donnerstag eine Bombe gefunden. Angeblich handelt es sich um kommunistische Umtriebe.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyrigth 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

113 — (Nachdruck verboten.)

Augenblicklich sollte Ericks den Petroleumunternehmern eine Anzahl wertvoller Pachten für einen Spottpreis überlassen. Aber er wollte immer wieder Geld. Das war das Unangenehme bei den Politikern: man kaufte sie vor der Wahl und mußte sie nach der Wahl abermals kaufen. Es war kein Verlaß auf sie. Herr Roß war nach Newport gekommen, um den Rat eines Juristen einzuholen, den Vernon Roscoe für den größten des Landes hielt, sowie um eine kleine Körperschaft zu bilden, deren Aufgabe darin bestehen sollte, auf legale Art Staatsbeamte zu kaufen. Selbstverständlich gebrauchte der Vater nicht diese allzu offenherzigen Ausdrücke, aber Bunny behauptete, es liefe darauf hinaus. „Wie wollt ihr es anfangen?“ fragte Bunny.

„Ein wirklich guter Jurist bringt alles fertig. Es soll eine kanadische Körperschaft werden, die sich nicht den Gesetzen der Vereinigten Staaten zu fügen braucht. Die Millionäre werden letzten Endes ihre Pachten erhalten. Das Unglück ist nur, daß niemand genau weiß, was die Pachten wert sind. Peter O'Reilly und Fred Orpen wollen Verne und mich veranlassen, einen zu großen Teil der Summe zu zahlen. Verne ist wütend, sagt, sie mögen zum Teufel gehen. Deshalb soll ich eine Zeit lang in Newport bleiben und sie hinausbluffen. Könntest du dich entschließen, auf das Semester an der Universität zu verzichten, vielleicht hier mit einem Lehrer zu arbeiten und das Examen erst im Herbst zu machen?“

Bunny erwiderte, ihm läge gar nichts an der Universität. „Nur eines macht mir Sorgen: was hast du mit der kanadischen Körperschaft zu schaffen?“

Der Vater erklärte, alles wäre in Ordnung, sie hätten den besten Juristen im ganzen Land.

Bunny aber fragte: „Bist du überzeugt, daß Verne dich nicht hineinlegen will?“

Der Vater war empört. „Wie kannst du so etwas denken? Verne ist der beste Geschäftsfreund, den ich je gehabt habe. Er ist die Ehrlichkeit selbst.“

„Ja, Vater, aber im Petroleumspiel gibt es keine Ehrlichkeit. Weshalb bezahlt Verne nicht selbst die Leute? Warum kommt er nicht nach Newport?“

„Aber, mein Sohn, Verne muß mit dem Streik fertig werden. Du weißt doch, daß er jetzt nicht abkommen kann. Du solltest froh sein, daß er es mir abgenommen hat.“ Der Vater fügte noch hinzu, daß ihn die Unternehmer nicht mit den Arbeitern verhandeln lassen wollten. Er wäre zu „weich“. Das Wort klang Bunny vertraut.

Es zeigte sich, daß Vi und der Vater gemeinsam Pläne geschmiedet hatten. Auch Vi bedurfte der Erholung. Sie wollten nach Kanada fahren, Herr Roß konnte dort seine Angelegenheiten regeln, dann wollten sie irgendwo ein Lager aufschlagen, und Vi gedachte, statt des langweiligen Tennis mit Bunny durch die Wälder zu wandern und in einem schönen See zu schwimmen. Herr Roß telegraphierte an den Rektor Alonzo T. Cowper und erklärte, dringende Geschäfte zwängen den Sohn, im Osten zu bleiben. Wäre es möglich, daß Bunny im Herbst sein Examen an der Universität ablege? Herr Cowper telegraphierte zurück, die Fakultät erfülle gerne diese Bitte.

Am Morgen, nachdem all dies geregelt war, erhielt Bunny ein Telegramm. Er riß es auf. Unterschrift: Ruth Watkins. [illegible] verschlang er den Inhalt: Paul und Eddie Piatt, Eli [illegible], Joe Duggan und vier andere aus dem Freundeskreis waren wegen Uebertretung des „[illegible]gesetzes“ verhaftet worden. Nun saßen sie im San Elido-Gefängnis, die Kaution für Paul betrug 10 000 Dollar, die für jeden der anderen 7500 Dollar. „Wir haben kein Geld, das wissen alle Leute, das Ganze verfolgt nur den Zweck, sie während des Streiks im Gefängnis zu halten. Das Gefängnis ist gräßlich, Pauls Gesundheit wird es nicht aushalten, ich bitte Sie um unserer alten Freundschaft willen, alle Kautionen aufzubringen, sonst ist Ihnen wohl nicht zu verzeihen, daß das Geld bei meinem Jungen sicher ist.“

VIII.

Jetzt quälte Bunny der böse Verdacht, der Vater habe von der Verhaftungen gewußt und ihn deshalb von Kalifornien fernhalten wollen. Dann aber sah er ein, daß Vernon Roscoe das „[illegible]“ ausgeben wollte und deshalb ihn und den Vater fortgeschickt hatte. Jedenfalls wird ihm kein Mensch nichts zeigen. Bunny wird nicht gefunden, daß seine Freunde [illegible] [illegible] werden.

Der Vater war [illegible] [illegible]. Bunny zeigte Vi das Telegramm und [illegible] mit ihr darüber. Sie wollte wissen, was er vorhabe, und Bunny erwiderte, der Vater werde zumindest für Paul die Kaution erlegen müssen.

„Aber, Bunny, du weißt doch, daß er es nicht tun kann. Das hieße Vernes sämtliche Pläne in bezug auf den Streik durchkreuzen.“

„Er muß es tun, Vi. Ich wäre ein Hund, ließe ich einen Menschen wie Paul in dem dreckigen Loch.“

„Und wenn er es nicht tut, Bunny?“

„Dann muß ich heimreisen, das ist alles.“

„Was könntest du ausrichten?“

„Mich nach jemandem umsehen, der etwas Anstandsgefühl und auch ein wenig Bargeld hat.“

„Diese Zusammensetzung ist nicht leicht zu finden, Liebster. Ich weiß das, weil ich selbst danach gesucht habe. Außerdem würde es den Vater sehr unglücklich machen und unsere ganzen Ferien verderben. Ich habe eben von einem wundervollen Ort gehört, ein Lager, das Schmolsky am Ontario-See gekauft hat. Er selbst hat noch nie Zeit gefunden, hinzufahren. O, Bunny, ich habe mich schon so auf die schönen Tage gefreut!“

Sie umschlang ihn, er aber bemerkte sie kaum, so sehr quälte ihn der Gedanke an Paul im Gefängnis. Und er, Bunny, flieht vor den Sorgen, lungert müßig umher, lügt sich vor, er habe Ferien. Er hatte geglaubt, das soziale Problem zu verstehen, besäß ein Ideal, aber ahnte zumindest, was gut und gerecht sei. Er befreite sich aus Vis Armen, schritt auf und ab, nannte sich einen Renegaten und beschimpfte die gemeinen Gauner, die das Gefängnis von San Elido verwalteten und das Geld stahlen, mit dem das Gefängnis sauber gehalten und die Nahrung der Gefangenen bezahlt werden sollte. Vi beobachtete ihn schweigend. Das war ein neuer Bunny, den sie nicht kannte.

„Hör mich an, Liebster,“ unterbrach sie ihn plötzlich. „Sei einen Augenblick still und rede ruhig mit mir. Du weißt ja, daß ich wenig von diesen Dingen verstehe.“

„Was willst du?“

„Wie kannst du bestimmt wissen, daß Paul nicht das Gesetz übertreten hat?“

„Weil ich ihn kenne. Alle seine Ideen kenne. Ich habe alles von A bis Z mit ihm besprochen, den ganzen Streik, wie er geführt werden soll, wie wichtig es ist, daß die Arbeiter als Einheit handeln. Alles andere müsse sich dieser Notwendigkeit beugen. Danach hat er auch gehandelt, und darum hat ihn Verne ins Gefängnis geworfen.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Revision im Arensdorfer Prozeß verworfen.

Leipzig, 19. April. Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat die Revision im Arensdorfer Totschlägerprozeß verworfen, so daß nunmehr die Urteile des Schwurgerichts Frankfurt a. O. gegen den Landwirt August Schmelzer und seinen Vater Paul Schmelzer in Kraft treten.

Ein deutschnationaler Verleumder verurteilt.

Berlin, 19. April. (Eigener Funkbericht.)

Der Redakteur der deutschnationalen „Deutschen Tageszeitung", Gretzger, wurde von einem Berliner Schöffengericht wegen Beleidigung des preußischen Ministerpräsidenten zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ablehnung des Auflösungsantrages im sächsischen Landtag.

Dresden, 19. April. Der sächsische Landtag lehnte heute gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die von diesen gestellten Anträge auf Auflösung des Landtages ab.

Barmat geht nach Holland.

Die in Amsterdam eingetroffenen Gebrüder Barmat haben Pressevertretern gegenüber erklärt, daß sie ihr Geschäft in Zukunft von Berlin nach Amsterdam verlegen werden. Barmat beabsichtigt nach den gleichen Presseäußerungen übrigens, nach der Beendigung des gegen ihn geführten Strafprozesses in der Berufungsinstanz Schadenersatzansprüche an den Staat zu stellen.

Die deutsch-litauischen Verhandlungen.

Berlin, 19. April. Die deutsch-litauischen Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsabkommens sind heute nachmittag um 4 Uhr aufgenommen worden. Die Verhandlungen bezwecken den Abschluß eines Meistbegünstigungsvertrages. Veterinärfragen werden entgegen anderslautenden Meldungen zunächst noch nicht besprochen werden.

Die Lage in China.

Entsendung größerer japanischer Truppenmengen nach Schantung.

London, 19. April. Im japanischen Außenministerium fand nach Meldungen aus Tokio gestern eine wichtige Besprechung statt, zu der auch die Marine- und Militärsachverständigen zugezogen worden waren. Einstimmig wurde beschlossen, größere Truppenmengen nach Schantung zu entsenden, wenn sich die Lage dort weiter verschlimmern sollte.

Das erste japanische Kanonenboot mit Truppen in Zindao eingetroffen.

Peking, 19. April. In Zindao ist das erste japanische Kanonenboot eingetroffen, das 100 Marinesoldaten landete. Die Truppen sind nach Mukden abtransportiert, wo sie den Schutz der südmandschurischen Eisenbahn übernehmen sollen. General Tschangtsolin beschloß, die Entsendung der japanischen Truppen nach Mukden mit der Verhängung des Kriegszustandes über Mukden zu beantworten. Man erwartet Zusammenstöße zwischen chinesischen und japanischen Soldaten.

Chinesische Nationalisten zertrümmerten gestern die Fensterscheiben im Hotel Jamato. Vier Japaner wurden durch Splitter verletzt.

Vormarsch General Fengs.

London, 19. April. Wie aus Peking gemeldet wird, hat General Feng am Gelben Fluß eine 20 000 Mann starke Armee des General Suntschuanfang geschlagen und die Stadt Tsining eingenommen. Die Armeen Suntschuanfangs und Tschangtsuntschangs befinden sich auf dem Rückzug.

Ein Nachspiel der japanischen Wahlen.

Drei Liberale ermordet.

London, 19. April. Wie aus Tokio gemeldet wird, sind in Wakajama in der Nähe von Osaka von Mitgliedern der vaterländischen Vereinigung Kokusuikai **drei örtliche Politiker ermordet und fünf weitere verwundet** worden. Einer der Ermordeten hatte sich während der letzten Wahlen lebhaft für die liberale Opposition betätigt, was zu seiner Verhaftung führte. Aus der Haft entlassen, beschuldigte er die Polizei, ihn im Gefängnis mißhandelt zu haben. Die Angelegenheit hatte große Beachtung gefunden und sollte im Parlament von der Opposition aufgerollt werden. Der örtliche Führer der Kokusuikai erschien darauf am Montag abend mit fünf bewaffneten Anhängern bei dem Ermordeten, der gerade eine Besprechung mit Parteifreunden abhielt und bot einen schiedsgerichtlichen Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten an. Als das Angebot abgelehnt wurde, forderte der Führer der Kokusuikai seine Begleiter zum Angriff auf die politischen Gegner auf. Nach der Tat stellten sich die Angreifer selbst der Polizei.

Japan billigt den Kriegsverzichtvorschlag Kelloggs.

Paris, 18. April. Wie die Agentur Indopazific aus Tokio meldet, billigt Tanaka ohne Rückhalt den mehrseitigen Kriegsverzichtpakt, wie ihn Staatssekretär Kellog vorschlägt. Auch der japanische Marineminister Okada sprach sich für den Vertrag aus. Er unterstrich die Unmöglichkeit einer stufenweisen Abrüstung, da in der Welt noch zuviel Kriegsursachen blieben.

Liberaler Wahlsieg bei den Präsidentenwahlen in Paraguay.

London, 19. April. Einer Reutermeldung haben die am Sonntag stattgefundenen Präsidentschaftswahlen in Paraguay einen überwältigenden Sieg des liberalen Kandidaten Josef Gugiari ergeben.

Unterzeichnung des amerikanisch-italienischen Schiedsgerichtsvertrages.

Newyork, 19. April. Staatssekretär Kellogg und der italienische Botschafter in Washington unterzeichneten heute vormittag im amerikanischen Staatsdepartement den amerikanisch-italienischen Schiedsgerichtsvertrag.

Kommunistenhatz auch in Finnland.

Helsingfors, 18. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch wurde hier der Sekretär der finnischen Gewerkschaftszentrale und der frühere Sekretär des finnischen Arbeitersportbundes von der politischen Polizei verhaftet. Der Innenminister gab auf Nachfrage die Antwort, daß beide kommunistischer Machenschaft beschuldigt seien.

Der russische Schnapsverbrauch unter der Sowjetregierung.

In Sowjet-Rußland sind nach einer amtlichen Statistik im Jahre 1924 rund 800 000 Eimer (ein Eimer = 12,3 Liter) Schnaps, ein Jahr später 4 100 000 Eimer und im Jahre 1926 **rund 20 000 000 Eimer** Schnaps getrunken worden. Der Rekord wurde aber erst **im Jahre 1927 mit 31 500 000 Eimer,** also **387 450 000 Liter** erreicht. Finanziell bedeutet das **die Ausgabe von mehr als 1 Milliarde Rubel allein für Schnaps.** In der amtlichen Statistik wird weiter darauf hingewiesen, daß die Arbeiter durchschnittlich 14 bis 17 Prozent ihres Lohnes vertrinken. Das ist das Ergebnis der Kulturarbeit der Sowjetregierung.

Doriot erneut verhaftet.

Paris, 20. April. Der kommunistische Abgeordnete Doriot, der wegen Aufreizung des Militärs zum Ungehorsam zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt und für die Haushaltsberatungen im Parlament freigelassen worden war, sich aber nachher der Polizei nicht mehr stellte, wurde beim Verlassen einer Wählerversammlung in Valanciennes von der Geheimpolizei verhaftet und im Automobil nach Paris gebracht. In der Versammlung wurde die Verhaftung erst eine halbe Stunde später bekannt. Kommunistische Gruppen durchzogen darauf unter Kundgebungen die Stadt. Dem Kommunisten Duclos, der wegen des gleichen Vergehens von der Polizei verfolgt wird und der in einer Parteiversammlung in St. Denis sprach, gelang es, der Festnahme zu entgehen.

Um die Wahlrechtsvorlage der englischen Regierung.

London, 19. April. Bei der Weiterberatung der Wahlrechtsvorlage in der gestrigen Unterhaussitzung erwies sich die konservative Opposition gegen die Herabsetzung des Wahlalters auf 21 Jahre wiederum als sehr schwach, so daß alle Abänderungsanträge der Ablehnung verfielen. Seit langem hat keine Vorlage von so großer Bedeutung eine so unwirksame und in sich zersplitterte Opposition gefunden. Der Widerstand der Arbeiterpartei gegen die Vorlage beschränkt sich auf die Bestimmungen, die den Grundsatz der doppelten Abstimmung für bestimmte Fälle festhalten.

Ein Vorstoß der englischen Arbeiterpartei.

London, 18. April. (Eigener Drahtbericht). Anläßlich einer Unterhausdebatte über das Armee-Disziplinargesetz wurde von sozialistischer Seite die Einfügung eines Paragraphen beantragt, welcher die Verwendung der bewaffneten Macht bei industriellen Auseinandersetzungen sowohl als Polizeiverstärkung wie als Streikbrecher verhindern sollte. Der Antrag der Arbeiterpartei wurde mit 223 Stimmen gegen 117 Stimmen abgelehnt.

Französische Kommunisten stören eine Wahlversammlung.

Paris, 18. April. (Eigener Funkbericht.)

In einem Pariser Vorort stürmte am Dienstag abend eine Abteilung von 500 Kommunisten unter Anführung des Bürgermeisters eine Wahlversammlung der Rechtsparteien. Zehn Personen wurden zum Teil erheblich verletzt. Vier Kommunisten wurden als Rädelsführer verhaftet.

Die ängstliche tschechische Regierung.

Sie verbietet die internationale kommunistische Sportolympiade.

Die tschechische Regierung hat die von den Kommunisten in der Zeit vom 1. bis 8. Juli geplante Internationale Spartakiade verboten. An der Veranstaltung sollten außer der sowjetrussischen Sportorganisation Arbeitersportler aus Amerika, Argentinien, Deutschland, Oeststerreich, Frankreich, Norwegen und Finnland teilnehmen.

Um die Abschaffung der Todesstrafe im englischen Heer.

London, 18. April. Der Haushaltungsausschuß des Unterhauses beschäftigte sich gestern bei der Beratung des Haushaltes der Armee und der Luftstreitkräfte mit der Frage der Abschaffung der Todesstrafe im englischen Heer. Die Arbeiterpartei hatte einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe für die allermeisten Vergehen eingebracht. Der Redner der Konservativen stimmte den von der Regierung gemachten Zugeständnissen auf Verminderung der Vergehen zu, für die die Todesstrafe bestehen bleiben solle. Feigheit und Fahnenflucht vor dem Feinde müßten aber zur Aufrechterhaltung der Manneszucht im Kriege mit dem Tode bestraft werden. Der Liberale Sir John Simon bezeichnete es als ein günstiges Urteil über das britische Volk, daß nach den Erfahrungen im Verlaufe des Krieges heute auch vom Armeerat eine Einschränkung der Todesstrafe befürwortet werde. Zum Schluß ergriff der Finanzsekretär im Kriegsministerium, Cooper, das Wort, der u. a. darauf hinwies, daß die Abschaffung der Todesstrafe für kommunistische Propaganda in Uebereinstimmung mit dem Luftfahrtministerium und der Marineleitung vorgeschlagen worden sei, die der Ansicht seien, daß die Manneszucht dadurch in keiner Weise beeinträchtigt werde. Am Schluß der Aussprache wurden die Regierungsvorschläge genehmigt.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Festsetzung der Gemeindewahlen in Preußen.

Der Verband der Preußischen Landgemeinden teilt mit:

Seit den letzten Gemeindewahlen am 4. Mai 1924 war die Frage der Amtsdauer der gewählten ehrenamtlichen Gemeindebeamten und Gemeindevertretungen ungelöst, da nach den Bestimmungen des Gemeindewahlgesetzes die Festsetzung den kommenden Kommunal-Verfassungsgesetzen vorbehalten bleiben sollte. Diese sind jedoch in dem aufgelösten preußischen Landtag nicht zur Verabschiedung gekommen. Daher wurde eine Regelung durch ein besonderes Gesetz notwendig.

Der Preußische Landtag hat nun vor seinem Auseinandergehen ein Sondergesetz angenommen. Dieses Gesetz bestimmt in der Hauptsache, daß die Gemeindevertretungen sowie die Amtsvertretungen in Rheinland und Westfalen bis zum 31. Dezember neu zu wählen sind. **Ausgenommen** sind hiervon **Gemeinden,** deren Vertretungen nach dem 1. Juli 1927 gewählt worden sind, sowie diejenigen Gemeinden, für welche Sonderregelungen vorgesehen sind (Berlin und Helgoland). Die Wahlzeit der Gemeinde- und Amtsvertretungen und Vertretungen der Kirchspiel-Landgemeinden beträgt im allgemeinen vier Jahre. Würde die Wahlzeit hiernach nicht früher als zwölf Monate vor dem Ablauf der allgemeinen Wahlzeit endigen, so findet die Neuwahl erst gleichzeitig mit der allgemeinen Neuwahl statt. Erstmalig findet dies auf die gemäß § 15 des Gemeindewahlgesetzes vom 12. Februar 1924 betroffenen Gemeindevertretungen mit der Maßgabe Anwendung, daß als Ablauf der allgemeinen Wahlzeit der **1. Oktober 1928** gilt.

Der Wahltag wird durch das Staatsministerium bestimmt. Die Mitglieder der Gemeindedeputationen und Kommissionen sowie der Schulvorstände sind nach der Neuwahl der Gemeindevertretungen ebenfalls neu zu wählen. Die §§ 12, 19 und 20 des Gemeindewahlgesetzes vom 12. Februar 1924 — GS. S. 98 — finden Anwendung, d. h. die Stellen der besoldeten Gemeindevorstandsmitglieder dürfen von den alten Gemeindevertretungen nur besetzt werden, wenn die Wahl eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der tatsächlich vorhandenen Mitglieder der Gemeindevertretung ergibt, und die Vorschriften des Gesetzes werden auf Berlin und Helgoland nicht angewendet.

Klettendorf. Messerstecherei. Am Dienstag morgen ereignete sich hier eine schwere Bluttat. Der Bauarbeiter R. Caija wurde kurz vor seinem Stalle, aus dem er Kohlen holen wollte, von dem siebzigjährigen Zimmermann P. Wolff angefallen und mit einem Messer in den Unterleib gestochen, so daß die Schlagader durchschnitten wurde. Caija konnte nur einige Schritte machen und stürzte dann besinnungslos zusammen. Er wurde nach Anlegung eines Notverbandes mit dem Krankenauto Rat, Schöller und Skene nach dem Israelitischen Krankenhause gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt. Caija ist Vater dreier unmündiger Kinder. Der Grund zu dieser folgenschweren Tat soll in einem Zwist um eine Taube (!), die Wolff dem Caija weggefangen hatte, liegen.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Versammlungskalender.

(Hier finden lediglich Mitteilungen Aufnahme, die der Redaktion über das Sekretariat des Unterbezirks Breslau-Land zugehen.)

Tschansch. Parteigenossinnen und -Genossen! Montag, den 23. April, 19½ Uhr, findet bei Taube in Klein-Tschansch unsere fällige Mitglieder-Versammlung statt. Die Maifeier, sowie die kommende Wahl macht es erforderlich, daß alles erscheint. Bringt Freunde und Bekannte mit und vor allen Dingen dürfen die Genossen ihre Frauen nicht vergessen mitzubringen. Redner ist anwesend.

Neukirch. Sonnabend, den 21. April, findet im Lokal von Gudermuth eine Bezirksversammlung der SPD. statt. Als Redner ist Genosse Häusler-Breslau mit dem Thema: „Unsere Wahlaufgaben gewonnen. Alle Parteimitglieder haben zu erscheinen.

Rosenthal. In einer Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 21. April, abends 7,30 Uhr, im Lokal von Owitzko, spricht der Genosse, Stadtv. Mimietz-Breslau, über „Kommunalfragen". In Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung bitten wir um den Besuch aller Parteigenossen und -Genossinnen.

Stabelwitz. Sonnabend, den 21. April, abends 7½ Uhr: Frauenabend mit musikalischen Darbietungen in Herrnproisch bei Maskos.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold",
Kreis Breslau-Land.
Freitag, den 20. April:

Ortsverein Tschansch: Gasthaus Peter, Groß-Tschansch, 19 Uhr, Mitgliederversammlung

Arbeiter-Sport

Handballvorschau für Sonntag.

Am Sonntag werden in allen Klassen die letzten Spiele nachgetragen. In der A-Klasse steigen in Oswitz zwei Spiele 5. Abt. I — 2. Abt. I ist ein offenes Treffen. Das zweite ist das vom Kreise nochmals angesetzte Treffen: Poseidon I — Mochbern I. Bei der B-Klasse ist nur ein Spiel: Nordost I — 5. Abteilung II, was Nordost durch bessere Stützenleistung gewinnen wird. Das Jugendspiel und die Sportlerinnen-Spiele sind alles offene Spiele. Am kommenden Sonntag spielt in Schweidnitz die 7. Abt. I. 1. Bezirk gegen Reichenbach I. 6 Bezirk um die Bezirksverbandsmeisterschaft. Wenn man dem Tabellenstand nachgeht im 6. Bezirk, so hat sich Reichenbach I in seinem Bezirk gut durchgeschlagen und man darf gespannt sein, wer in diesem Spiel den Sieger stellen wird. Die 5. Abt. I Jugend und 3. Abt. I Sportlerinnen spielen auch in Schweidnitz gegen dieselben von Liegnitz 6. Bezirk. Auch die Spiele werden zeigen, wie weit die Jugend und die Sportlerinnen im Handball vorgeschritten sind.

Nachstehender Tabellenstand im 6. Bezirk:

	Spiele	gewonnen	verloren	Punkte	Tore
Reichenbach I ...	8	7	1	14	25
Jauer I	8	5	2	10	27
Häslicht I	6	4	2	8	15
Altis I	7	4	3	8	25
Striegau II	7	2	5	4	7
Alt-Jauer I	7	2	5	4	5
Striegau I	6	1	5	2	7
Groß-Rosen I ...	7	1	6	2	3

Am vergangenen Sonntag stellte auch der 4. Bezirk den Bezirksmeister fest. Im letzten Spiel Wüstegiersdorf I — Sandberg I überlies erstere die Punkte kampflos Sandberg zukommen und somit ist Sandberg I zum dritten Mal ohne Punktverlust Bezirksmeister im 4. Bezirk.

Die Tabelle hat folgenden Stand im 4. Bezirk:

	Spiele	gew.	unentsch.	verl.	+ Tore	=	+ Punkte	=
Sandberg I	12	„ 12	—	—	53 „	6	24 „	—
Arb.-Schw. Waldenbg.	12	„ 10	—	2	61 „	21	20 „	4
Wüstegiersdorf	12	„ 5	—	5	33 „	40	12 „	12
Fr. Schw. Salzbrunn	12	„ 5	—	5	23 „	29	12 „	12
Sandberg II	12	„ 6	—	6	9 „	22	12 „	12
Fr. Turn. Waldenburg	12	„ 1	—	11	10 „	46	2 „	22
Fellhammer	12	„ 1	—	11	4 „	26	2 „	22

Weitere Berichte von den anderen Bezirken fehlen noch.

Handball-Schiedsrichtervereinigung. Mittwoch, den 25. April, 20 Uhr: Vollversammlung bei Hanke, Leuthenstraße. In Ladungssachen haben die Bundesgenossen Gasche und Schönfeld, Ernit, von der 6. Abteilung um 19,30 Uhr zu erscheinen. Ebenso der Schiedsrichterausschuß.

Fußballsperre. Das Spielverbot ist über die Vereine Wratislawia, V.F.B. Brieg aufgehoben.

Berichterstatter-Ausschuß. Sonntag, den 22. April, 9 Uhr, in der „Erholung": Versammlung sämtlicher Berichterstatter. Die bisher noch nicht Gemeldeten, melden bestimmt bis Sonntag.

Vereinsvorstände und Kassierer der Turnersparte des 14. Kreises.

Laut Beschluß des Kreis- und Bezirkstages wird für jedes Mitglied über 14 Jahre für 1928 ein Beitrag von 65 Pf. erhoben. Dieser ist in drei Raten, am 1. April, 1. Juli und 1. Oktober, an den Bezirks-Turnspartenkassierer Georg Nickisch, Oels, Hindenburgstraße 4, zu entrichten. Vereine, welche ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, erhalten Spiel- und Startverbot.

Freie Turnerschaft Breslau E. V. Sonnabend, den 28. April, 17,30 Uhr, Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses: Außerordentlich wichtige Vereinsjugendversammlung. Alle Schulentlassenen nehmen bestimmt daran teil. — Mittwoch, den 25. April, 20 Uhr: Jugendfunktionärsitzung. Der Tagungsort wird noch bekannt gegeben.

Freie Turnerschaft Breslau. 4. Männer- und Jugend-Abteilung. Heute Abend nach dem Turnen: Vierteljahrsversammlung bei Koschick, Luisenstraße 13.

Freie Turnerschaft Breslau, 8. Männer-Abteilung. Sonntag, den 22. April, nachmittags 2 Uhr, in der Halle auf dem Spielplatz Helmutwiese: Monatsversammlung. — Sonnabend, den 21. April, alles in der Turnhalle. Das Turnen beginnt für Kinder um 6 Uhr und Männer um 8 Uhr.

2. Frauenabteilung Freie Turnerschaft. Das Naturnen Sonntag vormittags fällt aus. Wir alle sind nachmittags ab 2 Uhr Spielplatz Hardenbergstraße.

S. V. Poseidon E. V. Montag, den 23. April, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Versammlung aller Kampfrichter und Rettungsschwimmer. Die restlichen Wanderpreise gelangen zur Auszahlung. Pässe sind mitzubringen. Die Mannschaftsführer der Wasserballmannschaften sind schon um 19½ Uhr zu einer wichtigen Sitzung zur Stelle. — Bei günstigem Wetter ist an sämtlichen Sonntagen im April vormittags im Poseidonbad Arbeitsdienst. Wir erwarten, daß sich die männlichen Mitglieder restlos zur Verfügung stellen.

Freie Rudervereinigung Breslau E. V. Morgen, Sonnabend: Generalreinigung im Bootshause. Alle Mitglieder erscheinen.

Bezirkswettstreit im Boxen. Die Vereine „1897" Breslau, „Herkules" Brieg, „Germania" Deutsch-Lissa werden sich am morgigen Sonnabend, den 21. April, an dem Wettstreit beteiligen. Die Kämpfe finden in bescheidener Aufmachung in der Turnhalle Brunnenstraße, Volksschule, statt. Einlaß 19 Uhr, Beginn 20 Uhr.

Heute und morgen Ziehung!

Ziehung 20. u. 21. April 1928

Große zweite

Volkswohl

Lotterie — Alle Gewinne in bar!

jedes Los für beide Ziehungen 362 Gewinne und Prämien

400 150 75 100 50 40 20 20 10

Einzelgewinne

Lose 1 hk. Doppellose 2 RM

Stücks-briefe: 5 Lose 5 RM, 10 Lose 10 RM.

Porto und Listen für Ziehungen 50 Pfennig extra erbeten gegen vor. Briefmarken oder auch gegen Nachnahme

Lotteriebank **Arndt** Breslau 5 im Tauentzienplatz gegenüber Wertheim-Ecke

Ziehung 9 bis 14. Mai 1928

Postscheck Breslau 2571

Für Scheibnitz und Oderfor: Gnoisenau-Drogerie, Gnoisenauplatz 4, erhältlich.

Stadttheater

(Opernhaus)

Freitag 20 bis nach 22 Uhr: 17. Abonn.-Vorstell. Serie H 3:2 **Der verlorene Gulden.**

Sonnabend 20 bis 22.15 Uhr: Gastspiel Herbert Kemp Max von Schillings: **Mona Lisa.**

Sonntag 20 bis gegen 22.30 **Die Bohème.**

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 5565

Tel. Stephan 36390

Freitag, Sonnabend, Sonntag, 20 Uhr: **„Lady X ...."**

Sonntag nachm. 15½ Uhr: **Der Zarewitsch**

Montag und Mittwoch, 20 Uhr: **Eine Frau von Format. Eine Frau von Format.**

Dienstag u. Freitag 8 Uhr: **Der Zarewitsch**

Donnerstag 20 Uhr: **„Drei arme kleine Mädels"**

Lobe-Theater

Tel. Ring 6774.

Freitag 20 Uhr: **Schwarz und Weiß**

Sonnabend 20 Uhr: Zum ersten Male! **TOBOGGAN**

Drama v. Gerhard Menzel

Sonntag 15.30 Uhr. Zu kleinen Preisen! **Das Kamel geht durch das Nadelöhr.**

Sonntag 20 Uhr: **TOBOGGAN.**

Thalia-Theater

Tel. Ring 6740.

Freitag 20 Uhr u. Sonntag 15.30 Uhr letzte Aufführungen! **„Der Hexer"** Kriminalfilm von Edgar Wallace.

Ab Sonnabend täglich 8 Uhr: **Schwarz und Weiß.** Grandios von Erika Gläser. 5561

Liebich-Theater Tel. Stephan 340 46

Ab Sonnabend 20 Uhr: Das bekannteste **Varieté-Programm**

Erstklassige neuzeitliche **Trauer-Hüte** in Filz, Samt, Seide, Herrn. Mehlhose, Reichstraße 7, Tel. 24 8 5561

TdN

Fürstenstraße 32.

Theater des Nordens

Das reichhaltige Doppel-Programm!

Harry Liedtke

in seinem besten Lustspiel:

„So sind die Männer"

Außerdem:

„Der König im Sattel"

Die neuesten und spannendsten Wild-West-Abenteuer. 5558

Sonntag nachmittag 3 Uhr: Große Jugendvorstellung mit neuem Programm.

Beginn: Wochent. 5, 6¹⁵, 8¹⁰ Uhr. — Sonnt. 4¹⁰, 6⁰⁰, 8¹⁵ Uhr.

Warburg-Lichtspiele

Gräbschener Straße 94a 5595

Unwiderruflich nur bis Montag!

Der gewaltigste Film!

„Ben Hur"

12 Akte

Dazu das gute Beiprogramm!

Deulig-Woche!

Jugendliche haben Zutritt!

Sonntag 3 Uhr: Große Kinder-Vorstellung **„Ben Hur"** und Groteske.

Max Schönfelder

Kaffee-Rösterei, Tee-Import

Waren-Versandhaus u. Weingroßhandlg.

Breslau 1, Albrechtstraße 56.

5596

Heute bringe ich wieder sehr interessante Angebote und zwar:

Echte Rügenwalder Teewurst nur als Zufalls-Angebot, prima prima Ware, das Pfund in ganzen Würsten, zirka ⅔—1¼ Pfd. 1.85, ½ Pfd. 0.98 **das Postfolli mit 9 Pfd. je Pfd. 1.80** in der ersten Zone franko, für die nächsten Zonen kommt nur die Differenz des Portos in Anrechnung. Verpackung in jedem Falle franko. Der Ladenpreis für diese Qualität beträgt sonst 2.40

Holsteiner Zervelatwurst aus nur Inlandsfleisch hergestellt, in ganz. Würsten, je Pfd 1.55, ½ Pfd. 0.40

Einen Posten frisch geräucherten **dicken amerikanischen Rückenspeck** je Pfund nur 0.97

Allerbeste la Molkerei-Kernbutter in feinster Qualität, Pfd. nur 1.88

Prima la Landkäse ausgereifte Ware, das Pfd. nur 0.45

Harzer Edelkäse 1-Pfund-Karton nur 0.45

Edamer Käse, sehr zart und fein, in der Kugel zirka 3 Pfd., je Pfd. 0.88, 1 Pfd. 0.83, ½ Pfd 0.43, ¼ Pfd. 0.22

Schweizer Käse, la Qualität 1 Pfd. 1.50, ½ Pfd. 0.78, ¼ Pfd. 0.40

Limburger Stangenkäse beste ausgereifte Ware . je Pfd. 0.48

Ferner stelle ich heute wieder **große Posten Bratheringe, Bismarck-Heringe und Rollmops** ganz billig zum Verkauf.

Ich biete an:

½ Liter-Dose **Bratheringe** 0.68, 3 Dosen 1.95

½ Liter-Dose **Bismarck-Heringe** 0.80, 3 Dosen 2.30

½ Liter-Dose **Rollmops** 0.86, 3 Dosen 2.50

Backobst-Artikel

werden in der Jetztzeit stark begehrt, weshalb ich den Wünschen meiner verehrten Kundschaft gern entspreche, und bie

billigen Sonderverkaufspreise

für **Wirsingobst** das Pfd zu 0.37, 0.45, 0.55, 0.72

für **kaliforn. Pflaumen** je Pfd 0.37, 0.42, 0.48 und 0.58

für **kaliforn. Birnen** je Pfd. 0.75, 0.88

für **kaliforn. Speiseäpfel** je Pfd. 1.18

bis auf Widerruf bestehen lasse.

Gemüse- und Früchte-Konserven haben gerade jetzt erhöhtes Interesse, und dürfte es von allergrößtem Werte sein, zu erfahren, daß ich auch hierfür meine billigen Preise für den 1. 3. angezeigten

Frühjahrs-Rabatt-Preise,

soweit Vorräte vorhanden, ebenfalls behalten habe.

Verlangen Sie Ihr über Sonderangebot in Gemüse- und Früchte-Konserven.

Steinpilze, nach bayr. Art aus besten gemischten Pilzen hergestellt

½ ¼ ⅛ kg-Dose

Mk. 1.30 2.05 4.50

Ich bringe hiermit etwas Neues, aber sehr gutes. Der Preis wird bald angreifen lassen.

Gutes und Reiches aus Wirtschaftsgroßhandlung.

Die Leistungsfähigkeit der D.B.G. ist allgemein bekannt

Auf allen Gebieten der

Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung

Sport-Bekleidung

Maß-Garderobe für Damen und Herren

Bett-, Leib- und Tisch-Wäsche

wird stets das Neueste in vollendeter Ausführung und Qualität geboten

Die Preise sind niedrig und ein wohlwollender angemessener Kredit erleichtert den Kaufentschluß, auch wenn das Geld knapp ist.

8 Monatsrate ⅙ Anzahlung

Beamte, Angestellte, alte Kunden

Jedermann in gesicherter Wirtschaftslage kaufen bei uns

ohne Anzahlung, 1. Rate: Juni 1928

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m.b.H.

Das bevorzugte Kaufhaus der Beamtenwelt

Breslau nur Junkernstr. 38.40 a. Christophoripl.

Zentral

THEATER-WESTEND-STR. 50

Ab Donnerstag, den 26. April 5, 7, 9 Uhr Sonntags 1, 4, 7

Das größte Ereignis dieser Woche ist die deutsche Spitzenleistung

Manege

mit Marjahnsen u. Sarfiersen

Der beste Zirkusfilm der Weltproduktion:

So lautet das einstimmige Urteil der gesamt. Fachpresse.

Nachmittags Kinderprogramm. Sonntag 3 Uhr: Kl. Jugendvorstellung. Beginn Uhr 5 Uhr 5:1

5599

Kurgarten Kleinburg

Heute:

Kurgarten-Ball

mit Einlritt und Tanz frei 20 Stimmungskapelle

Sandrei Bettfedern Bettfedern aller Preislagen **Breslau 2** Blücherplatz

---

BRESLAUER

WELTBÜHNE

Ab Freitag, den 20. April:

Der Bomben-Lustspiel-Erfolg:

Paf u. Pafachon

in Pelikanien

Nur für Leute, die beim Lachen nicht krank werden. 5559

Außerdem die 3 Lustspielschlager:

Weiber werden zu Hyänen | Mary macht eine Erbschaft | Ein enmäschen als Zahnarzt

Bühnenschau:

Schwegerling's beliebtes Marionetten-Theater.

Neuer Original! Jugendliche haben Zutritt!

Beginn: W. 4 u. 8½ Uhr. S.: 4, 6 u. 8½ Uhr.

Zentral-Ballsäle

Wrestedstraße 50-52 5595

Straßenbahnlinie 1, 21 u. 4 Telephon Ohle 1712

Jeden Freitag und Sonntag: **Vornehmer Tanz**

Billige Bezugsquelle für **Fahrräder** Gummi und Zubehör **Geier,** Freiburger Straße 16 Ecke Graupenstraße

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. April 1928.

Eröffnung der Friedrich Ebert-Schule

In Zimpel wurde gestern Breslaus schönste Volksschule eröffnet, die auf Antrag der Elternbeiratsmitglieder der Liste Schulfortschritt den Namen des ersten Reichspräsidenten erhalten hat. Der Bau ist prachtvoll in seiner Schlichtheit und in seiner inneren Einrichtung mustergültig. Alles ist farbenfroh. Die Wände einer großen Wandelhalle für den Aufenthalt der Schüler und Schülerinnen in den Pausen bei schlechtem Wetter ist mit Kacheln in den dekorativen Farben der Republik verkleidet. In feiner Abtönung ist man vom Schwarz über Braun zum Rot und vom Rot über Orange zum Goldgelb gekommen. Ebenso ist die Wandverkleidung im Treppenhause in Rot und Gold gehalten, während die hölzerne Schutzbrüstung in Schwarz gehalten ist. Die Unterrichtsräume zeigen freundliche Zimmerfarben. Sobald der Raum der „Volkswacht" es gestattet, werden wir noch näher auf diese Schöpfung eingehen, die unter der Devise entstand, daß für das Volk das Beste gerade noch gut genug ist.

Zur gestrigen Eröffnungsfeier hatten sich der Oberbürgermeister und zahlreiche Stadträte und Stadtverordnete eingefunden, dazu Vetreter der Regierung und des Provinzialschulkollegiums sowie der Elternschaft. Natürlich waren die Schüler und Schülerinnen selbst in der Turnhalle mit versammelt. Umrahmt war der Festakt von frischen Kinderchören, Gedichtvorträgen und musikalischen Darbietungen auf dem Harmonium und durch ein Streichquartett. Stadtbaurat Dr. Althoff schilderte die Entstehung des schönen Baues innerhalb eines Jahres, seine zweckmäßige Einrichtung und Ausstattung näher erläuternd. Er überreichte dann den Schlüssel an Stadtschulrat Dr. Lauterbach, der in seiner Ansprache besonders auch den einstigen Träger des Namens ehrte, den die Schule erhalten hat. Das Wesen Friedrich Eberts atmete Duldsamkeit und war erfüllt von großem, freiem Menschentum. Alle, die mit ihm in Berührung kamen, Gelehrte, Künstler, Parlamentarier und Militärs waren sich einig über seine große persönliche Wertschätzung, auch dann, wenn sie seine Meinung nicht teilten. Aus der Volksschule hervorgegangen, bahnte er sich seinen Weg durch Fleiß und Tüchtigkeit. Als Deutschland in einem Chaos zu versinken drohte, übernahm er entschlossen die Führung zum Wiederaufbau. In Breslau war es bisher nicht üblich, Volksschulen mit Namen zu benennen. Eine Ausnahme war die Pestalozzischule, die dem großen Jugenderzieher geweiht wurde. Hierzu tritt nun die Friedrich-Ebert-Schule, einem großen Volkserzieher geweiht.

Nach weiteren Ansprachen von Rektor Thiel und Regierungsdirektor Dr. Bürger wurde ein Rundgang angetreten, der immer wieder zur Anerkennung für das Werk zwang, zu dem Magistratsoberbaurat Schirmer den Entwurf geliefert hat. Es ist noch ein weiterer Ausbau geplant, der eine Kinderkrippe, eine Haushaltungsschule und ein Volksbad umfassen soll.

—f.

Parole für alle Wahlhelfer!

In den gestern veröffentlichten Lokalen liegen die

Wählerzeitungen

zum Abholen bereit. Genossen, tut eure Pflicht! Arbeitsfreudige werden überall gebraucht! Kommt heute 6 Uhr in die Verteilungslokale.

Elternbeiratswahlen.

Liste Schulfortschritt.

Wir empfehlen in Breslau für die Kandidatenaufstellung Einigung mit den Bürgerlich-Christlichen unter Wahrung unseres Besitzstandes. Dadurch erübrigt sich eine Wahl. In denjenigen Schulen, in denen eine Einigung unter dieser Bedingung nicht zustande kommt, werden wir durch Flugblätter und Versammlungen für genügende Agitation sorgen. Die Meldungen müssen sofort im Parteisekretariat erfolgen. Daselbst auch jeden Mittwoch und Freitag von 6 bis 7 Uhr nachmittags Auskunft durch ein Vorstandsmitglied.

Der Vorstand des Zentral-Elternbeirats.

Seht die Wählerlisten ein!

Wählen kann nur, wer in der Wählerliste eingetragen ist. Die Wählerlisten sind in diesem Jahre neu angefertigt. Durch Verlegung einiger Polizeireviere sind wesentliche Veränderungen eingetreten. Jeder muß sich also selbst überzeugen, ob er in der Liste steht, damit er am Wahltage seine Stimme abgeben kann. Jede fehlende proletarische Stimme stärkt die Front der Bürgerblock-Regierung. **Die Wählerlisten liegen täglich von 10 bis 19 Uhr in der Lessingturnhalle aus.**

Zimpel: Wahlbezirk 128. Alle Einwohner des neuen Zimpel sehen die Wählerlisten in der katholischen Schule in Grüneiche ein. Zum neuen Zimpel gehören folgende Straßen: Damaschke-Straße, Häherweg, Kiebitzweg, Meisenweg 63 bis 71, Möwenweg 65 bis Ende, 64 bis Ende, Pierolweg, Rebhuhnweg, Reiherweg 2 bis 56, Wachtelweg, Zaunkönigweg, Zeisigweg 5 bis Möwenweg.

Sichert euch Theaterkarten zur Maifeier!

Zwei Festvorstellungen im Lobe- und Thaliatheater werden am 1. Mai der Breslauer Arbeiterschaft einen guten Kunstgenuß bieten. Karten zum Einheitspreise von 1 Mark sind bei den Distriktsführern, in den Gewerkschaftsbüros und im Parteisekretariat zu haben.

Fridericus Rex, Königin Luise und Domela

oder wie fängt man deutsche Spießer? — ist Leitmotiv des Programms der Devoli anläßlich ihres „Gastspiels" bei der Freigewerkschaftsjugend. „Auswahlsendung vom Lenz", sowie der „Dintaübermensch" vervollständigen die Folge des heiteren Teils der Frühlingsfeier der F.G.J. In den „Gesängen vom Werktag" werden uns Dichtungen von Barthel, Engelke, Hoot, Lersch gesprochen werden. Die Feier beginnt 20 Uhr in der Aula der Viktoriaschule, Blücherstraße. Breslaus arbeitende Jugend, kommt deshalb Sonnabend zur Freigewerkschaftsjugend.

Parteigenossen

in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben!

Sonnabend, den 21. April, 19½ Uhr, im Gewerkschaftshaus:

Wichtige Versammlung. Kein Genosse darf fehlen.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung war vor allem ein übler Tag für das vierblättrige kommunistische Kleeblatt. Sowohl bei der Besoldungsvorlage der Beamten und Angestellten, als auch bei der Vorlage auf Erhöhung der Arbeiterlöhne wurde ihre Demagogie in geradezu vernichtender Weise enthüllt. Bei der Besoldungsvorlage gab sich Herr Ammon den Anschein eines Interessenvertreters der unteren und mittleren Beamten, die zu schlecht eingestuft seien. Dabei mußte er sich von dem Demokraten Huppelsberg sagen lassen, daß er im Besoldungsausschuß gar keinen Antrag gestellt habe. Der Wahrheit gemäß müsse er feststellen, daß **fast alle Anträge für die unteren und mittleren Beamten von dem Sozialdemokraten Pietsch gestellt wurden.** Dasselbe Schauspiel wiederholte sich bei den Arbeiterlöhnen. Die von Genossen Darf vertretene Magistratsvorlage sah eine Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter von fünf Pfennigen und der Arbeiterinnen von drei Pfennigen die Stunde vor. Magistrat und Gemeindearbeiter haben sich auf dieser Grundlage ohne Inanspruchnahme des Schlichters geeinigt. Da kam der Kommunist Adelt und beantragte zehn Pfennige Lohnerhöhung. Wo die Kosten hierfür in Höhe von 2¼ Millionen herkommen sollten, das sagte er allerdings nicht. Da führte Genosse Darf aus, daß der Kommunist Ammon im Ausschuß keinen Antrag zugunsten der Arbeiter gestellt habe. **Im Ausschuß spiele er den milden Ammon und im Plenum den wilden Ammonitier.** Nach der Blamage von vorhin habe er diesmal die Ammoniterrolle an Adelt abgetreten. Das ganze Verhalten der Kommunisten sei Heuchelei und Demagogie.

Zur näheren Information unserer Leser sei mitgeteilt, daß unser Genosse Dr. Thiede anstelle des erkrankten Genossen Neukirch die Lohnverhandlungen mit den Gemeindearbeitern geführt, und den sehr vernünftigen Vergleich ohne Schlichter zustande gebracht hat. Während die Arbeiter in der Privatindustrie schwer in Güte irgend etwas erreichen, und die Unternehmer rücksichtslos zur Waffe der Aussperrung gegen ihre Lohnsklaven greifen, herrscht bei der Stadt unter den sozialdemokratischen Arbeiterdezernenten Verständnis für die Nöte der Arbeiterschaft, und Entgegenkommen, soweit das öffentliche Interesse es zuläßt. Alle Arbeiter der Privatindustrie würden von Herzen froh sein, wenn ihre Arbeitgeber so einsichtig wären, wie die sozialdemokratischen Magistratsdezernenten Neukirch und Dr. Thiede. Es ist eine Unverfrorenheit und ein gemeines Spiel mit den Interessen und dem Ansehen der Arbeiterschaft, das erfreuliche Einvernehmen zu stören, das bei der Stadt zwischen den Arbeitern und den sozialdemokratischen Magistratsdezernenten besteht. Insbesondere, wenn man nur nach außen so tut, als ob man Gutes für die Arbeiterschaft wolle, in der entscheidenden Ausschußsitzung aber kein Wort für die Arbeiter übrig hat. Im Ausschuß lohnt eben die Demagogie nicht, weil die Tribüne fehlt, auf die man im Plenum seine Anhänger ladet, um sich vor ihnen in Reden wichtig zu tun. Der Lohnerhöhung wurde gestern nach erfolgter Aussprache zugestimmt.

In bezug auf die Besoldungsvorlage beantragte Genosse Mache die Genehmigung, soweit sie die Beamten und Angestellten betraf, die Regelung für die Magistratsmitglieder aber nochmals in den Ausschuß zu verweisen. In der Tat sind die Magistratsmitglieder verschiedentlich ganz überreichlich bedacht worden, was sich mindestens mit der sonst immer gepredigten „Sparsamkeit" nicht vereinbaren läßt. Doch hier wollten die Bürgerlichen von der sonstigen Sparsamkeit nichts wissen. Der Antrag Mache wurde abgelehnt und die Besoldungsordnung einschließlich der Magistratsgehälter genehmigt.

Von Wichtigkeit war noch die Genehmigung aller Eingemeindungsverträge mit den einzelnen Gemeinden. Für die Arbeiterschaft der Eingemeindungsgebiete sorgte unsere Partei gestern durch folgenden Dringlichkeitsantrag Mache, der angenommen wurde:

Die gemeindebehördliche Bescheinigung (Stempeln) der Arbeitgeberbescheinigungen zur Erlangung der verbilligten Arbeiterwochenkarten bei der Eisenbahn erfolgt auch in den eingemeindeten Orten kostenlos.

* * *

Nach Verlesung der üblichen Mitteilungen durch den neuen Bürodirektor **Schmidt** führt Oberbürgermeister Dr. **Wagner** den an Stelle des verstorbenen Stadtrats Beck (Dnat.) nachgerückten unbesoldeten

Stadtrat Cardocus

in sein Amt ein, nimmt ihm den Eid auf die preußische und die Reichsverfassung ab und überreicht ihm Bestallungsurkunde wie Amtskette. Im wesentlichen debattelos werden dann die Vorlagen auf Gewährung einer jährlichen Unterstützung des „Deutschen Instituts" der Breslauer Universität und Anschaffung neuer Betten usw. für das Bürgerobdach angenommen. Bei der Beratung über die Gebührenerhöhung für Wiegemarken in der Kleinvieh-Markthalle des Viehhofs protestiert der Fleischermeister Stadtv. **Kiefer,** da die Stadt hier nach seiner Ansicht unzulässige Gewinne mache, denn die Gebühren im Viehhofe überstiegen die direkten Auslagen der Stadtverwaltung. Der Antrag wurde dann auch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Bodenreformer abgelehnt, das Fleischerhandwerk mithin gerettet.

Angenommen werden weiter verschiedene Vorlagen auf Ueberlassung einer Fläche der Uferzeile an das Wirtschaftsamt der Technischen Hochschule, Erneuerungen und Verbesserungen von Kanalisationsanlagen, der Haushaltsplan des Kanalisationswerkes, der Bauverwaltung, des Claassenschen Siechenhauses und der Heilstätte Herrnprotsch, letzterer mit einem Zusatzantrag der SPD. auf gesonderte Kassenanweisungen für die Wirtschaftsbetriebe, weiter die Vorlagen über

Erweiterungen der Elektrizitätswerke

und Neufestsetzung der Rabattsätze für Großabnahme elektrischen Stromes. Der Berichterstatter Stadtv. **Braune** (Dnat.) betont dabei, daß derzeit die Eigenproduktion elektrischen Stromes, die durch diese Erweiterungen auch für gesteigerte Anforderungen ermöglicht wird, wesentlich vorteilhafter wie der Bezug vom E.-W. Schlesien sei. Bei der Beratung der Rabattsätze sprach Stadtv. Genosse **Darf** als Mitberichterstatter den Wunsch aus, daß der Magistrat die Frage prüfe, wie man in den Zeiten geringen Strombezuges auch Rabattsätze für die Verwendung arbeitssparenden Geräts im Haushalt einführen könne. Der Kommunist Stadtv. **Ammon** dagegen möchte alles umdrehen und die Rabattsätze statt nach oben, nach unten progressiv steigern, das heißt, den wenig Verbrauchenden Ermäßigung des Bezugs gewähren. Stadtv. **Braune** weist darauf hin, daß die Verwaltungskosten bei Großabnahme wesentlich sinken und daher nach oben steigende Rabattsätze gerechtfertigt seien. Stadtv. Genosse **Darf** ist ebenso wie der kommunistische Redner im Prinzip der Auffassung, Gebühren nicht zu steuerlichen Zwecken zu verwenden. Praktisch sei es den Kommunen heute aber nicht möglich, insbesondere mit Rücksicht auf die Wohlfahrtspflege, ihren Geldbedarf durch die wenigen, zur Verfügung stehenden Steuerquellen zu decken. Im übrigen seien ja in der Tabelle auch die Kleinabnehmer berücksichtigt.

Eine Vorlage über die Fortsetzung der Umbauarbeiten am Asyl für Obdachlose wird auf Antrag des Stadtv. **Halfpaap** (D. Vp.) gegen die Stimmen der Linken in den Ausschuß V verwiesen. Ein Dringlichkeitsantrag des Ausschusses I auf Festsetzung der Zahl der Wahlbeisitzer wird ohne Debatte angenommen. Zu Beisitzern der Stadtverordneten-Versammlung im Wahlvorstand werden die Stadtvv. **Bandmann** (Soz.), Dr. **Bujakowski** (Dnat.), **Otte** (Soz.) und **Thum** (Dnat.) gewählt. Hierauf kommen die

Eingemeindungsverträge

in einem Dringlichkeitsantrag des Magistrats, der von Stadtv. **Bujakowski** (Dnat.) begründet wird, zur Beratung. Der Berichterstatter findet, man hätte teilweise zu weitgehende Zugeständnisse bindend abgegeben, tritt aber für die selbstverständliche Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen ein. Den Eingemeindungsverträgen wird dann zugestimmt, mit der Maßgabe, daß

a) soweit ein Anschluß an das Straßenbahnnetz vorgesehen ist, der städtischen Verwaltung überlassen bleibt, diesen Anschluß zunächst durch Einrichtung eines Autobusverkehrs herzustellen;

b) soweit eine Gemeinde oder ein Gutsbezirk vor der Vollziehung des Eingemeindungsvertrages ohne Kenntnis der Stadtgemeinde Breslau oder nach Vollziehung des Eingemeindungsvertrages Verpflichtungen eingegangen ist, die weder aus den Mitteln des Haushalts der Gemeinde oder des betreffenden Gutsbezirks für 1927, noch aus ordnungsmäßig genehmigten und mit Zustimmung der Stadtgemeinde Breslau aufgenommenen Anleihen gedeckt werden können, also aus Mitteln der Stadtgemeinde Breslau jetzt erfüllt werden müssen, sich entsprechend die von der Stadtgemeinde übernommenen vertraglichen Verpflichtungen mindern und es den städtischen Körperschaften vorbehalten bleibt, an welcher Stelle die Kürzung erfolgen soll;

c) die Zusammensetzung der Verwaltungsdeputationen auf der Grundlage der Vertragsbestimmungen jedoch so geregelt wird, daß in der Gesamtzahl der von den vertragschließenden Vorortgemeinden in die gemeinsam zu bildenden Verwaltungsdeputationen zu entsendenden Mitglieder die einzelnen Gemeinden im Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen vertreten sein sollen, wobei als Höchstzahl der von einer Gemeinde zu entsendenden Mitglieder die der Vertragsbestimmungen gilt;

d) die von den vertragschließenden Vorortgemeinden gewählten Deputationsmitglieder, soweit nicht nach c eine Verringerung ihrer Zahl erfolgt, in die Verwaltungsdeputation eintreten, sofern ihre Wahl nicht unter offenbarer Verletzung des Verhältniswahlsystems vorgenommen ist;

e) die endgültige Regelung der Zusammensetzung der Verwaltungsdeputationen, sowie Aenderungen des Sitzes und Bereichs der Verwaltungsstellen und Verwaltungsdeputationen, sowie ihrer Zusammensetzung einem von den städtischen Körperschaften zu beschließenden Ortsstatut vorbehalten bleibt.

Bei der nun folgenden Beratung der Vorlage über die Neuregelung der

Beamtenbesoldung

beantragt Stadtv. Genosse **Mache,** die Regelung für die Wahlbeamten in den Ausschuß VIII zur nochmaligen Beratung zurückzuverweisen, da der Magistrat teilweise unverhältnismäßig hohe Bezüge hat. Dem Stadtv. **Ammon** (Komm.) geht die Vorlage bezüglich der unteren und mittleren natürlich nicht weit genug. Er lehnt sie daher im Namen seiner Parteifreunde ab. Stadtv. **Przybilla** (Ztr.), sowie auch Stadtv. **C. W. Wolff** (Dem.) betonen gegenüber dem Genossen Mache, daß sie die Beamtenbesoldungsvorlage als einheitliches Ganzes ansehen. Es dürfe kein Stück dieser Vorlage herausgebrochen werden, wenn man nicht die ganze Vorlage gefährden wolle. Stadtv. **Pietsch** stellt fest, daß Stadtv. Ammon im Ausschuß sehr sachlich mitgearbeitet und seine Abneigung gegen die gesamte Vorlage nicht zu erkennen gegeben hatte. Die Vorlage bringe teilweise mehr, wie die gewerkschaftlichen Organisationen verlangt hatten. Die Beamten erwarten, daß diese Vorlage nun endlich einmal verabschiedet würde. Stadtv. **Ammon** (gegen Pietsch gewendet) findet lediglich das Gesamtergebnis zu unbefriedigend. Im einzelnen sei er stets zur Mitarbeit (!!) bereit. In der Abstimmung wird der Antrag Mache auf Ausschußberatung des die Magistratsmitglieder betreffenden Abschnitts mit 39 gegen 17 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt, die gesamte Vorlage hierauf mit 60 gegen drei kommunistische Stimmen angenommen.

Lebhafte Auseinandersetzungen löst auch eine Vorlage über die Neuregelung der

Lehrerbesoldung

an höheren Lehranstalten, das heißt der Studienräte, aus, da Stadt. Genosse **Nitschke** auf die sonst übliche Sparsamkeit und die Tatsache verwies, daß hier Zugeständnisse an die Studienräte gemacht würden, die über die Verpflichtungen der Stadt hinausgingen. Er stellte weiterhin einen Zusatzantrag, die Lehrkräfte an den Fachschulen endlich endgültig einzustufen. **Magistratsrat Calomon gibt bekannt, daß die Vorarbeiten hierzu bereits im Gange sind. Sie wurden lediglich durch das Fehlen des erforderlichen Ministerialerlasses verzögert.** Nachdem die Stadtvv. **Sosinka** (Ztr.), **C. W. Wolff** und **Halfpaap** (D. Vp.) sich zu dem Antrag Nitschke in zustimmendem Sinne geäußert haben, stellt Stadt. Genosse **Nitschke** abschließend fest, daß man bei einer Forderung der Arbeiter von 1 Pf. auf bürgerlicher Seite weit weniger bewilligungsfreudig sein würde, wie in diesem Falle, wo es sich um Akademiker handle. Er beantragt daher, die Vorlage bis zum Abschluß der Etatsdebatte zu vertagen. Die Ver-

Am 20. Mai

vereinigen sich die Stimmen der Wähler, die für die

Sozialdemokratie

abgegeben werden und den Bürgerblock zerschlagen wollen, auf die

Liste Nr. 1

lagung wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt, der Zusatzantrag Nitschke bezüglich der Gewerbelehrer angenommen. Stadtv. Genosse Darf berichtet nun über die vorgesehene

Erhöhung der Löhne

der städtischen Arbeiter und Straßenbahner und begrüßt es, daß diesmal eine Einigung zwischen Magistrat und Gewerkschaften möglich war. Die Deckung empfiehlt er, entgegen dem Ausschußbeschluß, beim Abschluß des Etats zu beraten. Stadtv. **Adelt** (Komm.) ist der Auffassung, daß die Arbeiter um 5 Pf. betrogen wurden (Stadtverordneten-Vorsteher Friedrich erklärt diesen Ausdruck für unzulässig), da ursprünglich 10 Pf. gefordert waren. Stadtv. Genosse **Darf** stellt fest, daß Herr Adelt im Ausschuß nicht so unzufrieden mit der Regelung war, wie hier im Plenum. Stadtv. Wolf habe schon gesagt, Ammon gebärde sich nur im Plenum so wild, sei aber in der Ausschußarbeit sehr friedlich. Dasselbe träfe für Adelt zu. (Zwischenruf der Kommunisten.) Die Vorlage wird hierauf ohne Gegenstimmen angenommen. Sie bringt für

Handwerker, Angelernte und Ungelernte . . . 5 Pf.
Frauen, einschl. Anstaltspersonal . . . . . . 8 Pf.

pro Stunde Erhöhung.

Verhältnismäßig rasch werden nun verschiedene Vorlagen bezüglich des Zinssatzes der aufzulegenden Inlandsanleihe, den Bau eines Ueberpumpwerks und Brauchwasserkanälen in Klein-Tschansch, Annahme einer Erbschaft des Kaufmanns Max Biermann im Vergleich mit anderen Erben, Kostenfestsetzung für verschiedene Baulichkeiten auf den städtischen Friedhöfen, Uebereignung eines Grundstücks Fürstenstraße 106 an die Siedlungs-A.-G., Neufestsetzung der Aufnahmegelder in verschiedenen Hospitälern, Kosten der Drainage in Herrnprotsch, Vergebung von Sand beim Vorwerk Johannisberg, Eintragung einer Baubeschränkung zugunsten der Stadt und Erwerbung von Vorland in der Menzelstraße, angenommen.

In den Ausschuß III wird eine Vorlage über die Verlängerung der Ausbildungszeit von Kindergärtnerinnen und eine weitere Vorlage auf Angliederung einer höheren Fachschule an die Frauenberufsschule verwiesen. Stadtv. **Wolf** (Ztr.) steckt eine Dringlichkeitsanfrage bezüglich der Neuverlegung der Straßenbahnlinien, durch die seiner Auffassung nach anscheinend das Domviertel zu schlecht abschneidet. Nachdem der Magistrat die Anfrage beantwortet hatte, stellt Stadtv. Genosse **Mache** den oben wiedergegebenen

Dringlichkeitsantrag

auf Gratis-Bestätigung der Bescheinigungen für die Arbeiter-Wochenkarten, der angenommen wird. Stadtv. **Rohnstock** (Komm.) berichtet über eine Vorlage auf Bau einer Baracke an der Hickerstraße, die gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt wird. Lebhafte Diskussionen über den Wert der vorjährigen Stuttgarter Wohnungsbauausstellung entstehen bei Beratung der Vorlage auf Uebernahme einer Garantie für die im nächsten Jahr stattfindende

Wohnungsausstellung.

Stadtv. Genosse **Voigt** tritt der Gleichstellung von Stuttgart mit der in Breslau vorgesehenen Ausstellung, die von einigen bürgerlichen Stadtverordneten gemacht wurde, entgegen. Er bezeichnet es als unverantwortlich, wenn diese Vorlage hier abgelehnt würde. Der Osten könne eine solche Belebung des Kleinwohnungsbaues, diesem sei die Ausstellung in erster Linie gewidmet, durchaus vertragen. Eine hundertprozentige Sicherheit für den finanziellen Ausgang könne man nie geben. Trotzdem sei kein Anlaß vorhanden, die Dinge so pessimistisch zu betrachten wie der Stadtv. Halfpaap es tue. Die Belebung des Fremdenverkehrs usw. durch eine solche Veranstaltung dürfe nicht unterschätzt werden. Man solle die Angelegenheit in den Ausschüssen II und V gründlich durchberaten, nicht aber von vornherein ablehnen. Auch Stadtbaurat **Althoff** wendet sich temperamentvoll gegen die Bedenklichkeiten verschiedener Stadtverordneten und betont ebenso wie Voigt, daß man ja gar nicht daran denke, die verschiedenen ehemaligen Beispiele der Stuttgarter Ausstellung nachzumachen. Schließlich wird die Vorlage gemäß dem Antrag Voigt in die Ausschüsse II und V verwiesen, worauf nach Schluß der öffentlichen Sitzung nach neun Uhr eine geheime Sitzung beginnt.

Barbé ein Kleptomane?

Joseph Barbé bietet ein Bild voller Widerspruch. Wie bereits in erster Instanz, sind seine Angaben recht unzuverlässig; man weiß nicht recht, was man ihm glauben soll. Von Hunderten oder gar von 2000 Diebstählen, wie er früher angegeben hat, will er jetzt absolut nichts mehr wissen. Diese übertriebenen Angaben erklärt er damit, daß er geglaubt habe, das Gericht erster Instanz werde ihn für einen Kleptomanen halten, je mehr Diebstähle er angebe. Darum habe er sich im Untersuchungsgefängnis bemüht, möglichst viele Diebstähle von seinen Mitgefangenen zu erfahren, um sie alle auf sich zu nehmen. Bekanntlich ist es aber in erster Instanz nicht nach seinem Wunsche gegangen, sondern er wurde wegen über 300 Diebstählen zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Jetzt behauptet er nun, sich in nur 74 Fällen des Diebstahls schuldig gemacht zu haben, und dafür erscheint ihm die Strafe zu hoch, die er nun herabzusetzen bittet. Die drei Mitangeklagten bestreiten jede Schuld, und da er sie manchmal erheblich belastet, kam es zu manchem erregten Zusammenstoß. Verschiedentlich stellte er auch Anträge auf Ladung weiterer Zeugen, sodaß die Verhandlungen nur langsam vorwärtsschreitet. Schwierig ist auch die Vernehmung der Zeugen, denen oftmals ihre früheren Angaben mitgeteilt werden müssen, da sich im Laufe der langen Zeit verschiedene Eindrücke in ihrem Gedächtnis verwischt haben. Barbé selbst hat noch dasselbe gute Gedächtnis, das schon in erster Instanz alles in Erstaunen setzte. Er weiß heute sogar noch genau die Angaben, die die Zeugen in erster Instanz gemacht haben, und hält ihnen vor, daß sie damals auch noch diesen oder jenen Gegenstand als gestohlen angegeben hätten. Dr. Sossinka, der bereits sein Gutachten über Barbé erstattete, bezeichnete ihn als einen haltlosen Menschen, der von Natur aus nicht verbrecherisch veranlagt, aber auch nicht geistig minderwertig sei. Ihm sei in seiner langen Gerichtspraxis noch kein Mensch unterlaufen, der ein so erstaunliches Gedächtnis hatte wie Barbé. Er hatte wohl früher angegeben, daß er in Metz und Heidelberg in Irrenanstalten gewesen sei, doch das hat er später widerrufen. Charakteristische Zeichen für Geisteskrankheit liegen bei ihm auch nicht vor, so daß er als geisteskrank nicht anzusprechen ist. Er ist ein reizbarer Psychopath, der in ethischer Beziehung haltlos ist, und deshalb seien ihm vom ärztlichen Standpunkt aus mildernde Umstände zuzubilligen. — Am heutigen Tage soll die Verhandlung zu Ende geführt werden.

Siegfried **Aufhäuser**-Berlin
und Franz **Künstler**-Berlin
sprechen
Dienstag, den 24. April, 20 Uhr
in den
öffentlichen Versammlungen
im Gewerkschaftshause und Zentralhallensaale.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Ohle 5652

Distrikt 12. Alle Wahlhelfer und Straßenobleute werden gebeten, sich bis heut abend, pünktlich 6,30 Uhr, zum Verteilen der Wählerzeitung und zur Entgegennahme der Dispositionen einzufinden.

Distrikt 15. Sonnabend, 21. April, im Zentral-Ballsaal, Jubilarfeier. Festredner: Genosse Eckstein. Alle Genossinnen und Genossen der Nachbardistrikte sind freundlichst eingeladen.

Erweiterter Parteivorstand. Montag abend, 8 Uhr, wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus.

Distrikt 28. Die Wählerzeitungen sind bei Oder, Klosterstraße 43, Vorderhaus, 3. Etage, abzuholen, nicht im Gewerkschaftshaus.

Distrikt 41. Die Wählerzeitungen zur Verbreitung sind nicht Lomnitzstraße, sondern Polsnitzstraße 34, bei Schmidt, abzuholen. Alles erscheinen.

Distrikt 42 (Zimpel). Die Wahlzeitungen sind bei Böhm, Drosselweg 15, zur Verbreitung abzuholen.

Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften.

Heut, 20 Uhr:

Gruppe Ohlauer Tor, Brockauer Schule. Genosse Oppler spricht über: „Das Schmutz- und Schundgesetz, ein Geschenk des Bürgerblocks".

Gruppe Scheitnig, Sandtor, Odertor, Benderschule, Lehmdamm. Genosse Ludwig spricht über: „Die Parteien im Wahlkampf". Wandzeitung: Wahljahr 1928. Artikel an G. K., Friesenstraße 30.

Gruppe Pöpelwitz, Nikolaitor, Kritschke-Schule. Genosse Auras spricht über „Die Schandtaten des Bürgerblocks".

Arbeiterjungen und Mädel! In unseren Arbeitsgemeinschaften erhaltet ihr die besten Waffen für den Wahlkampf.

Jungsozialisten.

Hallo, Wahlrevue! Unsere Sonntagsprobe ist bereits um 8,30 Uhr. Es muß jeder pünktlich zur Stelle sein, da um 10 Uhr Schluß ist. Ort: Gewerkschaftshaus.

Arbeitsausschuß. Sonntag um 10,30 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshause.

Gruppe Ohlauer Tor. Heute, 20 Uhr, Fortsetzung des Vortrages von Genossen Krumschmidt über „Oppositionspolitik unter A. Bebel".

Sozialistische Jungordner.

Vorstand! Montag findet um 20 Uhr bei Hanke, Lehmdamm, Ecke Bockstraße, eine wichtige Sitzung statt.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Obleute. Monatsprogramme sind schnellstens abzuliefern.

An alle! Heut wird in jedem Heim der Waldenburger Jugendtag besprochen. Werbt überall und rüstet dafür.

Heim 1. Wir kommen heut abend, pünktlich 8 Uhr, im Heim zusammen. Die übrigen Karten vom Elternabend sind unbedingt abzurechnen. Ferner sind die Beiträge mitzubringen.

Heim 4. Heute, Freitag, im Heim, Sprudelstraße 6, von 19,30 bis 20 Uhr, Büchertauschen. Ab 20 Uhr Mitgliederversammlung. Jeder Genosse soll erscheinen. Sonntag: Fahrt.

Heim 5. Heute abend, 8 Uhr, wird das Thema „Die Jugend in der Arbeiterbewegung", besprochen. Leiterin ist Genossin Kläre Schmidt. Sorgt für regen Besuch.

Heim 7. Heut, pünktlich 20 Uhr, in der Baracke. Thema: „Unser Wandern".

Heim 8. Sonntag kommen wir um 9 Uhr ans Heim. Wir gehen auf die Wiese. Alles muß erscheinen. Wir stellen eine Völker-Ballmannschaft zusammen. Abends sind wir um 19 Uhr im Heim zu Spiel und Tanz. Dienstag ist alles im Sprechchor. Nächsten Freitag sind wir im Gewerkschaftshause. Genosse Darf spricht über „Jugend im Gefängnis". Alles nimmt auch an dem Zettelverteilen der Partei teil.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Die Mundharmonikaspieler aller Gruppen sind Sonnabend um 5 Uhr in der Baracke der SAJ. zur Probe der Maifeier.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilungsleiter. Heute, 18 Uhr, Besprechung im Ortsbüro.

Radfahrerzüge. Führer der Radfahrerzüge heut, 18 Uhr, zur Besprechung ins Ortsbüro.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Alle Spieler sind Sonnabend schon um 18,30 Uhr, in der Aula der Viktoriaschule. Alle Darsteller sind jedoch schon um 18,20 Uhr im Heim.

Z.F.J. und Metallarbeiterjugend. Sonntag treffen wir uns um 7 Uhr an der Freiheitsbrücke, zur Fahrt. Bei Regenwetter ab 18 Uhr Heim, Kampfliederabend.

Wandergruppe im Z.d.A. Heut abend treffen wir uns um 20 Uhr an der Paßbrücke zu einem Oder-Spaziergang. An unseren Veranstaltungen beteiligen sich alle jugendlichen Kolleginnen und Kollegen über 18 Jahre. Der Ausschuß muß pünktlich erscheinen. Gäste willkommen!

Die Dauerfahrer beim Eröffnungsrennen in Breslau-Grüneiche.

Mit einem für einen Eröffnungsrenntag hervorragenden Programm leitet am kommenden Sonntag, den 22. April, der Verein für Radrennen seine diesjährige Sommersaison ein. Neben dem ausgezeichneten Fliegerprogramm, das das erstmalige Erscheinen des Amateurweltmeisters Engel als Berufsfahrer auf die Breslauer Bahn bringt, sind es die drei Läufe des Dauerrennens, die die Anhänger des Motorengeknatters nach der halbjährigen Pause wieder vollzählig nach Grüneiche bringen sollten. Bei den Dauerrennen kommt, wie auf sämtlichen deutschen Bahnen, das internationale neue Reglement in Anwendung, das für die Breslauer Bahn die Bestreitung der Dauerrennen hinter der 50-Zentimeter-Rolle vorsieht. Das Fahrerfeld der Flieger ist als sehr ausgeglichen zu bezeichnen. Der Verein für Radrennen hatte bei der Verpflichtung der Steher zu seiner Premiere insofern eine glückliche Hand, als sämtliche Fahrer in der soeben begonnenen Saison bereits sehr beachtenswerte Leistungen vollbracht haben. Der Belgier Lejour, der in früheren Jahren wegen seiner angriffslustigen Fahrweise ein gern gesehener Gast der hiesigen Sommerbahn war, scheint sich mit dem neuen Reglement gut abzufinden, denn die Erfolge in Frankfurt am Main und in Nürnberg versprechen, daß der Belgier hinter seinem neuen Schrittmacher Franzmann seine frühere gute Form wiederfinden wird. Nächst dem Belgier ist der deutsche Exmeister Karl Saldow hervorzuheben, der immer noch der unverwüstliche Fahrer wie ehedem ist. Saldow ging in diesem Frühjahr bereits in Leipzig und in Dresden an den Start und war auch hier stets dicht hinter dem Sieger zu finden. Der Berliner Fritz Bauer hat erst ein Rennen, und zwar das Eröffnungsrennen der Berliner Olympia-Bahn, bestritten; er konnte hier einen Lauf als Sieger beenden und hat wie immer durch prächtige Kämpfe das Rennen belebt. Bei der gleichen Veranstaltung konnte auch [illegible], der [illegible] mit dem früheren [illegible] Führer, Walter Meißner, verbunden hat, einmal die Ehrenrunde fahren. [illegible] scheint sich mit Walter Meißner besser als früher mit Schadebrodt zu verstehen. Wenn es auch in Nürnberg und Leipzig nicht zum Siege reichte, so hat doch der Dresdener gezeigt, daß er auch dem besten Fahrer sicher ein gefürchteter Gegner sein kann. Als Fünfter im Bunde erscheint unser Breslauer Paul Thomas am Ablauf, der augenblicklich unsere einzige Hoffnung als Vertreter der heimatlichen Farben im Steherlager ist. Seine Fahrweise zu Ostern auf der Olympia-Bahn läßt [illegible] noch keine Schlüsse auf sein diesjähriges Können zu. Nach den Trainingsleistungen beurteilt, hoffen wir aber, daß der Breslauer am kommenden Sonntag hier auf seiner Heimatbahn bestimmt am Ende mit dabei sein wird.

Ueber [illegible] in [illegible]

spricht morgen, Sonnabend, Genosse Schoer an Hand gesammelter Lichtbilder, abends 7½ Uhr im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses bei unseren Genossen vom Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

St. Petersburg

[illegible] in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen ein beispielloser Erfolg. Aus diesem Anlaß bringen wir diesen gewaltigen Film nach der Maifeier noch einmal zu Tagen, am Donnerstag, den 3., bis Sonnabend, den 5. Mai. Kommen Sie heut Abend rechtzeitig und vergessen Sie nicht den Organisationsausweis. — Beachten Sie bitte das Inserat.

---

* [illegible] feiert heute der Genosse Karl Schlenzog, [illegible] 18, mit seiner Frau. Er ist über 25 Jahre gewerkschaftlich organisiert und ebenso lange [illegible]. Seit 25 Jahren ist er bei der Firma C. [illegible] in Arbeit. [illegible] 18 Jahre an. Wir gratulieren herzlich!

Amtlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).

Die von der Nordsee kommenden Restströrungen 20 3 rufen in Mitteleuropa noch immer einzelne Schauer hervor, die teilweise sogar von Gewittererscheinungen begleitet sind. Zwischen den einzelnen Schauerfronten kommt es zu Aufheiterungen. Während tagsüber die Temperatur wieder etwas ansteigt, tritt infolge der Ausstrahlung nachts noch stärkere Abkühlung ein.

Aussichten für das schlesische Flachland und die schlesischen Mittelgebirge:
Bei westlichem Winde noch vereinzelte Schauer, leichter Frost, tagsüber schwacher Temperaturanstieg.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:
Zeitweise stark auffrischender östlicher Wind, wechselnd bewölkt, noch einzelne Schneeschauer und anhaltender Frost.

Datum 20. 4. 28	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	[illegible]
Grünberg	1	7	−2	heiter	SW 2	0,2	
Görlitz	2	7	1	"	S 3	0,4	
Liegnitz	3	8	0	"	SW 3	2,0	
Bad Flinsberg	−1	2	−2	–	S 4	3,0	[illegible]
Heufuderbaude	−1	0	−4	klar	W 2	6,1	[illegible]
Oberschreiberhau	−1	8	−3	heiter	SW 3	3,1	[illegible]
N.Schles. Baude							
Reifträgerbaude							
Schneekoppe	−9	5	−9	heiter	WSW 4	5,0	[illegible]
Neumarkt	4	4	0		SW 2	2,0	
Krietern	2	11	0	klar	W 1	1,7	[illegible]
Zobten							
Bad Salzbrunn	1	8	−1	klar	SW 2	2,0	[illegible]
Friedland (Bez. Breslau)	−1	1	−3	heiter	N 4	4,0	[illegible]
Reinerz	−0	7	−1	bewölkt	SW 2	4,2	
Landeck	1	9	−1	bedeckt	S 3	1,0	
Reichenstein							
Festenberg							
Neisse	3	12	−1	heiter	WNW 3	1,0	
Proskau							
Kreuzburg	8	8	−4	bedeckt	S 2	0,3	
Gleiwitz	2	9	1	bewölkt	SW 1	0,1	
Beuthen	2	10	−2	"	SW 2		

Vereinskalender.

Distrikt 15. Unsere Jubilarfeier findet Sonnabend, den 21. April, im Zentral-Ballsaal statt. Die Festrede hält Genosse Eckstein. Alle Genossinnen und Genossen, auch die der Nachbardistrikte, sind freundlichst eingeladen. Eintritt 50 Pf. einschließlich Tanz. Die Distriktsleitung.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Sonnabend, den 21. April, abends 7,30 Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses die Versammlung der Funktionäre statt. — Montag, den 23. April, abends 7,30 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses Quartalsversammlung. Ausweiskarten und Mitgliedsbuch dienen als Ausweis. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Theaterkarten und Maiabzeichen. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß für die am 1. Mai stattfindenden zwei Vorstellungen im Lobe- und Thaliatheater Karten zum Einheitspreise von 1,00 Mark durch die Kassierer sowie im Büro zu beziehen sind. An denselben Stellen sind die Maiabzeichen zum Preise von 20 Pfennige erhältlich.

Schiffbauer. Die Branchenversammlung findet erst am Sonntag, den 29. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, statt.

Elektriker. Sonntag, den 22. April, vormittags 9,30 Uhr, im Zimmer [illegible] Branchenversammlung. Vortrag des Genossen Eggers.

Former und Berufsgenossen. Donnerstag, den 26. April, 19,30 Uhr, Zimmer [illegible] Former-Vertrauensleute bereits um 18,30 Uhr.

Betriebsräte und Vertrauensleute. Freitag, den 27. April, 19,30 Uhr, im kleinen Saal, allgemeine Versammlung. Ausgabe der neuen Ausweiskarten.

Karosseriebetriebe. Freitag, den 27. April, 19,30 Uhr, Zimmer 10.

Feilenarbeiter. Freitag, den 27. April, 18,30 Uhr, Zimmer 11. Die Vertrauensleute bereits um 18 Uhr.

Installateure (Vertrauensleute). Sonnabend, den 28. April, 19,30 Uhr, Zimmer 11, Sitzung.

Installateur-Lehrlinge. Sonnabend, den 28. April, 19 Uhr, Zimmer 20.

Werbt ständig für unsere Zeitung

* **Breslauer Volksbühne.** Zu der letzten Vorstellung von „Candida", die am 23. d. Mts. im Lobetheater gegeben wird, erhalten alle Mitglieder der Volksbühne Gastkarten zum Einheitspreise von 1,75 Mark.

* **Eine resolute Schulanfängerin.** Als gestern am ersten Schultage eine Mutter um 9 Uhr ihr Töchterchen aus der Schule in der Lehmgrubenstraße abholen wollte, verspätete sie sich ein wenig, so daß sie ihr Kind nicht mehr antraf. Es war verschwunden und alle Nachforschungen blieben ohne Erfolg, so daß die Mutter am Mittag schließlich zur Polizei ging und das Mädchen als vermißt meldete. Alle möglichen Nachforschungen blieben ergebnislos, bis schließlich auch bei den Verwandten nachgefragt werden sollte. Als man zu einer Tante kam, die nach Angaben der Mutter nicht in Frage kommen sollte, weil sich die Familie mit ihr verfeindet hätte, fand man nachmittags um 17 Uhr das Mädchen wohl und munter vor. Es war von der Schule sofort zur Tante gegangen, weil ihm diese einmal einen Schultornister versprochen hatte. Da nun die Zeit des Schulbesuches herangekommen war, nahm sich die resolute Schülerin vor, die Tante an ihr Versprechen zu erinnern, ohne zu bedenken, wie sehr die Mutter durch das spurlose Verschwinden erschreckt würde.

* **Wer ist der Tote?** Noch nicht ermittelt ist die Persönlichkeit des am 29. März in Breslau-Oswitz an der Schleuse bei Ransern aus der Oder geborgenen unbekannten Toten. Die Leiche hat etwa 14 Tage im Wasser gelegen. Alter etwa 25 bis 30 Jahre, 1,71 Meter groß, dunkelblondes, langes Haar, vorgewölbte Stirn, vollständige Zähne, kräftige Gestalt. Bekleidung: bräunlichgrau gestreiftes Jackett, graue, braun abgesetzte Strickjacke, weiße Trikotunterhose, blauweiß gestreiftes Oberhemd, ebensolcher weicher Kragen, blauer Selbstbinder, graukarierte Socken, blaue Strumpfhalter, schwarze Halbschuhe mit gelbem Einsatz. Im Aufhänger des Jacketts steht die Aufschrift: „Fa. M. Kostrzewa, Hindenburg". Hat blaue Tuchhandschuhe, silberne Taschenuhr mit Goldrand bei sich. Im Deckel befindet sich die Nr. 717620 und die Gravierung: „15. 1. 77. W. Scholz, Friseur". Nachricht über die Persönlichkeit erbittet die Kriminalpolizei, Schuhbrücke 46, Zimmer 10/11.

* **Ein betrunkener Kraftwagenführer** fuhr heute Nacht, als er am Kaisertor die Straßenbahn überholen wollte, mit solcher Wucht gegen das Mauerwerk, daß der Wagen umstürzte und schwer beschädigt wurde. Der Führer, der glücklicherweise nicht zu Schaden kam, wurde in Schutzhaft genommen.

* **Einbruch in eine Baubude.** In eine Baubude am Krematorium auf dem Gräbschener Friedhof wurde am Mittwoch eingebrochen. Die Einbrecher nahmen einen Handwagen und zwei Gebund Bleirohr im Werte von 290 Mark als Beute mit.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele
Das Ende von St. Petersburg
Schon viermal ausverkauftes Haus!
Heute abend 5 und 8 Uhr:
Die letzten 2 Vorführungen
Mit Organisationsausweis je Person 50 Pf.
Andere Besucher . . . . . . 70 Pf.
Sichern Sie sich durch zeitiges Kommen einen Sitzplatz
Für Jugend verboten!
Arbeiter-Sport-Kartell, e. V.

Lügentaktik der „Schlesischen Zeitung".

Vergeblicher Reinwaschungsversuch für die Niederschlesische Provinzialverwaltung.

Kr. In ihrer gestrigen Morgenausgabe versucht die „Schlesische Zeitung" die Provinzialverwaltung von Niederschlesien wegen ihrer von uns kritisierten Effektenverkäufe aus dem Jahre 1923 zu verteidigen. In dem langen Artikel wird erst gegen Schluß der Versuch gemacht, unsere Kritik zu widerlegen. Zu diesem Zwecke lügt die „Schlesische Zeitung" die Oeffentlichkeit ganz bewußt über die tatsächlichen Verhältnisse und Vorgänge im Jahre 1923 an. Sie schreibt:

„Man muß die damaligen Verhältnisse 1923 berücksichtigen, in der keine Behörde, keine Verwaltung, kein Privatbetrieb mehr nach althergebrachten Gewohnheiten arbeiten konnte, und wo die Kunst darin bestand, so schnell als möglich sich des Papierreichtums zu entledigen. Wenn aber die „Volkswacht" es so darstellt, als ob der Verkauf der Effekten erst hätte erfolgen dürfen, nachdem der Provinzial-Ausschuß die Auflösung des Fonds beschlossen hatte, also nach dem 14. November 1923, so, wir wollen höflich sein, irrt sie sich. Der Verkauf der Effekten war vom Provinziallandtag am 14. April 1923 beschlossen worden. Die Verkäufe sind von da ab vorgenommen und der Erlös den einzelnen Fonds zugeführt worden. Die Auflösung der Fonds und ihre Zuführung zu den Etatstiteln wurde dann vom Provinzialausschuß am 14. November 1923 beschlossen, damit waren die Fonds aufgelöst. Hätte ein Verkauf erst nach dem 14. November 1923 stattgefunden, dann braucht die „Volkswacht" sich nur einmal die amtliche Kurstabelle zur Hand zu nehmen, um festzustellen, daß der Provinzialausschuß sich da gar nicht mehr hätte zu bemühen brauchen; denn am 14. November 1923 war 1 Billion Papiermark gleich 2,19 Goldmark. Das ganze Vermögen bestand aber nur in einigen 50 oder 60 Millionen Papiermark, also noch nicht einmal im Wert eines Goldpfennigs."

In der vorstehenden Darstellung ist zunächst der Beschluß des Provinziallandtages vom 14. April falsch dargestellt, obwohl auch der „Schlesischen Zeitung" dieser Beschluß im Wortlaut vorgelegen haben dürfte. In diesem Beschluß ist zwar die Auflösung der Fonds prinzipiell beschlossen worden, mit der Durchführung dieser Auflösung ist aber der Provinzial-Ausschuß beauftragt worden und nicht der Landeshauptmann bzw. sein Stellvertreter für finanzielle Fragen. Der Provinzialausschuß hat aber die Auflösung der Fonds erst am 14. November 1923 beschlossen, während die Effektenbestände schon im Juni, Juli, August, September und Oktober zum größten Teil stattgefunden hatten. Wir haben das ja seinerzeit eingehend an Hand der einzelnen Daten auf Grund einer amtlichen Aufstellung dargelegt. Außerdem aber hat am 14. November 1923 der Provinzialausschuß dann beschlossen, daß eine Reihe von Fonds nicht aufgelöst werden solle. Es hat sich aber dann nachträglich herausgestellt, wie sich ebenfalls aus den amtlichen Unterlagen ergibt, daß auch die diesen Fonds zugehörigen Effekten bereits verkauft waren, als der Beschluß des Provinzialausschusses vom 14. November 1923 gefaßt wurde.

Das war allerdings dem Provinzialausschuß wohlweislich verschwiegen worden. Die Darstellung der „Schlesischen Zeitung" widerspricht auch der Darstellung, die die Provinzialverwaltung selbst gegenüber unseren Angriffen dem Provinziallandtag gegeben hat. In der Vorlage, die die Provinzialverwaltung dem letzten Provinziallandtag über diese Frage gemacht hat, wird nämlich behauptet, daß die Effektenverkäufe noch gar nicht die Auflösung der Fonds, sondern nur eine Veränderung der Anlage der zu den Fonds gehörigen Vermögensbestände darstellten. Zu einer solchen Veränderung der Anlage ohne Zustimmung des Provinzialausschusses waren aber wiederum der Landeshauptmann und sein Stellvertreter nicht befugt, wie sich aus dem Regulativ vom 5. Juli 1878 ausdrücklich ergibt. Außerdem haben wir festgestellt, daß dieses Regulativ in dieser Beziehung auch durch den Beschluß des Provinzialausschusses vom 29. August 1923 nicht abgeändert worden ist. Daß dieses selbständige Vorgehen des Landeshauptmanns und seines Stellvertreters in keiner Weise gesetzlich gedeckt war, ist weder durch den Bericht des Oberpräsidenten Dr. Maier noch durch die Darlegung des Provinzialhauptmanns selbst widerlegt worden. **Es bleibt deshalb dabei, daß das Vorgehen des Landeshauptmanns und seines Stellvertreters im Jahre 1923 ungesetzlich war.**

Die finanziellen Betrachtungen, die die „Schlesische Zeitung" daran knüpft, sind völlig unsinnig. Gewiß ist richtig, daß ein Verkauf der Effekten nach dem 14. November einen noch kleineren Goldbetrag ergeben hätte als vorher, aber wir haben nachgewiesen, daß bereits der Verkauf in den Monaten Juni bis Oktober, insgesamt für 60 Millionen Papiermark, nur den Betrag von 2000 Mark ergeben hat. Finanziell richtig wäre eben nur dann gehandelt worden, wenn damals die Effekten überhaupt nicht mehr verkauft worden wären. Als der Provinziallandtag im April seinen Beschluß faßte, konnte man das noch nicht so übersehen; denn damals stand die Mark noch auf einem ganz anderen Stand als in den Monaten Juni bis Oktober 1923. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß in den ersten Frühjahrsmonaten 1923 die Regierung Cuno acht Wochen lang den Versuch gemacht hat, die Mark auf ihrem damaligen Stand zu halten, ein Versuch, der dann allerdings kurz darauf zusammenbrach. Durch den Zusammenbruch dieses Versuches und den dann erst einsetzenden weiteren katastrophalen Sturz der Mark war aber eine vollkommen veränderte finanzielle Situation entstanden, so daß der Beschluß vom 14. April in den Sommermonaten völlig sinnlos geworden war. Wenn die Provinzialverwaltung damals finanziell sorgfältig gearbeitet hätte, wäre sie deshalb an den Provinziallandtag, zum mindesten an den Provinzialausschuß herangetreten, um die ganze Frage erneut aufzurollen, zumal damals die Aufwertungsfrage in Fluß zu kommen begann. **Im Sommer 1923 durfte ein gewissenhafter Finanzverwalter eben überhaupt keine Effekten mehr verkaufen,** ebensowenig wie er es später in den Herbstmonaten 1923 durfte, sondern bei der damaligen Sachlage mußten noch vorhandene Effektenbestände auf jeden Fall behalten werden, weil allein auf diese Weise damals die noch vorhandenen Vermögensbestände einigermaßen zu retten waren. Man braucht nur Finanzleute zu befragen, um zu erfahren, daß finanziell gewissenhaft handelnde Leute damals längst so handelten. Uebrigens ist es auch falsch, da die Mitteilungen des Provinzialhauptmanns selbst das Gegenteil besagen, daß der Erlös aus den Effektenverkäufen den einzelnen Fonds zugeführt worden ist. Das ist eben nicht geschehen, sondern das Geld, das erlöst wurde, wurde in die allgemeine Provinzialkasse übergeführt und dort verbraucht.

Eine üble Demagogie ist es auch, wenn man den sozialdemokratischen Mitgliedern des damaligen Provinziallandtages und Provinzialausschusses vorwirft, daß sie an den Beschlüssen mitbeteiligt gewesen seien. Der Beschluß des Provinziallandtages vom 14. April war zu dem Zeitpunkt ganz einwandfrei. Für den Beschluß des Provinzialausschusses vom 14. November kann kein Mitglied des Provinzialausschusses verantwortlich gemacht werden, weil der Provinzialausschuß von dem Landeshauptmann über den bereits durchgeführten Verkauf der meisten Effekten nicht ins Bild gesetzt worden war. Sein Beschluß beruht deshalb auf falschen Voraussetzungen. Er wurde in Unkenntnis der Sachlage, die nicht durch ihn verschuldet war, verfaßt.

Endlich ist es auch eine üble Demagogie, wenn die „Schlesische Zeitung" uns vorwirft, daß wir den Vorwurf, daß Beamte der Provinzialverwaltung in die eigene Tasche gewirtschaftet hätten, nicht zurückgenommen haben. Sowohl der Bericht des Oberpräsidenten Dr. Maier, als auch die Vorlage des Provinzialhauptmanns vom März 1928 müssen ja selbst zugeben, daß tatsächlich ein großer Betrag der verkauften Effekten von Beamten der Provinzialverwaltung gekauft und später realisiert worden sind und daß insbesondere ein inzwischen außer Dienst gegangener Beamter Verkäufe zu seinem eigenen Vorteil durchgeführt hat. Damit ist zugegeben, daß das, was wir gesagt haben, in vollem Umfange richtig ist, zumal wir außer dem damaligen Kassendirektor Heinrich keine andere Person genannt haben.

Wenn die „Schlesische Zeitung" bestreitet, daß in diesen Dingen eine Korruption liegt, so beweist das nur, daß ihr das Gefühl für die Unanständigkeit dieses Verhaltens der betreffenden Beamten abgeht und daß sie jede Korruption zu decken bereit ist, sofern sie nur in ihr nahestehenden Kreisen vorkommt.

Kennzeichnend für die „Schlesische Zeitung" ist endlich der Umstand, daß sie die Tatsache, daß die Belege für die Verkäufe auch heute noch zum Teil fehlen, überhaupt nicht erwähnt, sondern darüber völlig hinweggeht. So beweist die Auslassung der „Schlesischen Zeitung" lediglich, daß die „Schlesische Zeitung" jede Korruption schützt, die in ihr nahestehenden Kreisen herrscht.

Wasserstand

20. April.

Ratibor	2.14	Kamern (Unter-Pegel)	4.76
Neisse (Stadt) vom 19. 4.	+0.90	Dyhernfurth	3.91
Neissemündung (Unter-Pegel)	3.10	Abflußmenge sekundlich 472 cbm	
Brieg (Mastenkran)	3.9[illegible]	Fürstenberg vom 18. 4.	1.53
Treschen	2.10	Wassertemperatur +5,5°	

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Es hat geklopft!

Verzeihung, wenn wir stören! Wir hatten schon mehrmals bei Ihnen angeklopft mit der Bitte, unsere neue Mocca zu probieren. Wir sehen, Sie rauchen nicht. Deshalb nochmals: Machen Sie doch mal einen Versuch mit:

HALPAUS

MOCCA 5 Pfg

Aus Schlesien.

Fauler Kapitalistenzauber.

Näheres über das oberschlesische Erdbeben.

Wie uns ergänzend zu unserer gestrigen Meldung über das Beuthener Erdbeben, das in Wirklichkeit ein Grubeneinbruch war, mitgeteilt wird, ist von der Ratiborer provinziellen Erdbebenwarte bisher kein Erdbeben seismographisch aufgenommen worden. Die Grubenverwaltung ist eifrig bemüht, der Beuthener Bevölkerung einzureden, daß der Einbruch im Verfolg des Bebens eingetreten ist. In Wirklichkeit ist natürlich der Grubeneinbruch die Ursache des Bebens und die merkwürdige Nachrichtenverbreitung der Beuthener Grubenbarone ein Manöver, um die zahlreichen — man spricht von 500 bis 600

Bergschädenprozesse,

die zurzeit laufen, in das Fahrwasser der „höheren Gewalt" zu lenken. Der mangelhafte Ausbau droht den Gruben sehr kostspielig zu werden, wenn diese Prozesse für die Kläger erfolgreich verlaufen. So wird denn mit eiserner Stirne ein fürchterliches Unglück, das vier Bergproleten das Leben kostet, zu der Verbreitung solcher Märchen benutzt. Bemerkenswert war übrigens auch die Dienstfertigkeit, mit der die bürgerlichen Nachrichtenagenturen und die bürgerlichen Tageszeitungen sich in den Dienst dieser Schauermär stellen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat die Bergbehörde die Untersuchung aufgenommen. Der Unfallausschuß der Grubensicherheitskommission Breslau wird ebenfalls zusammentreten. Der besondere Ausschuß zur Erforschung der Gebirgsschläge im oberschlesischen Steinkohlenbergbau wird sich mit dem Unglück beschäftigen.

Ueberschwemmungen im Eulengebirge.

Der vor einigen Tagen niedergegangene Schnee hat sich sehr schnell in Wasser verwandelt und große Teile der Eulengebirgsgegend überschwemmt. Im Reichenbacher Gebiet ist die Peile aus den Ufern getreten und zahlreiche Besitzungen in Bertholsdorf und Haritzau stehen zum Teil bis zu einem halben Meter unter Wasser. Im Frankensteiner Gebiet, vor allem in der Vorstadt Silberberg, sind die Wiesen meilenweit überschwemmt. Der Mannsbach ist zu einem reißenden Strome geworden und in Zadel ist das Wehr vom Wasser bereits überflutet. Besonders unangenehm wird das Hochwasser bei Ottmachau empfunden, wo mit den Bauarbeiten für das Staubecken bereits begonnen wurde. Zum Teil wurde das Handwerkszeug fortgespült und die Pumpen und Bagger stehen unter Wasser. Wie noch gemeldet wird, ist der Hang der Eulengebirgsbahn beim Spitzberg, unweit der Festung, vom Hochwasser überspült worden und hat sich gesenkt. Der Eisenbahnverkehr wird zurzeit durch Umsteigen aufrechterhalten.

Ein Notruf der Schlesischen Mühlen.

Die „Vereinigten Schlesischen Mühlen-Verbände" haben an den Reichsernährungsminister folgendes Brieftelegramm gerichtet:

„Gegenwärtige Getreidepreisentwicklung in Schlesien übertrifft leider unsere in Denkschrift und wiederholten Eingaben gehegten Befürchtungen schon heute erheblich. Verhältnisse entwickeln sich bei weiterer prämiierter Getreideausfuhr für schlesische Wirtschaft katastrophal. Vollständiger Getreideausverkauf Schlesiens an Tschecho-Slowakei und Polen, mit dem wir seit Jahren im Zollkrieg stehen, vollzieht sich unter sprunghaft steigenden Preisen in immer schnellerem Tempo zum Schaden der Volksernährung, ohne schlesischer Landwirtschaft ernstlich helfen zu können. Schlesischer Landwirtschaft kann dauernd nur durch billigere Realkredite, Steuererleichterungen, Abbau sozialer Lasten, Bereitstellung von Notstandskrediten geholfen werden, nicht aber durch Zertrümmerung der für Volksernährung und Landwirtschaft gleich wichtigen Mühlenindustrie und durch Verkauf des wertvollsten Rohproduktes eines Landes, des Brotgetreides mit Staatsprämie ins Ausland. Will der Reichsernährungsminister dieser für schlesische Wirtschaft katastrophalen Entwicklung, die der schlesischen Landwirtschaft ernstlich doch nicht helfen kann, trotz unserer erneuten Warnung weiter freien Lauf lassen?

Vereinigte Schlesische Mühlen-Verbände."

Unsere Stellungnahme zu dieser Frage ergibt sich aus dem gestern im wirtschaftlichen Teil erschienenen Artikel über die schlesische Mühlenindustrie.

Arbeitsamts-Unteroffiziere als Transportführer.

Merkwürdige Neuerungen beim Arbeitsamt Landeshut.

Im allgemeinen erhält ein Arbeitsloser, wenn er nach auswärts in Arbeit vermittelt wird, das Fahrgeld zum neuen Arbeitsort ausgezahlt. Er konnte mithin den ihm angenehmen Zug benutzen, und es bleibt jedem selbst überlassen, etwa am Reisewege wohnende Bekannte oder Verwandte noch einmal auf kurze Zeit zu besuchen. Ganz anders denkt aber neuerdings das Arbeitsamt in Landeshut. Wie früher beim Kommiß, wird, wenn mehrere Arbeitslose an einem anderen Orte Arbeit erhalten, ein Begleiter mitgesandt. Demselben wird die Verpflichtung auferlegt, die ihm anvertrauten Menschen wohlbehalten an Ort und Stelle „abzuliefern". Es fehlt nur noch, daß man für den Transport Viehwagen mit Strohlager zur Verfügung stellt.

Die Angehörigen brauchen nun keine Angst mehr zu haben, daß ihre Lieben etwa vom Hundefänger weggefangen werden. Bei diesem System werden die Angestellten des Arbeitsamtes vermutlich ein Interesse daran haben, möglichst oft derartige Transporte zustande zu bringen, denn eine Reise durch ganz Deutschland, eventuell noch ins Ausland, ist immer eine angenehme Sache. Die Arbeitslosenversicherung bezahlt ja alles.

Der Giesche-Skandal.

Seine Vorgeschichte.

Der hochfeudale Konzern Gieisches Erben, der schon vor einigen Jahren durch seine Steuerdrückebergerei und durch den Versuch einer Verramschung der oberschlesischen Zinkerzproduktion an den amerikanischen Harriman-Konzern viel von sich reden gemacht hat, befindet sich, wie wir schon meldeten, in lebhaften Auseinandersetzungen mit der Gemeinde Beuthen OS. über seine Gewerbesteuerpflicht.

Die Eingemeindung Roßbergs in deren Bereich das Kohlenbergwerk Heinitzgrube und die Zinkgrube Bleischarley des Giesche-Konzerns liegen, hat der Stadt Beuthen große Lasten gebracht, da sie fast ausschließlich von Arbeitern und Minderbemittelten bewohnt wird, also wenig Steuern einträgt, jedoch hohe Aufwendungen für Wohlfahrtspflege, soziale und kulturelle Zwecke erfordert. Natürlich blieb der Stadt nichts anderes übrig, als auch die neu zu ihrem Amtsbereich hinzugetretenen Betriebe zur Gewerbesteuer heranzuziehen.

Die Giesche-Gesellschaft verlangt nun von der Stadt Beuthen auf dem Wege des Steuervergleichs die Schenkung von nicht weniger als drei Millionen Mark Steuergeldern! Nach dem Eingeständnis des Unternehmens will dieses mit den geschenkten Gemeindegeldern einen neuen Schacht aufschließen. Um die Stadt Beuthen für dieses Manöver gefügiger zu machen, bot die Gesellschaft der Stadt Beuthen die Besorgung einer Auslandsanleihe von vier Millionen Mark an. Mit anderen Worten: die Gemeinde soll mit den Geldern ihrer übrigen Steuerzahler der Giesche-Gesellschaft die Mittel zu einem Schachtbau verzinsen, fürwahr kein übler Gedanke, vom Gesichtspunkt der Giesche-A.-G. aus gesehen.

Da man selbst in der vom Zentrum verwalteten Stadt Beuthen für solche Geschäfte nicht zu haben ist, kam es zu der bekannten Drohung, die Heinitzgrube stillzulegen bzw. die Aufbereitungsanlage aus Beuthen zu verlegen, die wir bereits näher charakterisiert haben.

„Königliche" Kreisschulinspektion Gleiwitz.

Gleiwitz hat die beste Aussicht, in der Deutschen Republik zu einer großen Berühmtheit zu gelangen. Nicht etwa großer Erfolge im Siedlungswesen, sondern in der Wohlfahrtsfürsorge, der Kunst und Wissenschaft wegen, sondern weil in dem zentrümlichen Gleiwitz das „Königliche" nicht auszurotten geht. Einmal spukt Wilhelm II. in Lebensgröße noch bis vor wenigen Wochen im Wohlfahrtsamt als „Wandschmuck" herum, nun passiert dem Herrn Oberbürgermeister in seinem Dezernat ein neues Malheur. Großzügig, wie er nun einmal ist, hat er scheinbar vor zehn Jahren schon viele, viele Tausende von Schulzeugnissen drucken lassen. Diese Dinger nehmen überhaupt kein Ende. Auch diese Ostern gab es in Gleiwitz Schulentlassungszeugnisse, deren Schluß wie folgt lautet:

„Der Schüler — die Schülerin — — — — — wird mit der am — — erfolgten Genehmigung der Königlichen Kreisschulinspektion bzw. Königlichen Ortsschulinspektion hierdurch aus der Volksschulpflicht entlassen."

Wie sagt doch Herr Marx, des Deutschen Reiches Bürgerblockkanzler? „Wir sind weder republikanisch, noch monarchistisch, wir sind eine Verfassungspartei."

Waldenburg. Durch eine Linoleumrolle erschlagen. Auf recht eigenartige Weise hat das dreijährige Töchterchen des Arbeiters Bieder aus Dittersbach den Tod gefunden. Während die Eltern in einem hiesigen Geschäft etwas auswählten, fiel eine große Rolle Linoleum dem Kinde so unglücklich auf den Kopf, daß es einen komplizierten Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen das Kind gestorben ist.

Waldenburg. Ein nackter Mann. Schon wiederholt wurde in den städtischen Anlagen in Neu-Waldenburg ein Mann im Adamskostüm beobachtet, der sich insbesondere weiblichen Personen zeigte. Jetzt wurde ein junger Mann von der Kriminalpolizei festgenommen, in dem man den Nacktwandler vermutete. Man scheint jedoch einen falschen erwischt zu haben, denn nach wie vor treibt der nackte Mann in den Anlagen sein Unwesen weiter.

Waldenburg. Verschüttet und erstickt. Auf der Melchiorgrube brachen plötzlich während der Arbeit gewaltige Kohlen- und Gesteinsmassen herein, so daß die beiden Lehrhauer Hertwig und Becker aus dem Stadtteil Altwasser sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Beide wurden verschüttet. Während es den Rettungsmannschaften gelang, den Lehrhauer Becker zu bergen, der auch nur mit leichten Verletzungen davongekommen war, konnte H. nur als Leiche unter den Kohlen- und Gesteinsmassen hervorgeholt werden.

Neurode. Die Todesleiter. Bei Umbauarbeiten Schuhmacherstraße verunglückte am Mittwoch nachmittag der Zimmerer Alfred Hübner tödlich. H. wollte die Deckenverschalung losschlagen und stürzte dabei so unglücklich von der Leiter auf die unten liegenden Steine, daß er einen doppelten Schädelbruch erlitt und kurze Zeit darauf verstarb. Der Verunglückte stand erst im 23. Lebensjahr.

Neurode. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Bei Umbauarbeiten Schuhmacherstraße verunglückte am Mittwoch-Nachmittag der Zimmerer Alfred Hübner tötlich. H. wollte die Deckenverschalung losschlagen und stürzte dabei so unglücklich von der Leiter auf die unten liegenden Steine, daß er einen doppelten Schädelbruch erlitt und kurze Zeit darauf verstarb. Der Verunglückte stand erst im 23. Lebensjahr.

Jauer. Die Schätze der Kiesgrube. Beim Graben einer neuen Kiesgrube auf der Höhe zwischen Seichau und Kunnersdorf stieß man auf eine ziemliche Anzahl kleiner tassenförmiger und großer Urnen. Leider ist ein Teil durch Abbauen der Kiesmassen zerschlagen worden, aber der Rest zeigt, daß es sich hier um ein ziemlich ausgedehntes Urnenfeld handelt.

Neusalz a. O. Anglerglück. Der Angler Lingsch war vom Fischerglück begünstigt. Als er an der Oder seiner beschaulichen Tätigkeit nachging, verspürte er an der Schnur einen starken, heftigen Ruck und zog einen Hecht ans Land, der nicht weniger als 11½ Pfund wog.

Ratibor. Der Träger des Beethovenpreises. Den von der Preußischen Akademie der Künste gestifteten Beethovenpreis zum hundertjährigen Todestag des großen Meisters hat ein geborener Schlesier, der Komponist Arnold Mendelssohn, der 1855 in Ratibor geboren wurde, erhalten.

Zierfisch-Börse

jeden 1 und 3 Sonnabend im Monat von 4—7 Uhr nachmittags im Markthallen-Restaurant, Eingang Münzstraße. **Nächste Börse am 21. dieses Monats.**

Vivarium E. V.

Arbeiter, Maurer, Zimmerleute

empfehle:

Schwarze Lederhosen 3 Draht. . 15 u. 12 Mk.

mit Latz . . . . 16 u. 13 Mk.

Schwarze Tuch-Lederhosen auch mit Schein . . . . 6.50 Mk.

Maurer-Hosen in Leder . . . . . von 7 Mk an

Große Auswahl in Maurer-Köper-Blusen, Jacken und Hosen.

Eugen Hamburger

Teichstraße 3!, Ecke Sprungstraße.

Benutze die Buchkarte

Für 50 Pf. wöchentlich

Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5

Billiger Fleischverkauf!

Adolf Weiss

Tragen Sie Qualitäts-Hüte

von

Schönfeld & Co.

Herrenhüte

Mützen

Hauptgeschäft:

Filialen:

Besondere Gelegenheit!

1000 Stück garnierte

Damenhüte

3.50

Messow Waldschmidt

Buchhandlung Volkswacht

Modernes Antiquariat

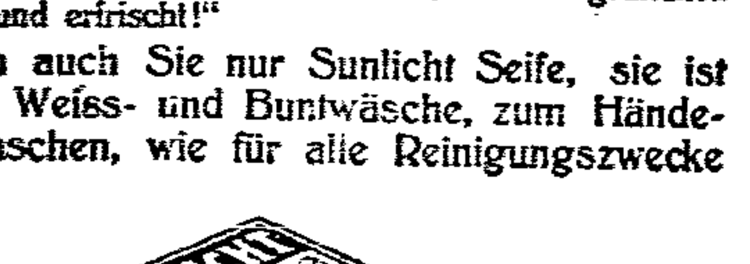
Warum das Industriegebiet Sunlicht Seife schätzt

Rauch und Russ machen Haus- und Leibwäsche schneller schmutzig. Darum wissen gerade die Hausfrauen in den Industriegebieten die gute reine Sunlicht Seife zu schätzen; ihr Schaum löst auch den schlimmsten Schmutz.

Eine Hausfrau aus dem Ruhrgebiet schreibt:

„Ich habe oft zu waschen und verwende Sunlicht Seife seit vielen Jahren und bin immer zufrieden. Ich habe schon manches probiert, aber nichts macht meine Wäsche so weiss und weich und schön. Auch uns selbst waschen wir nur mit Sunlicht Seife, weil sie gründlich reinigt und erfrischt!"

Verwenden auch Sie nur Sunlicht Seife, sie ist gleich gut für Weiss- und Buntwäsche, zum Hände- und Körperwaschen, wie für alle Reinigungszwecke im Haus.



SS 207/105

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Aus aller Welt

Freitag, 20. April 1928

Das neue Erdbeben in Bulgarien.

Nach den bisher eingegangenen Meldungen liegt der Mittelpunkt des Erdbebens vom Mittwoch bei Philippopel und Haskovo. Die Telephon- und Telegraphenleitungen nach der Provinz sind zerstört, doch bemüht sich das bulgarische Innenministerium, genaue Nachrichten zu erhalten. Der Kommandant der Garnison erklärte, daß in Philippopel fast alle großen Gebäude eingestürzt sind, darunter die sechsstöckigen Gebäude des Tabakdepots. Die Lichtanlagen der Stadt sind zerstört, so daß ganz Philippopel in vollständiges Dunkel gehüllt ist. Durch Kurzschluß entstanden eine Anzahl Brände. Ein Militärdepot ist völlig abgebrannt. Im Militärklub sind viele Tote zu verzeichnen und ungewöhnlich viele Verwundete. Bestimmte Zahlen konnten noch nicht genannt werden. Aus der Stadt Hascovo, südlich von Philippopel, liegen gleichfalls schlimme Nachrichten vor. Der Gebäudeschaden soll dort besonders groß sein. In Philippopel dauern die Erdstöße an. — Der Sachschaden des Erdbebens am Sonnabend wird auf etwa eine halbe Milliarde Lewa geschätzt.

Die jüngste Erdbebenkatastrophe in Bulgarien hat katastrophale Wirkungen gehabt. In Philippopel sind nach einer amtlichen Meldung allein **5000 Häuser eingestürzt.** Bisher werden **20 Tote, 80 Schwerverletzte und 200 Leichtverletzte** gemeldet. In der Umgebung von Philippopel wurden **5 Dörfer völlig vernichtet. Die Zahl der Toten beträgt hier bisher 27.** Die Bevölkerung von Philippopel und Umgebung kampiert seit Donnerstag früh trotz des kalten Regenwetters auf freiem Felde.

Auch Bukarest verspürt das Erdbeben in Bulgarien.

Mittwoch abend 8,25 Uhr wurde in Bukarest ein sehr starkes Erdbeben verspürt, das über eine Minute dauerte. Um 10,28 Uhr wurde ein schwächeres Nachbeben wahrgenommen. Das Erdbeben hat an einzelnen Häusern ziemliche Schäden angerichtet.

Das Erdbeben in Bulgarien auch in Ungarn verspürt.

In Szegedin ist Mittwoch, 20 Uhr, ein ziemlich heftiges Erdbeben verspürt worden. Schaden wurde keiner angerichtet. Bloß die Gegenstände der Wohnungseinrichtungen gerieten in starke schwankende Bewegungen. In Budapest registrierte der seismographische Apparat ein Nahbeben, das so stark war, daß der Apparat gestört wurde.

Die Untersuchung des Straßenbahnunglücks an der Heerstraße.

Die Untersuchung des Straßenbahnunglücks an der Heerstraße in Berlin sollte heute zunächst mit einer nochmaligen Vernehmung des Straßenbahnführers Redlich fortgesetzt werden. Redlich wurde jedoch heute früh nicht in seiner Wohnung angetroffen und auch die Straßenbahndirektion konnte keine Angaben über seinen Aufenthalt machen. Man nimmt daher an, daß Redlich vielleicht infolge der Erregung der letzten Tage irgendwo zu Verwandten gefahren ist. Die Untersuchung des Straßenbahnunglücks dürfte erst in einigen Tagen abgeschlossen werden, da bisher das technische Sachverständigengutachten über die Schuldfrage noch nicht vorliegt.

Schwerer Verkehrsunfall bei Berlin.

Am Mittwoch ereignete sich in vorgerückter Abendstunde in Berlin-Rudow ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem vier Personen lebensgefährlich verletzt wurden. Eine Autodroschke, die aus Berlin kam und in schneller Fahrt in Richtung Britz fuhr, stieß an einer Kreuzung aus noch unbekannter Ursache gegen einen Gaskandelaber und stürzte um.

Notlandung eines Verkehrsflugzeuges der Lufthansa.

Donnerstag vormittag mußte das auf dem Fluge nach Zürich bei Stuttgart befindliche Verkehrsflugzeug D 946 wegen schlechten Wetters eine Zwischenlandung bei Speichingen vornehmen. Bei der Landung wurde die Maschine teilweise schwer beschädigt. Einer der acht Insassen erlitt einen Beinbruch.

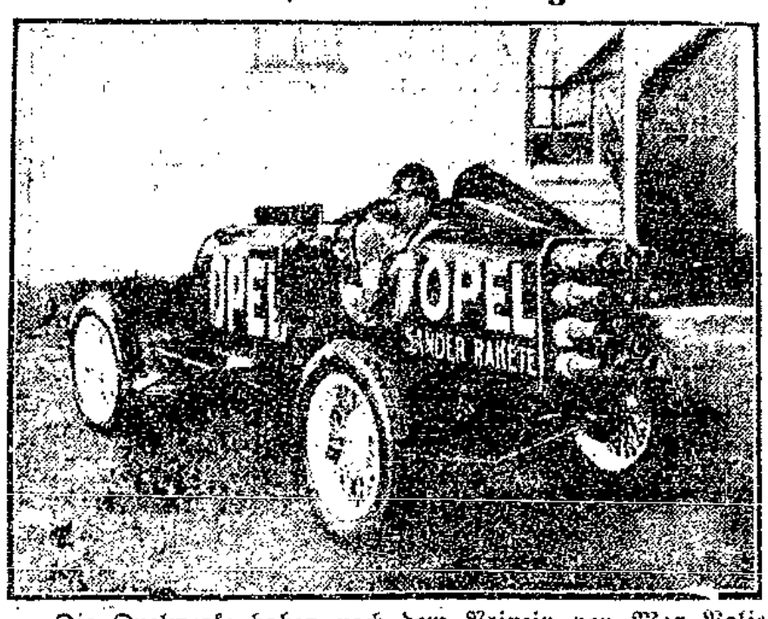
Schwerer Automobilunfall eines Parlamentariers.

Der Führer der völkischen Fraktion im mecklenburgischen Landtag, Gutsbesitzer Maertens, fuhr mit seinem Kraftwagen gegen einen Baum, wobei er schwere Schädelverletzungen erlitt.

Die Rache des Entlassenen.

In einer Meisterbude der J. G. Farbenindustrie „Altes Werk" in Ludwigshafen hat sich am Mittwoch vormittag eine schwere Bluttat zugetragen. Der 26 Jahre alte Arbeiter Franz Gieth aus Ludwigshafen war vor einigen Tagen wegen Mißhandlung eines Meisters entlassen worden. Mit zwei Revolvern bewaffnet, drang er am Mittwoch vormittag in die Bude der Meister ein und gab eine große Anzahl Schüsse auf die anwesenden Meister ab. Dabei wurden drei Meister schwer und einer leichter verletzt. Der Täter stellte sich nach der Tat der Polizei und lieferte die abgeschossenen zwei Revolver ab. Die verletzten vier Meister wurden in das Krankenhaus gebracht.

Der erste Raketenwagen.



Die Opelwerke haben nach dem Prinzip von Max Valier einen Raketenwagen konstruiert, der durch die rückwärts ausgestoßenen Gase brennender Pulverraketen angetrieben wird. Bei einer dieser Tage auf der Rennbahn von Rüsselsheim unternommenen Versuchsfahrt erreichte der Wagen innerhalb von acht Sekunden eine Geschwindigkeit von 100 Stundenkilometern. Man hofft, mit einem gleichartig konstruierten Raumschiff noch in diesem Jahre in die höchsten Schichten der Atmosphäre und vielleicht noch darüber hinaus in den leeren Weltraum vorstoßen zu können. — Unser Bild zeigt den Raketenwagen mit den Düsen, die das Antriebsgas ausstoßen.

Tod eines Liebespaares auf den Schienen.

Donnerstag früh wurden auf den Gleisen der Reichsbahnstrecke Mannheim—Heidelberg in der Nähe des Bahnhofs Friedrichsfeld-Süd die schrecklich verstümmelten Leichen eines jungen Mannes und eines Mädchens gefunden. Es dürfte sich um ein Liebespaar handeln, das sich vom Zuge überfahren ließ. Die Personalien der Toten konnten noch nicht ermittelt werden, da sie keinerlei Papiere bei sich trugen.

Schneefall in Leipzig.

In den frühen Morgenstunden hat in Leipzig Schneefall eingesetzt. Die Stadt mit ihren schneebedeckten Dächern bietet ein durchaus winterliches Bild.

Entdeckung einer alten Stadt durch die Trinkler-Expedition.

Von dem Leiter der deutschen Expedition in Zentralasien, Dr. Emil Trinkler, sind Berichte eingegangen, daß er in der Süd-Taklamakan-Wüste in Chinesisch-Turkestan unter dem Flugsand die Reste einer alten Stadt entdeckte. Geräte und Skulpturen wurden zutage gefördert, die beweisen, daß in dieser Gegend früher eine hochentwickelte Zivilisation bestand.

Der vermißte deutsche Paddelbootfahrer lebend aufgefunden.

Der in Nizza vermißte deutsche Paddelbootfahrer ist lebend aufgefunden worden. Er war durch eine Strömung nach Osten abgetrieben und ist in Monaco gelandet.

Schwere Schäden der Schneestürme in Polen.

Nachdem in den beiden letzten Tagen über ganz Polen heftige Schneestürme niedergegangen sind, liegt Donnerstag das ganze Land unter einer Schneedecke von 40 Zentimetern begraben. Die Verkehrsstörungen sind stärker, als im ganzen letzten Winter. Bis heute morgen, also beinahe 48 Stunden lang, war der Telephonverkehr auf fast sämtlichen Linien fast vollständig unterbrochen. Im Eisenbahnverkehr kam es zu außergewöhnlichen Störungen. Der Verkehr auf fast sämtlichen Nebenstrecken mußte eingestellt werden. Ein abends von Warschau abgehender Schnellzug blieb kurz hinter Warschau im Schnee stecken. Der Abendschnellzug aus Moskau kam über Wolomina in Ostpolen nicht hinaus und konnte den Anschluß nach Berlin nicht mehr erreichen. In Warschau und Umgebung haben sich im Zusammenhang mit dem Unwetter verschiedene Unfälle ereignet. In Prußkow stießen zwei Güterzüge zusammen, wobei fünf Waggons zertrümmert wurden. Der Moskauer Abendschnellzug wäre um ein Haar durch einen Zusammenstoß verunglückt. Seit Donnerstag hat der Schneefall wieder etwas nachgelassen. Ueberall sind die Aufräumungsarbeiten im Gange.

Große Schneefälle in Luxemburg.

Im Ardennengebiet gehen seit Donnerstag große Schneefälle nieder, die der fortgeschrittenen Saat viel Schaden zufügen.

Das Flüchtlingselend in Paris.

Zwei junge Leute, russische Studenten, mit Namen Dudunsky und Peroschodow, die beide angesehenen Flüchtlingsfamilien angehören, haben in einem Pariser Hotel infolge Nahrungssorgen, Selbstmordversuche unternommen. Dudunsky ist bereits gestorben. Peroschodow schwebt in Lebensgefahr.

Große Feuersbrunst in Japan.

Ueber 1000 Gebäude eingeäschert.

Durch ein Feuer wurden nach Berichten aus Tokio in Hirosaki über 1000 Gebäude zerstört, darunter vier Schulen, zwei Banken, sechs Krankenhäuser und eine Kirche. Das Feuer konnte erst nach siebenstündiger Dauer eingedämmt werden. Der Schaden ist sehr groß. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Hirosaki, eine Stadt von 30 000 Einwohnern, liegt etwa 500 Kilometer nördlich von Tokio.

13 Arbeiter verschüttet.

Bei den Bauarbeiten für die Untergrundbahn in Newyork ereignete sich auf dem oberen Broadway ein Erdrutsch, der 13 Arbeiter verschüttete. Bis jetzt sollen zwei von ihnen tot, zwei andere schwer verletzt geborgen sein. Man befürchtet, daß noch weitere Todesfälle zu verzeichnen sind.

Unmenschliche Eltern.

In Harplinge in Halland (Südschweden) wurde ein Bauernehepaar unter dem Verdacht verhaftet, an zwei Stellen Brandstiftung begangen zu haben. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß die Eheleute ihr zweijähriges Mädchen ermordet haben. Das Ehepaar hatte 14 Kinder, ein weiteres wurde erwartet. Wegen Nahrungssorgen entschloß sich der Mann, das Mädchen aus dem Wege zu räumen. Zuerst stellten die Eltern das Kind in einer Winternacht völlig unbekleidet aufs Feld, damit es erfrieren sollte. Da dem Mädchen nur einige Zehen erfroren waren, wurde es am nächsten Abend in eiskaltem Wasser auf dem Hofplatz gewaschen und einige Stunden vor das offene Fenster gestellt, wo es im Laufe der Nacht im Arm der Mutter verstarb. Die Eltern legten die Leiche in die Wiege, damit niemand etwas merken sollte. Bei der Untersuchung erklärten die älteren Kinder des Ehepaares, daß sie verschiedentlich versucht hätten, bei den Mordversuchen einzugreifen. Die Mutter habe sich jedoch wie rasend gebärdet und mit dem Messer nach ihnen geworfen. Das Ehepaar ist geständig.

Ein dänisches Spirituusschmugglerschiff aufgebracht.

In der vergangenen Nacht wurde vor Kopenhagen das seit längerer Zeit gesuchte Schmugglerfahrzeug „Oeen" von einem Zollkutter aufgebracht. Es gelang, den berüchtigten Schmuggler Lars Peter Petersen zu verhaften und 4000 Liter Spiritus zu beschlagnahmen. Ob die Beschlagnahme aufrechterhalten werden kann, ist noch die Frage, da das Schmugglerfahrzeug nach längerer Jagd erst im internationalen Fahrwasser gestellt werden konnte.

Ein französischer Fernstreckenflug.

Frankreich beginnt, sich jetzt ebenfalls energisch für den Transozeanflug von Paris nach Newyork zu rüsten. Einer der aussichtsreichsten Flieger, Datroyat, hat Mittwoch einen Geschwindigkeitsflug von Paris nach Algier unternommen. Er konnte die 2600 Kilometer lange Strecke trotz starker Gegenwinde in nicht ganz 12 Stunden zurücklegen. Außerdem kündigt man heute an, daß der Sohn des bekannten Fliegerveteranen Bleriot, der einst als erster den Aermelkanal überflog, ebenfalls nach Newyork starten will.

Bandenüberfall auf einer französischen Landstraße.

Der sozialistische Kammerkandidat Parayre wurde auf einer Landstraße an der spanischen Grenze in seinem Auto von mehreren Banditen überfallen, die ihm mit vorgehaltenem Revolver sein Geld und seine Aktentasche raubten.

Ein spanisches Verkehrsflugzeug verunglückt.

Ein Verkehrsflugzeug der Linie Barcelona—Madrid wurde bei Teruel durch eine Böe zu Boden gedrückt. Die sieben Fluggäste, sowie der Führer und sein Begleiter wurden verletzt.

Große Tabakvorräte verbrannt.

Das Tabaklager in Serres in Mazedonien ist durch Brandstiftung schwer geschädigt worden. Es wurden Tabakvorräte im Werte von über eine Million Drachmen vernichtet.

Ein unheimlicher Fahrgast.

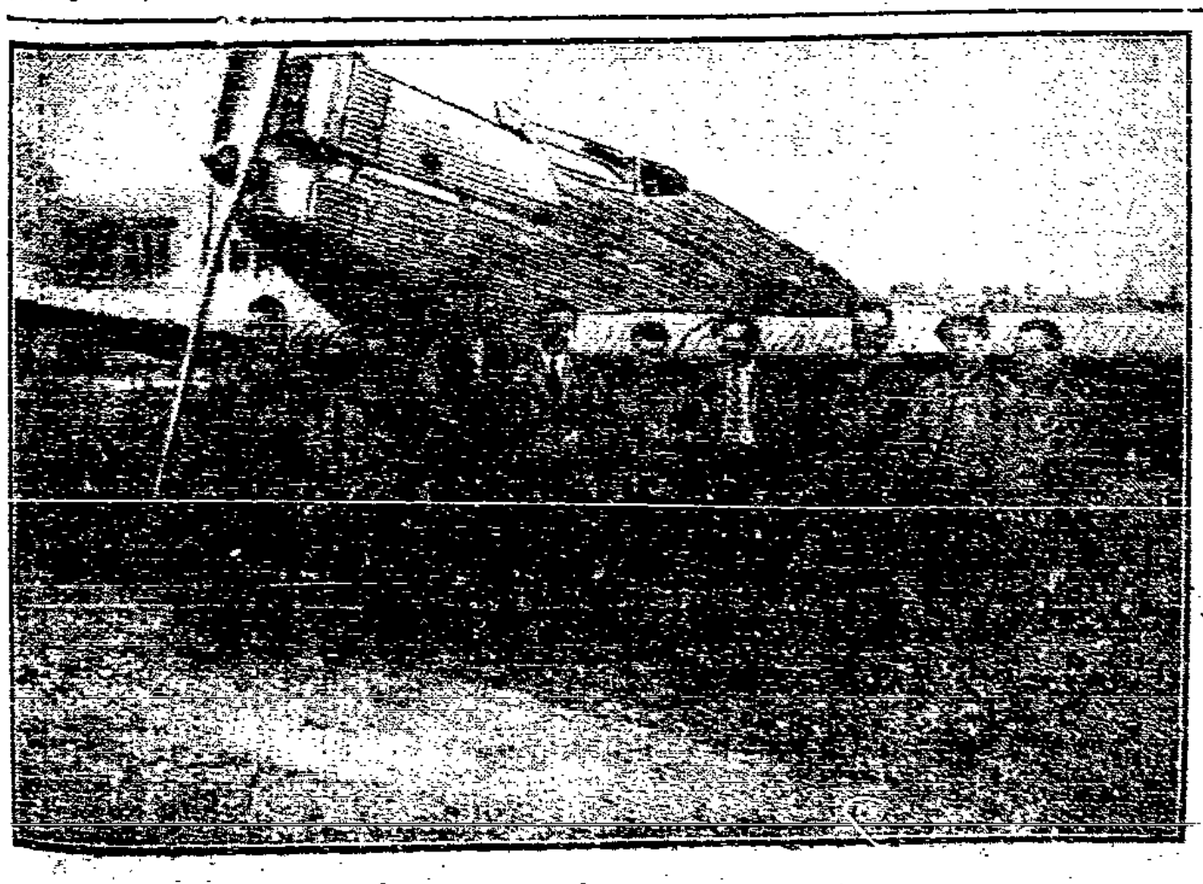
Bei Newyork erschoß der Kapitän des englischen Dampfers „Fort Cortius" einen Fahrgast, der sich in der Nacht in seine Kabine eingeschlichen hatte und auf die Aufforderung, stehen zu bleiben, flüchten wollte.

Die Suche nach dem vermißten amerikanischen Dampfer im Stillen Ozean ergebnislos.

Wie aus Newyork berichtet wird, sind die amerikanischen Zerstörer, die sich auf die Suche nach dem seit 14 Tagen vermißten Dampfer „Asiatic Prince" (6737 Tonnen) begeben hatten, unverrichteter Sache nach Honolulu zurückgekehrt. Der „Asiatic Prince" befand sich seinerzeit mit einer Besatzung von 30 Engländern und 30 Chinesen auf der Fahrt von Los Angeles nach Yokohama.

Autobus von mexikanischen Farmern beschossen.

In Ixcaquixtla in Mexiko ist ein Autobus von bewaffneten Farmern beschossen worden. Fünf Personen wurden getötet und zahlreiche verwundet.



Ohne diese Männer wäre der Ozeanflug nicht gelungen.

Die Dessauer Ingenieure und Monteure, die die „Bremen" erbaut haben, vor dem Flugzeug.

Mein Liebchen hat zwei schöne Augen,
An den Füßen hat sie noch mehr.
Einmal „Lebewohl*" nur kau en,
Hühneraugen sind nicht mehr!

*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene **Hühneraugen-Lebewohl** und **Lebewohl-Ballenscheiben**, Blechdose (8 Pflaster) 75 Pfg., **Lebewohl-Fußbad** gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 80 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das echte Lebewohl in Blechdosen und weisen andere, angeblich „ebenso gute" Mittel zurück. 1188

Wetterwolke im Westen.

Aussperrung in der Rheinschiffahrt.

Die Rheinreeder wollen aussperren. Sie sind drauf und dran, einen Arbeitskampf heraufzubeschwören, der das ganze Wirtschaftsleben am Rhein und weit darüber hinaus lahmlegen muß. Zum 30. April ist von den Arbeitgebern der Rheinschiffahrt den Arbeitnehmern das Arbeitsverhältnis gekündigt worden. Die Arbeitsbedingungen waren bereits gekündigt. Die Rheinreeder drohen mit der Aussperrung, weil sie sich dem verhängnisvollen Wahn hingeben, sie könnten mit Druck die Arbeitnehmer bewegen, in eine Kürzung des Lohns um 13 Prozent einzuwilligen. Die Rheinreeder sind von allen guten Geistern verlassen; denn das ganze Wirtschaftsleben am Rhein geht aus den Fugen, wenn man in einer Zeit allgemeiner Lohnverbesserungen dem Schiffahrtspersonal Löhne aufzwingen will, wie sie vor dem englischen Bergarbeiterstreik bestanden haben.

Die Zahl der bei den organisierten Arbeitgebern der Rheinschiffahrt beschäftigten Arbeitskräfte beträgt 10—11 000. Es liegt auf der Hand, daß, sobald es zum offenen Kampf kommt, nicht nur dieser Teil der Arbeitnehmerschaft, sondern das gesamte Rheinschiffahrtspersonal in den Kampf hineingezogen wird. Das sind etwa 15—16 000 Köpfe. Dazu kommen noch etwa 7000 Hafenarbeiter; denn auch diese werden naturgemäß binnen wenigen Tagen von dem Kampf erfaßt werden. Schließlich wird aber nicht nur die deutsche, sondern auch die fremde Schiffahrt auf dem Rhein zum Erliegen kommen, weil das Personal auf den fremden Schiffen den deutschen Arbeitskameraden nicht in den Rücken fallen, sondern Solidarität üben wird. Die internationale Kampfsolidarität zwischen dem organisierten belgischen, französischen, holländischen und schweizerischen Rheinschiffahrtspersonal mit den deutschen Arbeitskameraden ist eine Selbstverständlichkeit. Ein Arbeitskampf von ungeheurem Ausmaß wird im Westen entbrennen, sobald die von den Rheinreedern beschlossene Aussperrung in Kraft tritt. Die ganze Zu- und Abfuhr auf dem Rhein wird völlig ins Stocken geraten. Ganze Industriezweige werden unter diesen Umständen binnen kurzer Zeit nicht mehr arbeiten können. Kommt es zu diesem offenen Kampf, dann werden dem westdeutschen Wirtschaftsleben furchtbare Wunden geschlagen. Trotzdem ist bei der Einstellung der Reeder in der Lohnfrage eine Verständigung zwischen den Parteien höchst unwahrscheinlich und daher nicht damit zu rechnen, daß die Parteiverhandlungen, die am 23. April in Köln stattfinden sollen, zu irgend einem Resultat führen.

Die Verantwortung für die Folgen des allem Anschein nach unvermeidlichen Kampfes lehnt die Arbeiterschaft mit guten Gründen ab. Kein billig denkender Mensch kann ihr zumuten, in einen Abbau der Löhne um 13 Prozent einzuwilligen. Nicht Abbau, sondern Verbesserung der Löhne ist am Platze. Oder soll die Arbeiterschaft die Zeche bezahlen, wenn die Rheinschiffahrt es versäumt hat, sich rechtzeitig wirtschaftlich umzustellen? Die Rheinschiffahrt befindet sich schon seit Jahren in einer latenten Krise, weil die Rheinflotte im Verhältnis zum Frachtangebot zu groß geworden ist. Die deutsche Rheinschiffahrt hat heute über 75 000 Tonnen mehr Frachtraum als vor dem Kriege. Dazu kommt, daß sich heute neben Deutschland und Holland auch Frankreich und Belgien (vor allem mit den durch den Friedensvertrag abgetretenen Teilen der deutschen Flotte) sowie die Schweiz am Rheinfrachtgeschäft beteiligen. Ein großer Teil der Neubauten, die mit Entschädigungsgeldern hergestellt worden sind, fährt unter holländischer Flagge. Zurzeit stehen etwa 420 000 Tonnen deutsches Kapital unter holländischer Flagge, und dieser Frachtenraum ist Konkurrenz für die deutsche Rheinschiffahrt. Die deutschen Rheinreeder machen sich also selbst Konkurrenz. Wirtschaftsorganisatorisch zeigt die deutsche Rheinschiffahrt heute ein Bild völliger Zerfahrenheit. Keine Anpassung des Frachtenraums an das Frachtangebot, keine Beseitigung der Schmutzkonkurrenz, keine Rationalisierung der Betriebe! Ueberall nur schwache Ansätze zur Umstellung. Soll die Arbeiterschaft jetzt für die Versäumnisse und die Sünden der Arbeitgeber büßen? Unmöglich und doch wollen das die Rheinreeder. Statt sich mit der Arbeiterschaft zu verständigen, werfen sie ihr mit der Aussperrung den Fehdehandschuh hin. Das organisierte Rheinschiffahrtspersonal nimmt diesen Handschuh auf. Abrechnung folgt!

Aussperrung aller Metallarbeiter in Sachsen.

Dresden, 19. April. Der am Mittwoch über die Löhne in den Betrieben des Arbeitgeberschutzverbandes der Metallindustriellen im Freistaat Sachsen gefällte Schiedsspruch wurde am Mittwoch abend von dem Arbeitgeberschutzverband einstimmig abgelehnt, ebenso einstimmig wurde beschlossen, am Sonnabend mit Arbeitsschluß sämtliche Betriebe zu schließen und die Arbeiter auszusperren.

15 000 Metallarbeiter werden in Hannover ausgesperrt.

Hannover, 19. April. Der Hannoversche Metallindustriellen-Verband hat die von einem Teilstreik betroffenen Betriebe aufgefordert, mit dem 19. April ihre restlichen Belegschaften auszusperren, da die Gewerkschaften die Streikenden nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit angehalten haben. 15 000 Arbeiter werden von der Aussperrung betroffen.

Keine Aussperrung in der Dresdener Kartonagenindustrie.

Dresden, 17. April. Die am gestrigen Montag im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen haben zu einer Einigung der Parteien der Dresdener Kartonagenindustrie geführt. Ueber den Schiedsspruch vom 29. März, der ab 13. März 1928 eine Erhöhung der Spitzenlöhne um 4 Pfennige und ab 29. September eine weitere Erhöhung um 3 Pfennig bis 28. März 1929 vorsah, hat man sich dahingehend verständigt, daß die zweite Erhöhung des Spitzenlohnes um 3 Pfennig bereits am 29. Juni 1928 in Kraft tritt. Die von Arbeitgeberseite angeordnete Aussperrung ist dadurch hinfällig geworden. Die Arbeit wird in den bestreikten Betrieben wieder aufgenommen werden.

Die Aussperrung in der Berliner Holzindustrie.

Berlin, 19. April. Die von der Vereinigung Berliner Holzindustrieller beschlossene Aussperrung der Holzarbeiter ist in einem großen Teil der Betriebe bereits mit Schluß der gestrigen Schicht [illegible] worden. Der Umfang der Aussperrung konnte bisher nicht restlos übersehen werden. Der zweite Arbeitgeberverband, die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie, haben sich dem Beschluß bisher nicht angeschlossen und in ihren Betrieben keine Aussperrung vorgenommen. Dieser Verband [illegible] [illegible] zu dem [illegible] Die Holzarbeiter werden am Montag ihre [illegible]. Schlichtungsverhandlungen haben bisher nicht eingesetzt.

Im Lohnstreit der Schwarzwälder [illegible] wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach ab 2. April der Stundenlohn von [illegible] auf [illegible] Pf. und die [illegible] um 5 Prozent erhöht werden. [illegible] bis zum 30. April.

Einigung im Bankgewerbe.

Berlin, 19. April. Nach sehr langen Verhandlungen wurde heute zwischen dem Deutschen Bankbeamtenverein und dem Reichsverband der Bankleitungen auf Grund des am 31. März gefällten Schiedsspruchs eine freie Vereinbarung über die Verlängerung des Reichstarifvertrages abgeschlossen. Dabei bleibt es bei der zugesprochenen Gehaltssteigerung und der bisherigen Gehaltsstaffelung. Für die Ueberstundenbezahlung gilt die frühere Regelung. Der Bankleitungsverband hat sich verpflichtet, den angeschlossenen Instituten die Ausschüttung der Weihnachts-Sonderzahlung zu empfehlen. Die Kommerz- und Privatbank, die Darmstädter und Nationalbank, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Diskonto-Gesellschaft haben sich schon jetzt verpflichtet, dieser Empfehlung zu entsprechen. Der Manteltarif läuft bis zum 31. März 1930, die Gehaltsregelung bis zum 31. März 1929.

Die Betriebs- und Angestelltenratswahlen in den Berliner Fabriken und Verwaltungsstellen der A.E.G.

hatten ein außerordentlich erfreuliches Ergebnis für den Afa. Gewählt wurden 43 Betriebsräte und 48 Angestelltenräte. Im Gegensatz zu diesen Erfolgen der Afa erhielt der deutschnationale Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften insgesamt nur 4 Betriebsräte und 5 Angestelltenräte.

25 000 Textilarbeiter streiken in Massachusetts.

In New Bedford im Staate Massachusetts ist nach Berichten aus Newyork ein großer Textilarbeiterstreik ausgebrochen. 25 000 Arbeiter haben nach Kürzung ihrer Löhne um 10 Prozent die Arbeit niedergelegt.

Ausdehnung des Streiks in den Baumwollspinnereien von Bombay.

London, 18. April. Nach Meldungen aus Bombay hat sich der Streik in den dortigen Baumwollspinnereien weiter ausgedehnt. 35 Fabriken mit einer Belegschaft von 40 000 Mann sind stillgelegt. Sehr starke Polizeiabteilungen werden unter ständiger Alarmbereitschaft gehalten, doch ist die Lage bisher ruhig.

Generalversammlung der Breslauer Metallarbeiter.

Den Kassen- und Geschäftsbericht gaben die Kollegen Ruppelt und Ziegler. Der Markenverkauf hat sich auf gleicher Höhe gehalten wie im 4. Quartal 1927. Inklusive beitragsfreier Marken wurden im letzten Quartal 149 849 Beitragsmarken abgesetzt. Im vorhergehenden Quartal 148 637. Neueintritte: 763 (720 im Quartal vorher). Die Zahl der Mitglieder beträgt rund 12 000, bei einer Beitragsleistung von mehr als 12 Beiträgen pro Mitglied und Quartal. Die Arbeitslosen-Unterstützung ist stark gestiegen: 47 722,40 Mark, im Quartal vorher 29 731,60 Mark; ebenso die Krankenunterstützung. 29 179,90 Mk. (19 560,10 Mk.) Der Lokalkassenbestand konnte von 89 253,11 Mark auf 104 987,22 Mark erhöht werden.

In den Zahlen der am Arbeitsnachweis der Metallarbeiter gemeldeten Arbeitslosen kommt ebenso wie in den höheren Unterstützungssummen für Arbeitslose zum Ausdruck, daß die Konjunktur in der Breslauer Metallindustrie sich im letzten Vierteljahr verschlechtert hat. Arbeitslose beim Arbeitsnachweis waren gemeldet: am 4. Januar 1928: 4456, am 31. März 1928: 5058.

Der Lokomotivbau der L.-H.-W. mußte 10 Tage streiken, um sich gegen tarifwidrige Akkordverschlechterungen zu wehren. Durch eine Vereinbarung, welche festlegt, daß bei Regelung des Akkordwesens und auch bei Neufestigung von Akkordpreisen die Akkordzeiten so sein müssen, daß eine Verdienstschmälerung nicht eintritt, wurde die Arbeitsaufnahme wieder ermöglicht. Die Abschlagszahlung für Akkorde, die zum Lohntag nicht abgerechnet werden können, muß 85 Prozent, in Einzelfällen bis 45 Prozent über den Akkordsatz betragen.

Für die Former und Gießereiarbeiter wurde das Gießereiabkommen mit Verbesserungen abgeschlossen. Bisher gab es für Ausschußguß für Akkordstücke bis 12 Stunden Akkordzeit 60 Prozent, über 12 Stunden 75 Prozent des Akkordpreises. Neu ist festgelegt: für Akkorde bis 18 Stunden 75 Prozent, über 18 Stunden 80 Prozent. Die Kernmacher, Maschinenformer und Schmelzer erhalten 10 Prozent Gießereizulage, bisher hatten sie nur 5 Prozent. Die Hilfsarbeiter werden nach der Lohngruppe der angelernten Arbeiter nicht erst nach dreimonatlicher Beschäftigung in der Gießerei, sondern bereits nach 6 Wochen bezahlt. Für die ersten sechs Wochen Beschäftigung in der Gießerei muß ein Zuschlag von 5 Prozent bezahlt werden, außerdem erhalten die Hilfsarbeiter in Gießereien den höchsten Satz der Leistungszulage.

Mit der Firma L. Wollheim wurde ein besonderes Lohnabkommen getroffen, das vorsieht, daß die jeweils in der Breslauer Metallindustrie gewährten Lohnerhöhungen auch bei Wollheim eintreten. Sonst gelten alle Tarifbestimmungen des Breslauer Tarifvertrags.

Die Bauklempner (zirka 200 Mann) stehen seit 13. April im Streik. Sie hatten bisher in der Spitze einen Stundenlohn von 1,10 Mark und fordern 1,25 Mark. Die Vertreter der Klempner-Innung forderten allen Ernstes eine Herabsetzung des Lohnes von 1,10 auf 1 Mark, außerdem längere Arbeitszeit und niedrigere Auslösungssätze für Montagearbeiten. Ein Spruch des Schlichtungsausschusses mit 5 Pfennig Lohnerhöhung wurde von den Klempnern als unzulänglich abgelehnt. Verhandlungen vor dem Schlichter führten ebenfalls zu keinem Ergebnis. Die Klempnerlöhne in fast allen Großstädten sind höher wie in Breslau. In Berlin beträgt der Stundenlohn ab 1. April 1,43 Mark, ab 1. Oktober 1,47 Mark. Ein Schiedsspruch brachte den Berliner Klempnern in zwei Etappen 9 Pfennig Lohnerhöhung; durch Nachverhandlungen vor dem Schlichter kam insgesamt eine Zulage von 12 Pfennig heraus. Wenn die Berliner Klempner bei einem Stundenlohn von 1,35 Mark 12 Pfennig Zulage erhalten, dann ist notwendig, daß die Breslauer Klempner auf 1,10 Mark Stundenlohn mindestens ebenfalls 12 Pfennig Zulage bekommen. Der unzulängliche Spruch des Breslauer Schlichtungsausschusses, der nicht einmal die Hälfte der Lohnerhöhung vorsah, wie die Berliner Klempner sie erhalten haben, zeigt, daß man in Breslau ein weit geringeres Verständnis für wirtschaftliche und soziale Notwendigkeiten hat, wie in Berlin. In der Metallindustrie Breslaus läuft der Lohntarif am 30. 6. 1928 ab. Die Bewegung wird bei der bekannten ablehnenden Haltung der Metallindustriellen der Forderungen der Arbeiter gegenüber ernsten Charakter annehmen. In nächster Zeit treten auch noch die Maschinenführer in der Zigarettenindustrie und die Bauschlosser in eine Lohnbewegung. Viele andere Differenzen mußten geschlichtet oder vor den Arbeitsgerichten zum Austrag gebracht werden. Es erweckt fast den Anschein, als ob die Rechtsprechung vor den Arbeitsgerichten besonders in den Berufungsinstanzen für die Arbeiter ungünstiger werden. Ziegler wies auf die Streiks und Aussperrungen der Metallarbeiter in Mitteldeutschland, Berlin, Sachsen, Hamburg, Kiel, Gera und anderen Orten hin. Die Metallindustriellen schrecken vor nichts zurück, um ihren Willen durchzusetzen und die Lebenshaltung der Metallarbeiter auf niedrigster Stufe zu halten. Mit den Aussperrungen versuchen die Metallindustriellen die Schlichtungsinstanzen unter Druck zu setzen, damit diese durch verbindlich erklärte Sprüche den Wünschen der Unternehmer Rechnung tragen. Zum Schluß forderte er die Metallarbeiter auf, bei dem bevorstehenden Wahlkampf alles daran zu setzen, damit die Wahlen einen großen Sieg der Sozialdemokratie und eine gewaltige Steigerung des politischen Einflusses der Arbeiter bringen.

In der Diskussion sprachen von der kommunistischen Opposition die Kollegen Gläser und Hausen. Gläser empfahl einen Antrag zur Annahme, der den Ortsausschuß des ADGB. verurteilt, weil er eine gemeinsame Demonstration mit der KPD. abgelehnt hat. Hausen begründete einen Antrag, der dagegen protestiert, daß in den Verbandszeitungen aufgefordert wird, sozialdemokratisch zu wählen. Beide Anträge wurden mit großer Mehrheit abgelehnt und folgende Entschließung gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Breslau hält eine einheitliche Demonstration aller klassenbewußten Arbeiter für die Maiforderungen nicht nur für möglich, sondern für dringend notwendig. Voraussetzung dafür ist, daß die Kommunistische Partei ihre niedrige gehässige Kampfesweise gegen die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften einstellt und die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auf sachlichem Boden mit geistigen Waffen ausgetragen werden.

Die Versammelten begrüßen es, wenn von der Kommunistischen Partei die Voraussetzungen für eine gemeinsame einheitliche Demonstration geschaffen werden und sind dann bereit, für eine einheitliche Maidemonstration einzutreten."

Der zweite Punkt, Stellungnahme zu eventuellen Anträgen zum Verbandstag wurde nicht behandelt. In einer späteren Versammlung soll dies geschehen.

Die Sanierung des Waldenburger Bergbaues

Die „Schlesische Provinzkorrespondenz" schreibt:

Von sachkundiger Seite werden uns zu unserem Artikel in der Freitagsausgabe noch folgende Ergänzungen geschrieben:

Soeben werden Einzelheiten über den öffentlichen Kredit von 11 Millionen Mark an die Niederschlesische Bergbau-A.-G. bekannt, den kürzlich die „Provinz-Korrespondenz" in einem längeren Artikel über die Sanierung des Waldenburger Bergbaus erwähnte. Geldgeber sind die Reichskredit-A.-G. und die Preußische Seehandlung (Preußische Staatsbank). Das Reich und Preußen bürgen für den Kredit. Der Kredit wird verzinst zu einem Zinssatz, der um ein [illegible] den jeweiligen Reichsbankdiskont überschreitet. Für die ersten vier Jahre übernehmen das Reich und Preußen die Zahlung von 4 Prozent Zinsen für den Kredit selbst. Bedingung für den Kredit ist, daß die Gründungsgesellschaften der Niederschlesischen Bergbau-A.-G. Sicherheiten für den Kredit leisten.

Zu der Frage der Verwertung der Waldenburger Kohle zu Zwecken der Ferngasversorgung dürften noch einige ergänzende Bemerkungen nötig sein. Ueber die Schwierigkeiten dieses Problems lassen sich gewisse Schlüsse aus den Erfahrungen ziehen, die man mit der Ferngasversorgung bereits im Ruhrgebiet gemacht hat. Wie bekannt wird, haben die A.-G. für Kohleverwertung, die eigentliche Trägerin der Gasfernversorgung im Ruhrgebiet, und die Thyssensche Ferngasgesellschaft die reinen Baukosten pro Kilometer Leitung beim Bau von Ferngasleitungen sogar auf rund 50 000 Mark berechnet. Danach scheint die Angabe, die seinerzeit im Provinziallandtag vom Provinzialhauptmann gemacht worden ist, wesentlich zu niedrig gewesen zu sein. Interessant ist, daß im Ruhrgebiet die das Gas erzeugenden Gesellschaften, nämlich die A.-G. für Kohleverwertung und die Thyssensche Ferngas-Gesellschaft, den Bau der Ferngasleitungen selbst übernommen haben. Das beweist, wie wenig es berechtigt war, hier in Schlesien für den Bau dieser Leitungen die öffentlichen Körperschaften, die in erster Linie die Gasabnehmer sein sollen, in Anspruch zu nehmen.

Ehe der Frage der Verwirklichung der Gasfernversorgung in Schlesien nähergetreten werden kann, muß übrigens auch in Schlesien das Problem gelöst werden, das auch noch im Ruhrgebiet erhebliche Schwierigkeiten macht, daß die Reichsbahngesellschaft verzichten wird, von ihren völlig unberechtigten Forderungen auf Zahlung von erheblichen Abgaben für jede Ueberquerung ihrer Linien durch Ferngasleitungen je nach der Zahl der Kreuzungen und der Menge des durchgeleiteten Ferngases abzugehen. Die Reichsbahn stellt diese Forderungen nämlich lediglich aus Konkurrenzgründen, weil sie von der Ferngasversorgung eine Verringerung der Kohlentransporte und damit ihrer Frachteinnahmen befürchtet. Obwohl es nun sicherlich sehr wesentlich ist, die Einnahmen der Reichsbahn zu steigern, damit sie ihren Reparationsverpflichtungen nachkommen und trotzdem ihren Betrieb technisch auf der Höhe halten kann, kann die Berechtigung dieser Forderung nicht anerkannt werden. Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß dann die Eisenbahn auch von den Automobilen, die eine Reichsbahnschranke passieren, eine Abgabe fordern könnte, denn auch der Automobilverkehr bedeutet einen Frachtausfall für die Eisenbahn. Bleibt die Reichsbahn auf ihrem Verlangen bestehen, so wird man erst auf dem Gebiete der Gesetzgebung den Weg für die Ferngasleitungen freimachen müssen. Man sieht, welche Schwierigkeiten noch zu lösen sind, ehe die Ferngasfrage praktisch gelöst werden kann.

Endlich lohnt sich die Errichtung einer entsprechenden Kokerei zur Herstellung des Gases für die Niederschlesische Bergbau A.-G. erst dann, wenn ein genügend hoher Gasabsatz gesichert ist. Auch das dürfte in Schlesien nicht unerhebliche Schwierigkeiten machen. Denn in dem wenig dicht besiedelten und im allgemeinen stark agrarischen Schlesien ist natürlich der für die Rentabilität der Kokerei erforderliche Absatz an Gas viel schwerer zu erzielen, als in dem viel dichter besiedelten und die bedeutendste Industrie Deutschlands bergenden Ruhrgebiet. Und selbst im Ruhrgebiet glaubt man bis nach Hannover die Leitungen und den Gasabsatz ausdehnen zu müssen, um die Gasproduktion rentabel gestalten zu können. Auch sind in den relativ dünn besiedelten Niederschlesien die Leitungskosten im Verhältnis zur Absatzmenge wesentlich höher als im Ruhrgebiet und würden deshalb auch den Gaspreis viel stärker belasten als dort. Schon deshalb ist, um dieses Verhältnis günstiger zu gestalten, in Schlesien eine viel größere Absatzmenge Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit der Gasfernversorgung.

Die deutsche Reichsbahn im Februar 1928.

Berlin, 19. April. Im Monat Februar hatte die Reichsbahn Einnahmen in Höhe von 380 192 000 Mark, sowie Ausgaben in Höhe von 322 135 000 Mark zu verzeichnen. Hiervon entfielen auf Einnahmen beim Personen- und Gepäckverkehr 89 145 000 Mark, beim Güterverkehr 258 464 000 Mark, sowie 32 583 000 Mark sonstige Einnahmen. Von den Ausgaben waren sachliche und persönliche Ausgaben insgesamt 289 297 000 Mark, für die Erneuerung der Reichseisenbahn-Anlagen wurden 33 923 000 Mark aufgewandt. Der Dienst der Reparations-Schuldverschreibungen und die gesetzlichen Abschreibungen erforderten zusammen 55 004 000 Mark. Die geleisteten Zugkilometer betrugen 49 973 000.

Für die Frauen

Die Frau im Wahlkampf!

Herbei, herbei! Nicht müßig zugeschaut:
Das Haus der Zukunft wird gebaut!

In einem kurzen, heftigen Wahlkampf wird bis zum 20. Mai um die Neubesetzung des Reichstags, des Preußischen Landtags und noch anderer Länderparlamente, sowie in Breslau der Stadtverordnetenversammlung gerungen.

Als am 7. Dezember 1924 der jetzt aufgelöste Reichstag gewählt worden war, hatten sich die beiden großen Flügelparteien verstärkt, die Sozialdemokraten von 100 auf 130, die Deutschnationalen von 96 auf 102 Sitze. Dazwischen standen das Zentrum mit 68, die Deutsche Volkspartei mit 50, die Demokraten mit 32, die Bayrische Volkspartei mit 19 Abgeordneten. Diese Parteien konnten eine Regierung mit den Deutschnationalen oder auch mit den Sozialdemokraten erklären. Sie haben mit Ausnahme der Demokraten, die Deutschnationalen herangezogen. Besonders für die heutige Regierung, die Bürgerblockregierung von 1927, hat der Wille Hindenburgs den Ausschlag gegeben.

Diesen Pakt mit den Deutschnationalen mitmachen, dazu hätte mindestens der Führer der Deutschen Volkspartei, der Minister Stresemann sich weigern müssen. Stresemann setzte in diesem Bündnis schnöde aufs Spiel, was in der deutschen Außenpolitik seitdem Kriege gewonnen war: das Ziel der Annäherung der Völker, der Rheinlandsbefreiung, der Abrüstung und des dauernden Friedens. Darin ist der bescheidenste Schritt nach vorwärts kaum noch erzielt worden.

Kann uns das noch wundernehmen, wenn wir ehrlich gegen uns selber sind!

In der Regierung Deutschlands, das nach der Verfassung ein Volksstaat und eine Republik ist, sitzen Leute, die den Volksstaat am liebsten heute noch erwürgen möchten! Die Innenpolitik wird geführt von einem Minister, dem die republikanische Staatsform in der Seele zuwider ist! Die Außenpolitik wird geführt im Bündnis mit Leuten vom Stahlhelm-Verband, die dieser Außenpolitik vorher die größte Opposition gemacht hatten!

Kann der Außenminister Stresemann sich wundern, daß an die politische Ehrlichkeit des deutschen Rechtsblocks im Ausland niemand geglaubt hat?! In Frankreich ist als Antwort auf diesen Rechtsblock der versöhnungswilligere Ministerpräsident Herriot gestürzt und Poincaré wieder ans Ruder gesetzt worden.

In Deutschland selber hat ja die große Mehrheit des Volkes keinen Augenblick Vertrauen zu dieser Regierung gehabt.

Solange die Rechtsregierung besteht, solange haben selbst Parlamentarier und Minister dieser Koalition, selbst in der Oeffentlichkeit, ihre eigene Koalition heruntergemacht.

Die große Auseinandersetzung, die der Außenminister noch vor Torschluß des Reichstags mit dem Führer der größten Koalitionspartei, mit Graf Westarp von den Deutschnationalen, gehabt hat, ist bezeichnend für die Harmonie, die in der jetzt zusammengebrochenen Regierungskoalition immer geherrscht hat.

Jetzt sind die Deutschnationalen öffentlich zurückgekehrt zur Opposition gegen die Außenpolitik und kritisieren in der widerlichsten Weise Stresemann, als ob es nie ihre eigenen Richtlinien und nie ihre eigene Koalition gegeben hätte!

In einem parlamentarischen Staat stehen normalerweise bei einer Parlamentsauflösung Regierung und Regierungsparteien gemeinsam ein für ihre Politik. Die Regierungsparteien des verflossenen Reichstags aber führen jetzt den Wahlkampf eine gegen die andere. Keine wagt es, für die andere einzustehen. Sicher das herbste Urteil, das sie gegen ihre eigene Koalition fällen können.

Dieser Zustand und das Versagen der Außenpolitik seit der Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung, das ist Stresemanns große Schuld. Er, der ehemalige Unternehmer-Syndikus, stellte wirtschaftliche Konjunkturpolitik im Interesse des Unternehmertums voran und ging zu dem Ziel mit Leuten in eine Regierung, denen kein Jota an Erfolgen der Republik gelegen ist, und denen für den Volksstaat und seine wahrhaft soziale Gestaltung keine Fiber im Leibe schlägt. Das ist die Wahrheit, die uns keine Rabulistik verdunkeln soll.

Und Stresemanns und des Zentrumskanzlers Marx große Schuld ist dies. Marx wird dafür nimmermehr der Kanzler der neuzubildenden Regierung sein.

Er, der ehemalige Reichsbannermann, gab die denkwürdige Illustration zu dem Wort von der Treue um Treue, als er das Reichsbanner verließ, den deutschnationalen Koalitionsgenossen zu Gefallen. Ihnen nach Gefallen erklärte er bald darauf, seine eigene Partei, das Zentrum, sei nicht republikanisch, auch nicht monarchistisch, also ein Zwittergeschöpf. Große Teile seiner eigenen Partei haben gegen diesen Ausspruch protestiert. Aber Marx und neben ihm Deutschnationale als Minister stellten sich als Regierung an die Spitze der Deutschen Republik!

„Diese neue Regierung", so heischte der Reichspräsident Hindenburg vom Reichskanzler Marx, „soll die besondere Pflicht haben, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren."

Nun wohl: Es stiegen 1927 und es steigen auch gegenwärtig noch immer unausgesetzt die Kosten der Lebenshaltung!

Da hat die Regierung wahrscheinlich geglaubt, die „berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen" am besten zu wahren, indem sie dem kartellierten Handel ständig weiter freie Bahn beließ, so daß z. B. bei Schweinefleisch die Spanne zwischen Stallpreis und Ladenpreis im Jahre 1927 sich auf den unerhörten Grad von 140 bis 150 vom Hundert erweiterte und heute wahrscheinlich noch größer ist!

Die Regierung und ihre Parteien haben wahrscheinlich immer geglaubt, das Interesse der Arbeitermassen bestens zu wahren, als die im Interesse des Großgrundbesitzes geschaffenen Lebensmittelzölle noch weiter erhöht wurden: Mehl-, Brot-, Fleisch-, Zucker-, Kartoffelzölle!

Diese Regierung und diese Parteien, sie bildeten sich sicher ein, daß es im Interesse der Arbeitermassen läge, daß jede Lohnerhöhung von einer neuen Verteuerung des Lebensbedarfs zum mindesten wieder aufgezehrt wird!

Sie haben selbstverständlich fest geglaubt, das Interesse der breiten Arbeitermassen trefflich zu wahren, als sie das feierlich und durch ein Gesetz bekräftigte Versprechen der Lohnsteuersenkung verbogen und nicht gehalten haben.

Steuern zur Massenbelastung kann es im Interesse der Arbeiterschaft nicht genügend geben, so verfuhr diese „Volks"regierung und verführen diese „Volks"parteien, als sie die Einnahmen des Reiches aus Steuern und Zöllen, die im Steuerjahr 1926/27 7172 Millionen Mark betrugen, auf 8692 Millionen für das Jahr 1928 veranlagten. Damit sahen sie eine neue Steigerung der Massenbelastung, die 1926/27 schon 4732 Millionen Mark betrug, auf 5322 Millionen vor. An Besitzbelastung blieben 3370 Millionen.

Nur aus ihrer heißen Liebe für die Arbeitermassen und lediglich in ihrem Interesse setzte diese hohnvollste aller „Volks"regierungen dann das Kontingent für die Gefrierfleischeinfuhr von 120 000 Tonnen auf 50 000 Tonnen herab!

Die Sozialdemokraten, die leidenschaftlich gegen diese Brutalität protestierten, die vereinzelten Gewerkschaftsführer in den bürgerlichen Parteien, denen das soziale Gewissen schlug und die sich schließlich dem Zwang ihrer Fraktionen nur beugten — was bedeuten diese für eine rechtsgerichtete bürgerliche „Volks"regierung?! Die von der Arbeitermasse gebildete, ihre politische Verkörperung darstellende Sozialdemokratie versteht doch nicht die Interessen ihrer eigenen Wähler — dieses Masseninteresse verstehen die erhabenen Herren v. Keudell, Hergt und Schiele hundertmal besser.

Was hat es den Leuten aus diesen Sphären zu bedeuten, daß künftig Zehntausende in großen Städten, denen die Mittel zum Frischfleisch schon längst nicht mehr langten, nun an so manchem Tag auch den Gefrierfleischhappen entbehren müssen!

Was hat es den Landbunddemagogen dieser Rechtsregierung zu bedeuten, daß alle solche Maßnahmen nicht einmal dem kleinen und mittleren Landwirt nützen, denn ihm hilft im wesentlichen auch nur die Konsumkraft der breiten Massen.

Aber den Rechtsparteien, denen diese Massen in lauter Empörung entgleiten, ist es eine ihrer wahldemagogischen Gesten, um wenigstens die Bauernschaft wiederum zu täuschen und ihre Stimmen bei den Wahlen aufs neue zu erlangen.

Es war wohl immer wieder „Wahrung der berechtigten Interessen der großen Massen", als im letzten Notprogramm die Rechtsparteien mit dem bekannten schweren Herzen auch auf eine wesentliche Hilfe für die Kleinrentner verzichteten? Verzichteten, entgegen allen ihren heuchlerischen Versprechungen.

Und erst recht geschah es im Interesse der großen Massen, als die Bürgerblockregierung und die Blockparteien, auch das christliche Zentrum, am 2. März einem Marinebauprogramm zustimmten, das 300 bis 400 Millionen Mark im Laufe der nächsten Jahre verschlingen wird.

Arbeit und Verdienst, so sagen sie, haben sie dadurch für die Massen geschaffen.

Im Deutschen Reich, in dessen verschiedenen Regierungen seit 1920 nur noch ein einzigesmal und nur für ein paar wenige Monate ein Sozialdemokrat als Mitglied gesessen hat, fehlt es ja an Wohnhäusern usw. so rein gar nicht, daß Arbeit und Verdienst hier nur noch durch Bewilligung von Hunderten von Millionen für Massenmord statt für Massenkultureinrichtungen zu schaffen ist!

Und die Krone in „Arbeiterinteressenwahrung" setzte der Bürgerblock sich auf, als er am gleichen Tage einen von den Sozialdemokraten und Kommunisten gestellten Antrag, fünf Millionen Mark für Kinderspeisung einzusetzen, niederstimmte. Trotz der geradezu grauenvollen Ermittelungen des Reichsgesundheitsamts über das Elend der Bergarbeiterkinder in Schlesien und in noch so manchen anderen Bezirken und großen Städten, auch in Berlin nicht zum mindesten!

Gegen die Kinderspeisung votierten die folgenden Frauen aus dem Reichstag in namentlicher Abstimmung: Frau Dr. Behm, Frau Schott, Frau v. Sperber, und die Schwärmerin für die Todesstrafe, Frau Müller-Offried, alle vier von den Deutschnationalen; von der Deutschen Volkspartei Frau Dr. Matz, vom Zentrum Frau Philipp und Frau Teusch, und von der Bayrischen Volkspartei Frau Lang-Brumann. Eine einzige Frau aus dem Lager der bürgerlichen Parteien hat die Frauenverpflichtung gegen die Armen vorangestellt und mit „Ja" gestimmt, die Abgeordnete Frau Dr. Lüders von der Demokratischen Partei. Die anderen, wie können sie als Frau es verantworten, ungerührt von der sozialen Not der Kinder mit „Nein" zu stimmen. Sie als Frauen, die zu den Wohlhabenden gehören und nicht die armseligen Stätten der armen Kinder sehen...

Es ist entsetzlich, wie die Arbeiter und kleinen Leute, die bisher noch rechts gestimmt haben, gegen ihr eigenes Fleisch dadurch wüteten!

Und Frauen und Mädchen befinden sich insbesondere darunter!

Denn bislang wählten noch so viele, viele Hunderttausende selbst solcher proletarischer Wählerinnen rechts, deren Vater oder Mann, Brüder oder Söhne sich längst schon zum sozialistischen Bekenntnis durchgerungen haben.

Törichte Wählerinnen! Ihre Rechtsparteien sagten ihnen in zahlreichen volksbedrückenden Gesetzen dafür ein Dankeschön!

Danke!? Die Typen der Rechtsparteien, die waschechten Bourgeois oder Krautjunker, haben diesen Frauen noch niemals ein Danke! gesagt. Ihnen haben diese Frauen immer zur Gattung der Zurückgesetzten und der ganz Unterschätzten gehört.

Dank!? Der sollte diesen namenlosen Soldatinnen des Existenzkampfes endlich, endlich werden. Aber der Seite, die so viele von ihnen bisher gewählt haben, der ist ein Dank in diesem Sinne der vergessenste aller Begriffe!

Unser Zeitungsartikel kann das auf beschränktem Raum kaum dartun. Aber

ihr Frauen und Mädchen,

kommt in die sozialdemokratischen Versammlungen vor der Wahl!

Ihr Genossinnen und Genossen:

Macht das Frauenwählerheer mobil. Es ist um 2½ Millionen bis 3 Millionen Köpfe stärker als das Wahlheer der Männer!

Es ist das größte Stück von allem Neuland, auf dem unsere Partei in Reich und Staat Gewinne erzielen kann und muß.

k. t.

Ein deutsches Musterlesebuch.

Wir haben in Deutschland eine Schulbuchnot. Zwar besteht kein Mangel an dieser Literatur. Ein Katalog, in dem auch nur die deutschen Lesebücher hintereinander aufgezählt wären, würde so buntscheckig aussehen wie eine Landkarte Deutschlands zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Was uns aber noch immer fehlt, ist das Lesebuch für die Schulen der deutschen Republik. Der preußische Kultusminister Dr. Becker hat bei der Beratung seines Etats dieses langersehnte Schullesebuch angekündigt. Man wird nun wohl eine Kommission von Schulmännern berufen, aus deren Händen die deutsche Schuljugend jenen Paradiesgarten empfangen soll, in dem sie sich tummeln darf. Nun kann — wohl zum größten Erstaunen nicht nur unserer Pädagogen, sondern der weitesten Oeffentlichkeit — hier auf ein Vorbild hingewiesen werden, das die Bezeichnung „Musterlesebuch" ohne Einschränkung verdient.

Seit einigen Jahren befindet sich in den Händen der Mädchen, die im Elsaß höhere Schulen besuchen, ein „Deutsches Lesebuch", das zwei elsässische Schulmänner zu Verfassern hat und durch eine Verordnung des französischen Kultusministeriums im Elsaß eingeführt ist. Man ist geradezu verblüfft, wenn man sich an der Hand der Inhaltsangabe diese sehr umfangreiche Zusammenstellung von Lesestoff ansieht, die der französischen Schülerin in Elsaß-Lothringen das heutige geistige Deutschland nahebringen soll. Die Verfasser haben zunächst nicht übersehen, daß die Grundlage, auf der das heutige Deutschland sich aufbaut, die Weimarer Verfassung ist, und sie teilen die entscheidenden Punkte dieser Verfassung mit. Die Grundrechte des deutschen Volkes sind im Wortlaut abgedruckt. Noch mehr überrascht ist man, wenn man in diesem für den deutschen Geschichtsunterricht an französischen Schulen bestimmten Lesebuche Bismarck begegnet, aus dessen „Gedanken und Erinnerungen" sich hier Auszüge finden. Im übrigen graben die Herausgeber nicht mit jener umständlichen Gründlichkeit, die uns den Geschichtsunterricht zur Qual machte, nach den historischen Wurzeln. Wichtiger ist ihnen der Anschauungsunterricht über die Kräfte, die das neue Deutschland bauen wollen. Darum lassen sie das französische Mädchen zu den Füßen Walter Rathenaus sitzen. Eine große, weite und universelle Welt tut sich auf. U. a. spricht Rathenau hier noch einmal vor denen, die dem Geiste von Locarno lebendige Form und Gestalt geben sollen, über „Die Aufgaben der Zukunft".

Sodann vermittelt das Lesebuch Kenntnis vom Schaffen Thomas Manns, Gerhart Hauptmanns, Sudermanns und selbst Kasimir Edschmids kommt zu Worte. Daß unter den „Literarhistorikern" Emil Ludwig nicht fehlt — es finden sich in dem Buche Auszüge aus seinen Schriften über Goethe und Schiller —, und daß Bernhard Diebold, der revolutionäre Verfasser der Anarchie im Drama, seine Ansicht über das heutige dramatische Schaffen vortragen darf, nimmt nach den oben mitgeteilten Proben wohl nicht mehr wunder. Das Lesebuch schließt mit einem Abschnitt, der der deutschen Kunst gewidmet ist. Hier begegnet man Hermann Bahr, der zu dem Thema „Impressionismus und Expressionismus" Stellung nimmt, ferner Max Osborn, der in die Kunst Max Liebermanns einführt, nochmals Walter Rathenau und auch dem immer noch gegenwärtigen Friedrich Naumann. Die Linie bricht aber nicht an irgendeinem willkürlich gesetzten Punkte ab. Wenn Moszkowski in einem sehr erfreulich klaren und anschaulichen Deutsch über Einsteins Relativitätstheorie berichtet, sind Fenster und Türen nach dem Morgen und Uebermorgen hin weit geöffnet.

Wenn irgendwo in einem europäischen Lande eine Erziehungsarbeit geleistet wird, deren Endziel die Formung des europäischen Menschen und des aus Wirrnis und Dunkelheit allmählich aufsteigenden und sich selbst befreienden Europa ist, so geschieht das an den höheren Mädchenschulen des Elsaß. Mädchenschulen? Man lächle nicht darüber, daß in diese weite, sonnige Welt, in der man sich verstehen will, gerade die werdende Frau gestellt ist. Vielleicht bringt sie jenes Temperament aus einer solchen Erziehung mit, ohne das die düsteren Festungen des Chauvinismus diesseits und jenseits der Grenzen nicht gestürmt werden können. Leider werden ja ihre Zinnen und Wälle heute in allen Ländern gerade von Frauen noch mit fanatischer Verbissenheit verteidigt. Den beiden bescheidenen Pädagogen, die allen Daudets zum Trotze die Mauer durchrannt haben, die zwei Völker trennt, gebührt wahrhaftig der Dank zweier großer Nationen. Sie haben zugleich dem Elsaß die historische Aufgabe zurückgegeben, die das kleine Land zwischen Rhein und Vogesen allein aus dem Wirrwarr und den Konflikten, in die es eine törichte, engstirnige und kurzsichtige Politik gebracht hat, zu innerer Freiheit und freudiger Mitarbeit am werdenden neuen Europa erlösen kann.

„Volk in Not!"

Der sozialdemokratische Arzt Dr. med. Credé-Hörder hat im Verein mit Käte Kollwitz eine sehr bemerkenswerte bevölkerungspolitische Schrift „Volk in Not" (Das Unheil des Abtreibungsparagraphen) veröffentlicht (Carl Reißner Verlag, Dresden). Erschütternd, unvergeßbar sind die 16 Bilder mütterlicher Not und Verzweiflung von Käte Kollwitz, aufrüttelnd und überzeugend ist, was Dr. Credé auf 86 Seiten dieses Buches vom Standpunkte des menschlich denkenden und fühlenden Arztes über alle die Konflikte sagt, die daraus entstehen, daß das deutsche Strafgesetz in seinen §§ 218 und 219 noch immer als maßgebender bevölkerungspolitischer Faktor gilt. Mit aller gebotenen Schärfe setzt der Verfasser sich auseinander mit seinen ärztlichen Kollegen, mit Kirche und Staat, mit einer gewissen Sorte von weltfremden Ethikern, mit allen Reaktionären, die — vom Zahlenwahn besessen — in einer ungehemmten Zunahme der Bevölkerung allein das Heil Deutschlands erblicken. Credé zeigt, daß diese Bevölkerungspolitik uns in eine Sackgasse geführt hat, aus der wir wieder herauskommen müssen. Mit Recht sagt er: „Ueber der Sorge für die Zukunft muß unbedingt die Verpflichtung stehen, den lebenden Volksgenossen in der Gegenwart ein Mindestmaß an Lebensglück zu gewähren."

Von zwingender Logik getragen sind die Ausführungen des Verfassers über die medizinische Indikation zum Abbruch der Schwangerschaft. Die Berechtigung des Arztes zum Eingriff bei gesundheitlich schwer gefährdeten Schwangeren ist ja derartig eng begrenzt, daß gerade der gewissenhafte Arzt nur zu oft gegen das Gesetz handeln muß. Dabei setzt er seinen ehrlichen Namen aufs Spiel, seine Freiheit, seine ganze Existenz, und muß froh sein, wenn er nicht hinter Kerkermauern kommt oder zum Freitode gedrängt wird. Seitdem Dr. Ebstein in Elbing im Jahre 1921 sein unwiderlegbares Anklagematerial über die zwecklose Aufopferung von kranken Schwangeren in seinem Buche „Modernes Mittelalter" veröffentlichte, ist keine ärztliche Schrift erschienen, die so mutig für die Erweiterung der medizinischen Indikation eintritt, wie die von Dr. Credé. Die soziale Indikation — das ist die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notlage kranker, abgerackerter, kinderreicher Familienmütter — muß zu einem Teile der medizinischen Indikation werden. Eine Massenzüchtung kränklicher und minderwertiger, noch dazu — wir sind ja ein Volk ohne ausreichenden Nahrungsspielraum! — überzähliger Menschen kann der Gesamtheit keinen Gewinn bringen. Die Gedankengänge der Militaristen müssen als verfehlt und überholt betrachtet werden.

Allein abgesehen von der sozialen Lage will Credé auch jeder Frau nach der Geburt eines jeden Kindes und nach Ablauf der Stillzeit einen Anspruch auf ein Ruhejahr zusprechen. Nach dem dritten Kinde fordert er eine Geburtenpause von zwei vollen Jahren. Dazu sollen Vorbeugungsmaßnahmen verhelfen. Im Notfalle soll die Schwangerschaft in einer öffentlichen Krankenanstalt unterbrochen werden können. Dazu käme in den Fällen, in denen die Frau nicht mehr gebären darf, die Unterbindung der Eileiter.

Den Geburtenrückgang, die Gebärmüdigkeit des Volkes wertet Credé vorwiegend als eine seelische Erscheinung. Sie bedeutet ihm keinen Verfall, sondern lediglich eine Anpassungserscheinung. Die gewollte Beschränkung der Kinderzahl ist die Antwort auf die Erschwerung aller Arbeits- und Lebensbedingungen. Der Verfasser glaubt an eine Belebung des Willens zum Kinde, sobald die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür gegeben sein werden.

Ein nach dreißigjähriger Praxis wegen Abtreibung verurteilter Arzt hat dieses Buch im Gefängnis mit seinem Herzblute geschrieben. Man lese, man studiere es, denn es ist unentbehrlich für alle Menschen, die sich mit dem schwierigen Fragenkomplex der nachgerade brennend gewordenen Geburtenregelung beschäftigen.

Marie Kunert.

Frauenoberschulen. In Weimar soll zu Ostern die erste thüringische Frauenoberschule errichtet werden, deren Abgangszeugnis nach der Absicht ihrer Gründer den Zugang zu den verschiedensten praktischen Berufen eröffnen soll. Vor allem ist dabei an den Besuch von Technischen Hochschulen, Handelshochschulen und Gewerbe- und Kunsthochschulen gedacht. Auch in Neubiedendorf soll eine derartige Schule geschaffen werden. Beide Schulen werden Internate sein.

Die erste Rechtsanwältin am Kammergericht. Die Gattin eines Berliner Rechtsanwalts, Frau Grete Auerbach, ist kürzlich als erster weiblicher Rechtsanwalt am Berliner Kammergericht zugelassen worden. Frau Auerbach ist nach Beendigung ihres Studiums der Rechtswissenschaft als Referendar im Arbeitsbezirk des Oberlandesgerichts beschäftigt gewesen und hat erst im Februar dieses Jahres die Assessorprüfung bestanden.

Freitag **Billige** Sonnabend

Bekleidung

Extra-Angebot Wäsche

Erstlingshemdchen a. feinem Wäschestoff, durchweg Stück **35** Pf.

Mädchenhemden a. kräftig. Wäschetuch, mit Boge verarbeitet

Gr.	40	50	60	70	80	90
St.	0.65	0.92	1.15	1.40	1.65	1.88

Desgleichen, mit hübscher Stickerei-Verarbeitung

Gr.	40	50	60	70	80	90
St.	0.95	1.20	1.44	1.68	1.92	2.25

Knabenhemden a. kräftigem Wäschestoff, mit langem Arm

Gr.	40	50	60	70	80	90
St.	0.89	1.13	1.37	1.60	1.92	2.28

Damenhemden aus gut. Wäschestoff, mit Boge oder hübscher Stickerei-Verarbeitung, volle Achsel od. mit Träger, St. 2.10, 1.95, 1.65, **1.35**

Herren-Taghemden a. kräft. Wäschestoff, richtig groß und weit, mit und ohne Falte, St. 3.25 **2.80**

Frauen-Hemden, Herzsattel- oder Bündchenform, aus starkfäd. Wäschetuch m. Bogeverarb. St. **2.65**

Damen-Nachtjacken a. gut. Wäschetuch, mit Umlegekragen und Boge, od. hübsch. Stick.-Verarbeit. Stück 3.15, 2.75 **2.50**

Dam.-Nachthemden a. fein Wäschestoff, m. Stickerei- od. Valenc. Spitzeverarbeit., St. 4.10, 3.85 **2.65**

Fesche Damen-Hemdhosen a. fein. Wäschestoff oder Wäschebatist, mit aparter Stickerei od. Klöppelu. Valenc. Spitzen, St. 3.50, 2.75 **2.50**

Strumpfhaltergürtel

aus festem Drell, mit vier Haltern . . . Stück 95, **65** Pf.

1000 Paar extra billige

Schlüpfer

Kinder-Trikotschlüpfer, sehr haltbare Qualität, viele Farben

Gr.	35	40	45	50	55	60
St.	0.45	0.50	0.60	0.65	0.75	0.80

Damenschlüpfer, gute Trikot-Qual., i. hübsch. mod. Farb., Paar **95** Pf.

Elegante Damenschlüpfer, prima Trikotstoff, mit zart. K-seidenstreifen, i. aparten Farben, Paar **1.75**

Waschbare, k.-seidene **Damenstrümpfe** in allen modernen Straßenfarben, mit Naht, Doppelsohle und Hochferse . . . . . Paar **95** Pf.

Modernes Kleid ähnlich wie Abb. Kasak, in Waschseide, Rock reinwoll. Popeline, St. **12.50**

Frauenkleid aus reinwollenem schwerem Popeline, m. Crêpe de Chine-Garnitur. **19.50**

Westenkleid aus Rips od. Popeline, i. aparten schönen Farben Stück **25.00**

Kasaks aus Waschseide, Waschmusseline nur schöne Farbstellungen mit halb. und ganz. Arm, Stück 4.95, 3.95, 2.50 **1.50**

Bulgarenblusen Ia Schweiz. Vollvoile, reich bestickt, z. T. Handarbeit (Plattstich) Stück 14.50, 9.50 **6.50**

Plisseeröcke aus Popeline und Cheviot, schwarz, marine u. weiß, bis 75 cm lang . . . . . . Stück 10.50, 7.90 **5.50**

Westen für Kleider aus reinwollenem Rips und Edeltuch, zum Teil sehr elegant gestickt . . . . Stück 12.50 **7.90**

Damen- u. Backfischkleider aus Popeline, Kasha usw., nur neue, mod. Farben und Macharten . Stück 12.75, 9.50 **7.50**

Popelinekleider aus Ripo und Popeline, in tadelloser Verarbeit., z. T. bestickt, aparte Farben, Stück 19.50, 17.50 **14.50** 3357

Elegante Damenkleider mit u. ohne Weste, aus Kasha, Rips, Ripo usw., mit vornehm. Stick. Stck. 29.00, 25.00 **22.50**

Frühjahrsmäntel für Damen u. Backfische, aus Shetland, Anzugstoffen, Rips usw., teilweise mit Rückengarnierung Stück 24.00, 19.50, 14.50 **9.50**

Schwarze **Damen-Schnürhalbschuhe** spitz und breit, mit hohem und halbem Absatz, in guter Verarbeit., Gr. 36/41. Paar **7.50**

Die gute und billige

Kinderbekleidung

Mädchen-Schottenkleider sowie in gut. Velourqualit. mit langem Arm, in schöner Verarbeitung, für 5–9 Jahre . . . Stück **3.50**

Mädchen-Waschseidenkleider in schönen Farbstellungen und modernen Fassons für 5–14 Jahre, für 5 Jahre . . Stück **5.75** Steigerung 50 Pf.

Kieler Kleider, reinwoll., marineblauer Cheviot, m. Faltenrock u. Extra-Bluse m. waschb. Garnierung, für 3-14 J., für 3 J. Stück **10.25** Steigerung 1.00 Mk.

Mädchen-Popelinekleider in reiner Wolle, viele mod. Farben, m. Faltenröckch. u. Fressengarnierung, f. 5–14 J., f. 5 Jahre Stück **9.75** Steigerung 75 Pf.

Mädch.-Uebergangsmäntel a. pa. Rips, reinwoll. Shetl. u. impr. Stoff m. Rückenfalt. u. Tasch. f. 5-14 J., für 5 Jahre Stück 13.50, 10.50 **9.50**

Knaben-Sepplhosen aus eisenfestem Velveton, braun, grau und schwarz gestickt oder gepaspelt, für 2 Jahre Paar 4.70, 3.90 **3.40** Steigerung 30 Pf.

Manschester-Kniehosen aus gezwirnt. Qual., f. 8-14 J., viel. Farb., f. 8 Jahre Paar **3.90** Steigerung 30 Pf.

Knaben-Schlupfanzüge, marineblau Tuch od. Kammgarncheviot, mit Kieler Garnitur für 3–8 Jahre, für 3 Jahre . . 13.50 **10.90** Steigerung 50 Pf.

Knaben-Frühjahrsmäntel aus modernen Karostoffen und Covercoats, kleidsame Formen, für 2 Jahre Stück 13.50, 8.90 **5.90** Steigerung 50 Pf.

Knaben-Lodenmäntel aus solid., gutem Lodenstoff, für 4–14 Jahre, für 4 Jahre St. **9.90** Steigerung 50 Pf.

Messow & Waldschmidt G. m. b. H.

Fescher Mantel aus guten impr. Anzugstoffen m. Rückengarn. Stück **14.50**

Backfischmantel a. reinwollenem Rips, schöne moderne Farben Stück **24.00**

Frauenmantel a. reinwoll. Rips sol. Farb. halbgef. **35.00** ganz gefüttert **39.00**

Herren-Bekleidung

Herren-Sportpaletots aus gutem Covercoat, pa Sitz u. Verarbeitung **39.00**

Burschen-Frühjahrsmäntel, moderne zweireihige Form, mit Gurt, aus guter Gabardine . . . . Stück **29.00**

Herren-Gummimäntel, gute Bezüge, in mod. Stoffen, wie Gabardine, Covercoat, mit pa. Gummierung, 26.50, 19.50 **17.50**

Herren-Windjacken aus prima imprägnierter Gabardine, elegante Sportverarbeitung . . . Stück 19.50, 16.75 **14.50**

Herren-Lodenmäntel aus guten, wetterfesten Strichloden, grünlich und marengo . . . Stück 28.50, 19.50 **11.50**

Knickerbocker für Herren und Burschen, aus eleganten, gemusterten Buckins, prima Sitz . . . . Paar 13.25, 9.90 **6.50**

Burschen-Hosen, lang, aus gutem Gabardine, Buckins und Zwirnstoff Stück 6.75, 5.75, **3.90**

Schwarze und braune **Herren-Halbschuhe** moderne Formen, in guter Verarbeitung, Größe 40/44 . . . . . . Paar 11.50 **10.50**

Extra-Angebot Herrenartikel

Farbige Oberhemden a. gut. Perkal m. Doppelbrust . Stück **4.95**

Einfarb. Batist-Oberhemd. in mode, lachs usw. . Stück **3.95**

Weiße Oberhemden, gute Rumpfstoffe, m. mod. Eins., St. **4.95**

Schillerkragen, weiße und bunte, aus best. Stoff. . St. 88 **68** Pf.

Herr.-Steh- u. Stehumlegekragen, mod. Form. . St. 68 **50** Pf.

Herren-Selbstbinder, mod. Frühjahrsmuster . St. 1.25, 95 **78** Pf.

Herren-Gummihosenträger solide haltb. Qualit. . Paar 1.25 **95** Pf.

Knaben-Sporthemden aus guten und besten Zephirstoffen, in allen Größen . . Größe 50 Stück **1.45** Steigerung 20 Pf.

Besondere Gelegenheit! **Modernste Damen-Schirme** farbig durchgemustert, braun und marine, mit Knöpfen oder Rundhaken, enorm billig, St. **4.95** schwarz Ia, ½ und ¾ Seide, mit kleinen Schönheitsfehlern durchweg Stück **5.75**

Herrenhüte, weiche, leichte Wollfilzqualität, moderne Formen u. Frühjahrsfarben 6.50 **4.90**

Herren-Sportmützen a. guter Gabardine, glatt u. kariert, 2.25 **1.95**

Knaben-Mützen aus verschied. guten Stoffen, entzückende, mod. Bubiform , für 2–8 Jahre **1.35**

Trikotagen

Herren-Einsatzhemden aus vorzügl. weißem Trikot mit modernen Einsätzen . Stück 2.95, 1.95 **1.45**

Herr. Trikothosen, makofrb., in nur gut. Qual. Paar 2.45, 1.95 **1.70**

Trikot-Herrenhemden in gut Makoqualität, mit Doppelbrust Stück 3.25, 2.85 **2.25**

Kinder-Strickhöschen z. Anknöpfen, weiß u. beige, je nach Größe Paar 95, 85 **70** Pf.

Damen-Hemdhosen mit Bein- und Windelschluß, fein gestrickt Stück 1.75, 1.50 **1.20**

Moderne Strickkleider, zweiteilig, Rock u. Pullover oder Lumberjacks, in gemustert u. einfarbig, teils Wolle oder Wolle mit Seide komb. Stück 21.50, 19.50, 16.50 **11.50**

Herren-Schweißsocken pa. weiche, wollgemischte Qualität, nahtlos, m. verstärkt. Ferse und Spitze . . . . . Paar **58** Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am Mittwoch, den 18. April, 2 Uhr morgens, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Hilfsmonteur

Albert Muschalla

im Alter von 54 Jahren. 2337

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Montag, 23. April, vorm. 10 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Oswitz.

Prima Rindfleisch

Pfund 0.90 u. 1.00 Mk.

Schweinefleisch, Pfd. 80 u. 90 Pf.

Gewiegtes . . . . Pfd. 90 Pf.

Paul Weidlich, Lohestraße 42.

Telefon: Stephan 55563

Die Volksschule als Einheitsschule

Von Dr. Max Apel.

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Zeitungsträgern entgegengenommen.

Die „Frauenwelt“ für heute, ...

„Frauenwelt“

Eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes.

Preis 30 Pf.

Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern.

Schuhe

für Herren, Damen, Kinder in allen Ausführungen. Sie finden

ohne 5391

Zweifel das richtige in meinem Spezialgeschäft. Viel

Geld

brauchen Sie nicht, da bequeme Teilzahlung.

Kurt Altmann

Ohlauer Straße 43.

Uhren u. Goldwaren

Spezialität: 5185

Fugenlose Trauringe

Paul Alter Kupferschmiedestraße 17 Neben Hatschönfeld.

Danksagung!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die herrlichen Kranzspenden beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen, sagen wir auf diesem Wege allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Mietern des Hauses unsern herzlichsten Dank. Besonders aber danken wir auch Herrn Dr. Kramer für seine Geleitworte, sowie den Parteigenossen und Genossinnen der S. P. D., Ortsgruppe Neukirch, dem Gesangverein Neukirch, den Kollegen der L. H. W., für ihre Bemühungen und das zahlreiche Geleit.

Klein Mochbern, 20. April 1928.

August Klinkert

nebst Kindern und Verwandten

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßige direkte Abfahrten mit Doppelschrauben-Dampfern für Reisende u. Auswanderer von Bremen nach

CANADA

Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt in Breslau: Norddeutscher Lloyd Generalagentur, Lloydreisebüro G. m. b. H., Neue Schweidnitzer Straße 6 (Allianz-Haus).

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Druckerei Volkswacht

Moderne, zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Lieferzeit

Breslau 2, Flurstraße 4/6.

Kleine Anzeigen

sind langweilig gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige

Sofa, Schrank, 2 Bettstellen mit Matratzen, Waschtisch, Tisch, Zimmermannswerkzeug und div. Sachen verkauft K. Schwarz, Friedrich-Karl-Straße 16, nachm. 5–7 Uhr.

Nie wieder so billig!

Aus eigener Anfertigung:

Moderne Herren-Anzüge

ein- und zweireihig

21.–, 28.–, 34.–, 42.– M

Herren-Sport-Anzüge

in vielen Ausführungen

22.–, 29.–, 35.– M

Frühjahrs-Mäntel moderne Form

24.50, 28.– M

Burschen- und Knaben-Anzüge

fabelhaft billig.

Windjacken, Breecheshosen u. Knickerbocker ...

Tuch- und Maßgeschäft ...

Chelmowitz

Reuschestraße 4, III. Etage

3 Minuten vom Hauptbahnhof

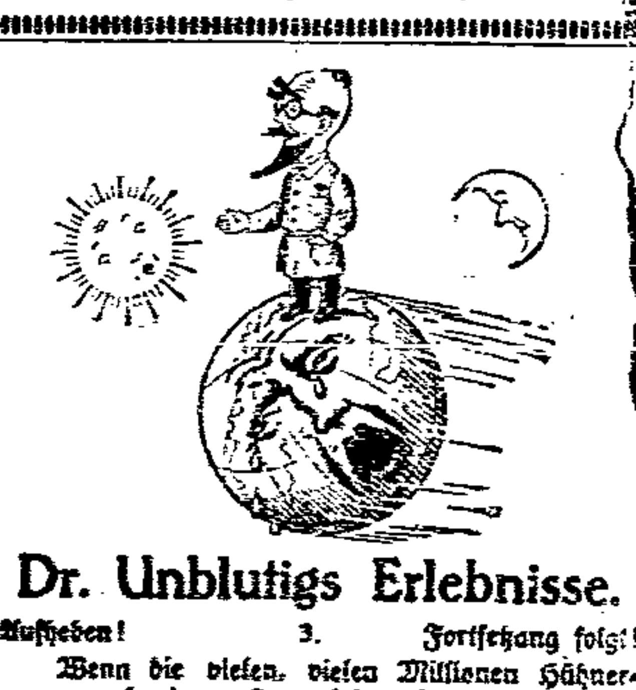
Kein Laden! Kein Laden!

ATA

fegt den Schmutz hinweg!

Ata ist preiswert und gut!

Ata ist das gute Scheuermittel!



Dr. Unblutigs Erlebnisse.

Aufheben! 3. Fortsetzung folgt!

Wenn die vielen, vielen Millionen Hühneraugen auf einen Lagerplatz zusammen getragen würden, die infolge meiner guten Ratschläge durch das vielmillionenfach bewährte, noch nie übertroffene Kukirol-Hühneraugen-Pflaster schmerzlos in wenigen Tagen beseitigt worden sind, so könnte man zu ihrer industriellen Verwertung eine große Fabrik daneben bauen. Und wenn alle Schmerzen, die durch das Kukirol schon gestillt worden sind, zu einem großen Schmerze zusammen gefaßt werden würden, so würde das Weltall aufheulen.

Kukirolen Sie!

Das Kukirol-Hühneraugen-Pflaster ist das einzig Richtige zur Beseitigung von Hühneraugen und Hornhaut. Gebrauchen Sie es richtig, denn es wirkt bei genauer Beachtung der Gebrauchsanweisung schnell, sicher und unblutig. Jeder Schmerz hört in 2 Sekunden auf. Eine Packung Kukirol-Hühneraugen-Pflaster kostet nur 75 Pfg., eine ganze Kukirol-Fußpflege-Kur Mk. 1.90. – In den Apotheken und Drogerien erhältlich.

Kukirol-Fabrik Kurt Krisp, Bad Salzelmen.

Für die Redaktion verantwortlich: ...; für die Anzeigen: ... — Redaktion: ... 3. — Hauptgeschäftsstelle: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., sämtl. in Breslau